Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 43 – 28. Oktober 2006 | Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland | C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Vom Wohlstand zum Notsparer

Sparen ist nicht nur eine Tugend. In Deutschland wird geringes Einkommen zunehmend zum Standard und das Centumdrehen zur Notwendigkeit. Geringverdiener und Häuslebauer mit Familie kennen die Situation. Daß die Debatte um geringe Einkommen einen realen Hintergrund hat, können Sie lesen auf Seite 6

Goldesel »Klimaschutz«

Treibhauseffekt, Klimakatastrophe, Klimaschutz und Klimaforschung sind Begriffe, die uns immer öfter begegnen. Beschreiben sie aber eine reale Gefahr und brauchen wir eine Klimaforschung? Der ehemalige ZDF-Wettermann Wolfgang Thüne setzt sich mit der Umweltpolitik auseinander. Wo das Wettergeschehen aufhört und die Propaganda beginnt, lesen Sie auf Seite 2

Kusch: Hartes Strafrecht für alle

Aus Anlaß der Gründung des „Weißen Rings" vor 30 Jahren forderte Kanzlerin Angela Merkel, das Jugendstrafrecht zu verschärfen. Hamburgs ehemaliger Justizsenator Roger Kusch kennt die Praxis des Jugendstrafrechts und fordert im Interview mit der *PAZ* seine Abschaffung. Mehr dazu: Seite 5

Britisch Niedersachsen

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden viele Bundesländer auf dem Reißbrett der Alliierten. Für die Gründung des Landes Niedersachsen zeichneten vor 60 Jahren die Briten verantwortlich. Einen entsprechenden Plan gab es schon vor der NS-Zeit. Einen Blick in die Geschichte bietet Manuel Ruoff auf Seite 21



Kasse machen als Ex-Kanzler: Auf mehr als eine Million Euro schätzen Beobachter den Gewinn, den Gerhard Schröder mit seinem Memoiren-Band „Entscheidungen" erzielen dürfte.

Foto: ddp

Schröders Tiefschlag

Der Altkanzler bricht mit demokratischen Traditionen – nur für sein Buch

Von Klaus D. Voss

Als Kanzler a. D. hat Gerhard Schröder immerhin eines noch geschafft, er hat die politische Kultur auf einen neuen Tiefpunkt abstürzen lassen. Es ist keineswegs nur schöne Tradition, daß ehemalige Regierungschefs sich ihren Nachfolgern als Berater anbieten, sie in schwierigen Situationen mit stiller Diplomatie unterstützen – es ist zwingend notwendig, um in Kontinuität regieren zu können, vor allem in Sicherheitsfragen und in der Außenpolitik. Und diese Haltung sollte eine Selbstverständlichkeit sein – aus Respekt vor dem Staat und dem Amt. Die Grundregel heißt, ein Kanzler oder Minister darf sich öffentlich zu allem äußern, nur nicht zu seinem Nachfolger und dessen Geschäftsbereich. Helmut Schmidt ist so mit Helmut Kohl umgegangen, über alle persönlichen Erfahrungen hinweg. Kohls Ratgeber-Offerte an Schröder stand, aber sie wurde nie angenommen; selbstverständlich blieb Kohl diskret.

Denn welche Regel gilt schon bei einem Gerhard Schröder. Von allen Kraftmeiereien, die er bei der Vorstellung seiner Memoiren an den Tag legte, darf dies nicht vergessen werden: Er hat seine Nachfolgerin im Kanzleramt mit groben Sätzen beleidigt und damit auch gezeigt, daß er auf gute demokratische Traditionen im Regierungsgeschäft keinen Wert legt. In einem „Spiegel"-Interview verteilte er schlechteste Noten, Angela Merkel könne nicht führen und regiere „mit dem Gegenteil von perfektem Handwerk".

Die Kampagne zur Vorstellung der Autobiographie war minutiös geplant, von Rechtsanwälten beraten und von Medienagenten betreut. Die meisten Rempeleien sind schon wieder vergessen, auch wenn Nackenschläge für seine einstigen Weggefährten dazugehörten. Aber Schröder weiß, wie das Leben spielt. Maximales Aufsehen erregen ist ihm wichtiger als alles andere, nur wer bekannt ist, kann seinen Erfolg genießen.

Um es vorweg zu sagen, mit einem Band eine Million zu machen, sei ihm trotz Kanzlerpension gegönnt – schließlich wird niemand gezwungen, Schröders „Entscheidungen" auch zu kaufen.

Ob das Buch sich lohnt, ist die andere Frage. Üblicherweise schreiben Politiker ihre Erinnerungen an die Regierungsjahre nieder, weil sie glauben, sich und der Welt dies schuldig zu sein. Demokratien leben von der Transparenz des Handelns, jeder soll nachvollziehen können, wie Entscheidungen zustande gekommen sind. Es gibt Memoiren, die sich darüber hinaus spannend, sogar vergnüglich lesen, auf jeden Fall müssen Autobiographien die „weißen Stellen" füllen, sich später zu einem Geschichtsbild heranziehen lassen.

Wer Schröder kennt, weiß jetzt, wo das Problem liegt. Immerhin ist er der erste deutsche Regierungschef gewesen, der keinen „politischen Auftrag" umsetzen wollte, sondern nach Wetterlage regierte – was wollte man nachlesen? Seine Außenpolitik ohne Konzept nachzuzeichnen lohnt auch nicht. Von der Anbiederung an den Putin-Clan haben die meisten Bürger ohnehin schon genug erfahren. Und der Reformenfriedhof im Inland, den die rot-grüne Regierungsmannschaft hinterlassen hat, ist bleibender Schaden.

Klaus D. Voss:

Unser Taliban

Wie fühlt sich eine Armee, die von Politikern bei erster Gelegenheit im Stich gelassen wird? Leider ist das schon keine Frage mehr, sondern Praxis geworden: Das Elitekommando KSK steht unter Generalverdacht, und die regulären Einheiten in Afghanistan müssen erfahren, daß das Parlament kaum noch geschlossen zu ihnen steht.

Der Reihe nach: Die Anschuldigung des in Bremen geborenen Türken Murat Kurnaz, er sei von KSK-Soldaten zu Boden geworfen worden, reichte aus, um die Einheit in den Ruch einer Foltertruppe zu bringen. Nebenbei bemerkt: Kurnaz lebte unter den Terror-Talibanen, als US-Soldaten ihn aufgriffen – ein idealer Zeuge? Doch viele Politiker, vor allem aus der SPD, ließen die Vorwürfe im Raum stehen, weil sie ihnen gerade recht kamen. Es gelten ungeschriebene Regeln im Leben, auch für den Verteidigungsausschuß. Aber nur Verteidigungsminister Jung stellte sich entschlossen vor die Soldaten und bestand auf der richtigen Reihenfolge: Erst unseren Taliban auf seine Glaubwürdigkeit prüfen, dann das Urteil über die Truppe fällen.

So weit kann der Hindukusch gar nicht entfernt sein, daß die Soldaten nicht mitbekommen, was zu Hause so läuft. Vor Jahresfrist hatten 519 Abgeordnete für den Einsatz in Afghanistan gestimmt, um dann noch die fragwürdigen Einsatzbefehle für den Kongo und den Libanon folgen zu lassen. Jetzt, da es Tag um Tag gefährlicher wird, machen viele dieser Mandatsträger kehrt – und schleichen sich aus der Verantwortung. Mit Deckung durch unseren Taliban.

50 Jahre danach: Dramatische Tage in Budapest

Innenpolitische Spannungen überschatten die Gedenkfeiern für die Opfer des Aufstandes von 1956

Von Wilhelm v. Gottberg

Dramatische Tage in Budapest vor einer herausragenden historischen Kulisse: Am 23. Oktober 1956 begann der ungarische Freiheitskampf, der zum Ziel hatte, die auf die sowjetische Besatzung Ungarns gestützte kommunistische Diktatur zu beseitigen. Nach elf Tagen eines äußerst blutig geführten heldenhaften Kampfes im ganzen Land, mit Schwerpunkt in Budapest, erstickte der sowjetische Panzerkommunismus den Freiheitswillen der Magyaren. 50 Jahre später ist die Lage im Land wieder äußerst angespannt. Das ungarische Volk ist tief gespalten, seit der sozialistische Ministerpräsident Gyurcsány eingestanden hat, im Wahlkampf die Wähler über das Ausmaß der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ungarns vorsätzlich getäuscht zu haben. Das bürgerliche Lager, angeführt vom parlamentarischen Oppositionsführer Victor Orban, fordert den Rücktritt der Regierung. Andauernde Demonstrationen in der ungarischen Hauptstadt unterstreichen diese Forderung.

Vergangenen Sonntag fand in der Budapester Oper ein Staatsakt zur Erinnerung an das Geschehen in Ungarn vor 50 Jahren statt. Um den ausländischen Gästen nicht das Schauspiel demonstrierender Menschenmassen zu bieten, hatte die Regierung das Stadtgebiet um die Oper weiträumig absperren lassen. Tausende Polizisten aus dem ganzen Land waren im Einsatz. Zahlreiche Hubschrauber kreisten zur Luftbeobachtung über der Stadt und Polizeiautos mit Sirenengeheul rasten durch die Straßen. Für Teilbereiche der Stadt bestand faktisch der Ausnahmezustand.

Am Abend dann beruhigte sich die Situation. An mehreren Stellen Budapests trafen sich zu später Stunde Hunderte junger Menschen mit Fackeln, die an den Erinnerungsstätten des Freiheitskampfes Blumengebinde niederlegten und die Nationalhymne sangen. Für ausländische Zuschauer ungeheuer beeindruckend.

Am 23. Oktober – er ist in Ungarn Staatsfeiertag – hatte die sozialistische Regierung unter Ministerpräsident Gyurcsány zu einer Gedenkveranstaltung vor dem Parlamentsgebäude eingeladen, an der zahlreiche Staatschefs, so auch Bundespräsident Köhler, teilnahmen. Die Opposition unter Führung von Victor Orban kam zu einer separaten Gedenkveranstaltung zusammen.

Das bürgerliche Lager in Ungarn ist der Auffassung, daß die in der Regierungsverantwortung stehenden Postkommunisten moralisch nicht legitimiert sind, das geistige Erbe des ungarischen Freiheitskampfes von 1956 anzutreten und weiterzugeben, weil sie bis zum heutigen Tage das kommunistische Unrecht nicht genügend aufgearbeitet haben. Der sozialistische Ministerpräsident Gyurcsány wird von einem Teil der Bürgerlichen abgelehnt, weil er als kommunistischer Jugendfunktionär bis zur Wende Stütze und Nutznießer des Unrechtsregimes war.

In den Abendstunden des Nationalfeiertags und in der Nacht eskalierte die Auseinandersetzung zwischen den beiden Lagern. Mehr als hundert Verletzte, ein Dutzend Schwerverletzte und umfangreiche Sachbeschädigungen sind als Bilanz für diese Nacht zu notieren. Gezielte Provokationen einzelner Personen, die nicht eindeutig einem Lager zuzuordnen waren, aber auch rüde zugreifende Sicherheitskräfte sind für die Eskalation verantwortlich zu machen.

Die ungarischen Opfer des ungleichen Freiheitskampfes vor 50 Jahren sind zahlreich, aber nicht namenlos. In Budapest sind nach der Wende von 1989 an den Stellen des intensiven Kampfgeschehens Gedenktafeln und Denkmale zur Erinnerung geschaffen worden. Ungarn hält die Erinnerung an diese wichtigen Tage seiner Geschichte lebendig.

Der unbeteiligte deutsche Zuschauer fragt sich, angesichts der historischen Ereignisse in Ungarn, wer eigentlich das Vermächtnis des deutschen Freiheitskampfes vom 16. und 17. Juni 1953 in der damaligen SBZ/DDR erfüllen wird. Mit einem Federstrich hatte der Gesetzgeber 1990 den 17. Juni als Nationalfeiertag zugunsten des bezuglosen 3. Oktober aufgegeben. (Siehe auch die Berichte zum Ungarn-Aufstand auf S. 4 und die Mittelosteuropa-Analyse auf S. 7).

DIESE WOCHE

Angst vor dem Schwarzen Mann

Umweltpolitiker täuschen die Bevölkerung – Wettergefahren werden abgeschätzt

Von Wolfgang Thüne

Etwas Einsicht in die wichtigsten Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung zeigt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) doch: In Dessau hat er jetzt unter Federführung des Umweltbundesamtes (UBA) ein neues „Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung“ ins Leben gerufen. Man wolle „mehr Tiefenschärfe“ gewinnen und die „Risikovorsorge“ verbessern. Im Klartext gesagt heißt das, die Arbeitsgruppe soll abschätzen, welche Auswirkungen akute Wetterereignisse wie die Hitzewelle im vergangenen Sommer, die extremen Schneefälle im letzten Winter, Starkregen oder ungewohnt heftige Stürme auf die Zivilisation haben – und wie etwa die Landwirtschaft, die Verantwortlichen für Baunormen oder die Katastrophenschutz-Einrichtungen damit umgehen sollen. Ein erster Schritt, um den Wettergefahren Rechnung zu tragen.

Berlin hält an den Klimazielen der EU fest

Zuviel Einsicht in die wissenschaftliche Realität zeigten der Minister und UBA-Chef Andreas Troge aber nicht – sie beharren weiter darauf, den „weltweiten Klimawandel“ aufhalten und „treibhausbedingte Schäden“ vermindern zu wollen. In der EU gilt als hehres, wenn auch unrealistisches Ziel, den Ausstoß an sogenannten Treibhausgasen bis 2050 um 80 Prozent senken zu wollen. Damit soll der weltweite Temperaturanstieg auf zwei Grad begrenzt werden.

Das ist, nachdem das Waldsterben aus der Mode gekommen ist, inzwischen die einzige Geschäftsgrundlage der rot-grün dominierten Umweltpolitik, mit der der Staat, salopp gesagt, im Jahr 20 Milliarden Euro Umsatz mit seinen Ökosteuern macht – die Geschäfte mit Windkraftanlagen und Solarheizern einmal ausgeklammert. Die Begründungen dafür werden dem Publikum regelrecht ideologisch eingebleut: die große Mehrheit der Bevölkerung hat durch das ständige Beschwören von „Klimagefahren“ inzwischen Zukunftsängste bis ins Unterbewußtsein hinein entwickelt – wie ein Kleinkind vor dem Schwarzen Mann:

Die Klimadiskussion ist, so gesehen, eine propagandistische Meisterleistung. Da stört es auch nicht, daß die Umweltpolitiker von falschen Voraussetzungen ausgehen. Der Begriff „Klima“ beschreibt die zurückliegenden Wetterereignisse, faßt also Wetterdaten zusammen und bestimmt Mittelwerte – statistische Daten über die Vergangenheit.

Was uns wirklich zu schaffen macht und bedroht, ist das kommende Wetter, das letztlich nicht längerfristig vorauszusagen ist – oder welcher Meteorologe hatte den Supersommer 2006 auf seiner Rechnung. Prognosen über die längerfristige Wetterentwicklung sind nicht möglich, damit läßt sich seriös auch eine „Klimaentwicklung“ nicht abschätzen.



Angstmachen mit Wetteranomalien: Computeranimationen aus der ProSieben-Produktion „Tornado“ Foto: pa

Im Laufe seiner Evolution hat sich der Mensch über den ganzen Globus ausgebreitet und gelernt, sich überall optimal dem Wetter in den verschiedensten „Klimazonen“ anzupassen. Den „Klimawandel“ aufhalten zu wollen, ist ein sinnloses Unterfangen. Die „Klimaforschung“ hat längst den Charakter einer Geheimwissenschaft angenommen, die von wenigen tonangebenden Experten und privilegierten Machthabern betrieben wird. Die große Mehrheit der Wissenschaftler lehnt jede Prognose über die langfristige Wetterentwicklung ab, weil sie mangels verläßlicher Methoden unredlich wäre, doch diese Wissenschaftler werden von den aufgeregten Medien kaum zitiert. Oder die Forscher schweigen lieber, weil in der ideologisch fixierten Klimapolitik jedes Hinterfragen als Verstoß gegen die „politische Korrektheit“ gewertet und jeder kritische Dialog von den Klimaexperten als Mißachtung weltweit herrschender „Konsensmeinung“ verweigert wird. Wenn eine Umfrage des Umweltbundesamtes ergeben hat, „daß die Gefährdung durch Klimawirkungen bisher nicht ausreichend wahrgenommen wurde“, dann spricht dies für eine gewisse Ideologieresistenz einiger Befragter, für noch vorhandenen gesunden Menschenverstand.

Der Menschenverstand und alle Erfahrung sollten auch besagen, die „Klimapolitik“ mit ihren Behauptungen schlicht die physikalischen Gesetze mißachten will: Jeder Mensch sollte aus eigener Erfahrung wissen, daß sich kein Körper in einer kälteren Umgebung erwärmen kann, sondern stets erwärmt werden muß. Dies gilt für den ständig Wärme abstrahlenden menschlichen Körper, dies gilt auch für die Erde. Kein physikalisches Experiment hat je das Gegenteil angezeigt. Auch unsere Erde dreht sich in einer extrem kalten Umgebung, dem Weltraum mit einer Strahlungstemperatur von minus 270° Celsius. Sie gibt bei diesem extremen Temperaturgefälle ständig aufgenommene Wärme an das Weltall ab und könnte sich selbst dann nicht aufheizen, wenn es den „Treibhauseffekt“ gäbe. Der Begriff „Erderwärmung“ entpuppt sich als eine bewußte Irreführung. Einzig die Sonne kann die Erde erwärmen und die für die Bewegung der Atmosphäre wie das Wettergeschehen notwendigen Energien liefern. Alle wechselhaften Wetterereignisse werden von der stark unregelmäßigen Heizleistung der Sonne gesteuert – alles andere ist „Klimapropaganda“.

»Heizenergie« liefert nur die Sonne

Der Deutsche Wetterdienst sollte, statt ein „abgestuftes Warnsystem“ bei „Überschreitung bestimmter Schwellenwerte der gefühlten Temperatur“ aufzubauen, zu seiner ureigensten Aufgabe zurückfinden und die Qualität der Wettervorhersagen verbessern, um uns Bürgern bessere Möglichkeiten zu eröffnen, uns rechtzeitig vor dem kommenden Wetter zu schützen und die Unwetterschäden abzuwenden.

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Keine Einsicht in alte Fehler

Rückerstattungsverbot von 1990 behindert Entwicklung in den neuen Bundesländern stark

Von Lienhardt Schmidt

Das schrumpfende Vertrauen in den Rechtsstaat wie auch Zweifel an der Qualität politischer Entscheidungen gewinnen, wie zahlreiche Meinungsumfragen der letzten Monate aufzeigen, in bestürzender Weise Gewicht. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, dürfte Wahlenthaltung in größerem Umfang die „Partei der Nichtwähler“ zur stärksten Gruppe werden lassen, die zwar keine Abgeordneten in den Bundestag sendet, aber die Überzeugungskraft parlamentarischer Beschlüsse de facto, wenn auch nicht de jure, deutlich schwächt. In diese Richtung weist auch das warnende Zitat von Thomas Jefferson: „Schlechte Kandidaten werden von Bürgern gewählt, die nicht zur Wahl gehen“.

Abschied von Vorurteilen und Vorgaben

Die globalen, europäischen und nationalen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, bedürfen aber zu ihrer Lösung einer qualitativ optimalen Politik und breitester Zustimmung im Volk. Das fordert der politischen Klasse Mut zur Selbstkritik ab, konsequente Durchsetzung unabdingbarer und gut begründeter Kursänderungen, Abschied vom Vorurteil und ideologischen Vorgaben einschließlich verfassungsschädlicher Ausgrenzungen durch die sogenannte political correctness. Die Einsicht, daß in einer freiheitlichen Demokratie Politik für das Volk und nicht für Politiker und deren Parteien zu machen ist, bedarf einer zweifellos intensiver Wiederbelebungsbemühungen.

Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag in Richtung Vertrauensgewinn könnte eine zügige Korrektur der auf Fehleinschätzungen beruhenden Entscheidungen der Bundesregierung aus dem Jahre 1990 leisten, die letztlich zum Rückgabeverbot des 1945/49 in der SBZ/DDR enteigneten Besitzes an die Alteigentümer führten (Änderung in Artikel 143 Grundgesetz). Die damals wohl eher von Wunschdenken als von den Realitäten bestimmte Kalkulation der politischen Entscheidungsträger ist nicht aufgegangen, was Constanze Paffrath in ihrem 2004 veröffentlichten Buch „Macht und Eigentum“ und nun Udo Madaaus 2006 in „Wahrheit und Recht“ dargelegt haben.

Einige der an den verhängnisvollen Entscheidungen im Jahre 1990 beteiligten Politiker stehen heute nicht mehr zu den seinerzeit für die Grundgesetzänderung angeführten Gründen. Trotz fortdauernder Entvölkerung weiter Teile der neuen Länder, trotz der in diesen Regionen eklatant hohen Arbeitslosigkeit ist aber im Kreis der politischen Entscheidungsträger von damals wie von heute keine Initiative erkennbar, die zu einer Rücknahme der Grundgesetz-Änderung in Artikel 143 vom September 1990 führen könnte. So wird offensichtlich weiterhin die Chance vertan, den Nachfahren der Mittelständler, die 1945/49 enteignet und 1990 durch die Grundgesetz-Änderung von einer Rückerstattung ausgeschlossen wurden, Möglichkeiten zu eröffnen, mittelständische Strukturen wieder aufzubauen und so der Entvölkerung und der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Die Zahl derer, die das Risiko eines Neuanfangs zu übernehmen bereit sind, dürfte aber schrumpfen, je länger die Politik sich Zeit läßt, Unrecht zu beseitigen, das heißt, Abmachungen zu annullieren, die offensichtlich von Voraussetzungen und der Annahme von Sachzwängen ausgingen, die sich längst als nicht haltbar erwiesen haben. Unsere Verfassung sagt, daß Parlamentsabgeordnete nur ihrem Gewissen verantwortlich sind.

Der Notstand liefert Gründe genug

Dieses wurde in den Septembertagen 1990, als es um diese Grundgesetz-Änderung ging, arg strapaziert. Gibt nicht die heute bestehende Einsicht in Fehler und Irrtümer, denen die Politik damals unterlag, zusammen mit dem aktuellen Notstand in den aussterbenden, von Arbeitslosigkeit extremen Ausmaßes und Mangel an Zukunftsperspektiven schwer betroffenen Regionen hinreichenden Anlaß, um erkannte Fehler zu korrigieren?

Mit „Aussitzen“ wird die Problematik nicht bewältigt, ganz im Gegenteil. Das am Mittelstand durch die Enteignung und Entrechtung 1945/49 in der SBZ/DDR begangene Unrecht wird durch Vermeidung der längst fälligen Annullierung des Rückerstattungsverbots vom September 1990 zu einer Politik gegen die Interessen des Volkes. Wobei „Volk“ nun nicht nur den Kreis des von den Kommunisten enteigneten Mittelstandes, sondern auch deren Nachfahren und alle umfaßt, die heute in den neuen Bundesländer an den Folgen fehlender mittelständischer Strukturen in der Wirtschaft leiden.

Als im Jahre 1807 die Dinge in Deutschland, in Preußen, nicht zum Besten standen, als viele verzagten und ein Ende der Fremdherrschaft nicht zu erkennen war, machte ein Wort der Königin Luise von Preußen die Runde: „Wir treten geschlossen dem Unrecht entgegen. Der Kampf um das Recht ist heilige Pflicht. Wir brauchen kein Schwert oder Degen. Nur die Wahrheit zählt und führet zum Licht!“

Unser Problem heute ist nicht die Fremdherrschaft, wohl aber eine weit verbreitete Unklarheit, von welchen Werten wir uns leiten lassen. Für Recht und Wahrheit (auch Wahrhaftigkeit) einzutreten sollte für jeden Bürger eine Selbstverständlichkeit sein – zumal die Gefährdung des Rechts und die Gewöhnung an ein Leben mit Unwahrheiten Gift bedeutet für die Zukunft unseres Landes.

Die Schulden-Uhr:

Wenn nichts mehr geht

Der Bund will die Schulden der Bundesländer begrenzen – per Gesetz. Die Ministerpräsidenten der Länder halten nichts davon, kündigen Widerstand an. Wer künftig als Länderchef Schuldenberge aufhäuft, müßte nämlich mit „empfindlichen Strafen“ rechnen, so plant es das Bundesfinanzministerium. Ausgerechnet, mag man einwenden – immerhin ist der Bund hauptursächlich an den hohen Staatsschulden beteiligt. Der Plan sei zudem dem Föderalismus nicht dienlich, so die Länderchefs.

1.531.461.377.000 €

(eine Billion fünfhunderteinunddreißig Milliarden vierhunderteinundsechzig Millionen dreihundertsiebenundsiebzigtausend)

Vorwoche: 1.530.174.186.432 €
Verschuldung pro Kopf: 18.563 €
Vorwoche: 18.547 €

(Stand: Dienstag, 24. Oktober 2006, 12 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

Denglisch – to go!

Von Harald Fourier

Es gibt nur noch wenige Berliner Widerstandsnester, die sich ihrer „Latte-Macchiatoisierung“ hartnäckig widersetzen. Längst haben Kaffee-Trendgetränke mit Milch(schaum) wie Cappuccino und Caffé Latte den herkömmlichen Filterkaffee abgelöst.

Nun gut: Italienische Kaffeekultur ist eine Bereicherung. Ich weine dem Filterkaffee keine Träne nach. Es war Zeit für etwas Neues.

Aber von wegen „italienische Kaffeekultur“ – unter den Neuankömmlingen auf dem deutschen Markt (der nach wie vor von Tchibo beherrscht wird) ist der Hecht im Kaffeeteich nicht eine italienische Firma wie „Segafredo“, sondern „Starbucks“ – bis 2007 will die US-Firma in Deutschland 100 Filialen eröffnet haben.

Ein ähnliches Konzept wie „Starbucks“ verfolgt die deutsche Kaffeekette „Balzac“. Die haben guten Kaffee und einen noch besseren Milchschaum. In Berlins Schönhauser Allee gibt es zwei Geschäfte direkt nebeneinander: eine „Balzac“-Filiale und einen eigenständigen Laden.

Ich gehe immer zu dem letzteren. Warum? Weil bei der Filiale der Hamburger „Balzac“-Kette die deutsche Sprache mit Füssen getreten wird. Es heißt nicht etwa „klein“, „mittel“ und „groß“, sondern „short“, „tall“, „grande“.

Ein Verkaufsgespräch sieht wie folgt aus. Kunde: „Einen großen Cappuccino zum Mitnehmen, bitte.“ Darauf die Verkäuferin zu ihrer ein Meter entfernt stehenden Kollegin, brüllend: „To go, one Cappuccino, grande!“ Neukunden stehen so verunsichert daneben wie der junge Mann in dem Fernsehspot, in dem die Kassiererin ihre Kollegin rufend „Rita, wat kosten die Kondome?“ fragt. Nur langsam gewöhnt sich das überwiegend deutsche Publikum an das „globalisierte“ Neusprech bei „Balzac“.

Ist das jetzt Deutschtümelei, wenn einem das albern vorkommt, daß deutsche Angestellte sich untereinander halbenglisch miteinander unterhalten? Eher ist es doch so: „Balzac“ unterwirft sich unnötigerweise einer Karikatur der englischen Sprache.

US-Konkurrent „Starbucks“ hat vor einigen Jahren sein Logo (eine barbusige Meerjungfrau) ändern müssen. Weil sich die Emanzenfraktion in Amerika deshalb beschwert hat, schließlich sei das sexistisch ...

Vielleicht beschweren sich auch einmal die „Balzac“-Kunden in der Hamburger Zentrale. Lieber jetzt, als wenn es zu spät ist und es an jeder x-beliebigen Imbißbude heißt: „One Currywurst, medium, for to go.“

(Wird fortgesetzt, leider)

Mit großem »Hallo« in die Pleite

Sanierungsfall Hauptstadt: Nach dem Karlsruher Urteil sehen Bund und Berlin keinen Handlungsbedarf



„Gar nicht so schlecht“: Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) nach der Karlsruher Urteilsverkündung

Foto: pa

Von Markus Schleusener

Wie geht es weiter nach dem Karlsruher Urteil? Klaus Wowereit verstand es zunächst diese Niederlage nach Art eines Gebrauchtwagenverkäufers zu einem Lob für seine Arbeit umzumünzen, indem er feststellte: „Das Bundesverfassungsgericht schätzt offensichtlich die Haushaltslage Berlins viel besser ein als wir selber“. Der Stadt ginge es also „gar nicht so schlecht“. So etwas können nur Politiker.

Auch der zweite Mann im Senat, Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei), gibt sich extrem gelassen. Im ZDF-Morgenmagazin am Montag erklärte er: „Berlin hat nach dem Urteil nicht weniger Geld als vorher.“ Die Situation habe sich also gar nicht zum Schlechten verändert.

Die beiden – und mit ihnen viele Berliner – irren, wenn sie glauben, daß es so weitergehe, als sei nichts geschehen. Das mag allerhöchstens für den Augenblick stimmen. Langfristig aber muß etwas geschehen, sonst ist Berlin eines Tages wirklich bankrott.

Aber nicht nur die Berliner Politiker reden sich die Situation schön. Auch die anderen Länder und der Bund glauben, daß die Angelegenheit nun für alle Zeit aus der Welt geschafft sei. Dies ist mitnichten so. Denn wenn Berlin eines Tages pleite ginge, dann würde die Kreditwürdigkeit des ganzen Landes darunter leiden. Die Zahlungsunfähigkeit einer einzigen Gebietskörperschaft kann dem Wirtschaftsstandort Deutschland schweren Schaden zufügen.

Verständlicherweise aber freuen sich die anderen Bundesländer darüber, daß sie Wowereits freches Wahlkampfversprechen (kostenloses Kitajahr) nicht bezahlen müssen. (Ganz nebenbei: Ein Kindergartenjahr ist natürlich niemals kostenlos, es kostet immer Geld – entweder das der Eltern oder das der Allgemeinheit.)

Um dieses eine Kindergartenjahr dreht es sich vordergründig, in Wirklichkeit geht es um mehr: Hat die Stadt genug zur Sanierung getan? Sie hat Personal abgebaut, aber nicht genug. 115 000 Mitarbeiter sind bei der Stadt direkt oder indirekt beschäftigt. Überzählige Mitarbeiter in der Verwaltung kommen in einen sogenannten Stellenpool. Der ist längst zu Berlins größter Abteilung geworden.

Dieser Stellenpool soll dazu dienen, die Mitarbeiter – egal ob über Weiterbildung oder über Altersteilzeit – aus dem Dienst auszugliedern. Wer im Stellenpool ist, wird mal hier, mal da eingesetzt – oft aber gar nicht. Eine Auflösung durch Kündigung wäre konsequent.

Das alles ist für die Betroffenen schwer. Genauso wie die Gehaltskürzungen im Öffentlichen Dienst. Den Richtern in Karlsruhe gingen die bisherigen „Zumutungen“ aber noch nicht weit genug.

Die öffentlichen Verkehrsbetriebe wollten gerade ihre Preise erhöhen. Eine Fahrkarte kostet zur Zeit vergleichsweise günstige 2,10 Euro. Der Senat hat die Verkehrsbetriebe (BVG) jedoch daran gehindert. Er wird diese Entscheidung wohl überdenken müssen. Schließlich schoß er alleine 2004 580 Millionen zu. Obwohl der Betrieb also schwer defizitär ist, sitzt das Geld recht locker. Gerade wurde bekanntgegeben, daß die BVG jedem Mitarbeiter 1000 Euro Weihnachtsgeld zahlt. Macht bei 11 500 Beschäftigten 11,5 Millionen Euro Mehrkosten. Und die hohen Vergütungen für die BVG-Direktoren sind ohnehin stets ein Streitthema in der Stadt.

Auch die Krankenhausmuttergesellschaft Vivantes (vom Senat zuletzt mit 290 Millionen Euro unterstützt) zahlt wieder Weihnachtsgeld, zwar nur 30 Prozent des tariflich vereinbarten Satzes, damit aber immerhin um die Hälfte mehr als im Vorjahr.

Andere städtische Firmen sind noch weniger knauserig: Die Landesbank, die Flughäfen und die Wasserbetriebe zahlen das 13. Monatsgehalt, die Stadtreinigung 82 Prozent davon. Im Öffentlichen Dienst ist das Weihnachtsgeld zwar weg, aber die städtischen Betriebe kennen solche Haushaltsdisziplin nicht. Hier kann Berlin viel Geld sparen – wenn es seinen Einfluß geltend macht. Berlin unterhält drei Universitäten: Humboldt-, Freie und Technische Universität. Eine Zusammenlegung eröffnet Sparpotential. Zwölf kommunale Bezirksverwaltungen ließen sich einsparen, laut einem Gutachten brächte dies 450 Millionen Euro. Berlin bleibt noch Spielraum, seine Kosten soweit zu senken, daß es keine höheren Pro-Kopf-Ausgaben mehr ausschüttet als beispielsweise Hamburg.

Die Wohnungsbaugesellschaften sind angeblich fünf Milliarden Euro schwer. Sie sind der größte Besitz der Stadt. Die SPD und die Linkspartei haben versprochen, sie unangetastet zu lassen. Ob sie diese Haltung durchhalten können? Immerhin können sie auf ernstzunehmende Warner verweisen, die einwenden, daß das Versilbern staatlichen Eigentums nur wenig zur dauerhaften Haushaltskonsolidierung beiträgt („Einmal-Effekt“).

Für die Linkspartei ist es eine Frage von Sein oder Nichtsein der Koalition. Schon jetzt wird im Parlament gemunkelt, Wowereits Wiederwahl sei gefährdet, weil PDS-Abweichler ihm die Stimme versagen würden – so wie im März 2005 in Schleswig-Holstein. Zwei linke Abgeordnete haben sich bereits entsprechend geäußert. SPD und Linke/PDS verfügen über eine sehr knappe Mehrheit – von nur zwei Stimmen.

Göre mit Einzelkind-Syndrom

Der Wirtschaftsstandort Berlin leidet noch heute unter den Folgen der Teilung

Von Patrick O' Brian

Ein Familientherapeut würde Berlin die Merkmale „Einzelkindsyndrom“ und „zerrüttete Familienverhältnisse“ attestieren. Die heutige Bundesrepublik war in Ost und West gespalten, und beide Staaten umsorgten ihren jeweiligen Teil Berlins – genauso wie geschiedene Eltern um die Gunst ihres Sprößlings wetteifern.

Der Osten: Hier gab es zwar keinen Mangel an Beschäftigten in pseudowissenschaftlichen Marxismus-Instituten oder in Einrichtungen zur Unterdrückung der eigenen Bürger, aber an Bauarbeitern, Taxifahrern oder Handwerkern. Trotzdem wurden alle Kräfte in Berlin konzentriert, um das Antlitz des Sozialismus aufzuhübschen.

Der Rest Mitteldeutschlands verfiel zusehends. Die „Hauptstadt der DDR“ war mit einer Zuzugssperre belegt. Hier wohnten zwar auch prominente Regimegegner, aber auch besonders viele Regierungsangestellte: SED-Funktionäre und -Profiteure.

Der Westen: Die freie Stadthälfte war abgeschnitten vom Bundesgebiet und wäre nicht lebensfähig gewesen ohne die Hilfe der anderen Länder. Doch das süße Gift der Subventionitis drang in alle Adern des Wirtschaftslebens und schuf eine Anspruchsmentalität, die ihresgleichen sucht.

> Subventionen halten die Investoren in der Hauptstadt

Es gab Subventionszulagen, acht Prozent Berlinzulage für alle Arbeitnehmer (heute müssen sie, statt etwas draufzubekommen, wie alle anderen den Solidaritätsbeitrag leisten), Zuschüsse zu Berlinflügen und jede Menge Geld aus Bonn für den Senat (die Hälfte des Haushalts!).

Wer eine Fabrik baute, bekam 7,5 Prozent Investitionszulage, für Maschinen gab es unter Umständen das Doppelte. So blieb die industrielle Basis erhalten, aber sie war nur wegen der Subventionen – nicht wegen der Rentabilität – da. Die großen Firmen hatten längst ihren Sitz nach Westen verlegt: die Banken nach Frankfurt, Siemens und die Allianz nach München. Berlin hingegen zog vor allem Subventionserschleicher und Wehrdienst-Flüchtlinge an, aber nicht risikobereite Firmengründer. Kein Wunder, daß es nirgendwo mehr öffentlich Bedienstete gab als in Berlin.

Ab 1990 war dann alles anders. Auf einmal fürchteten die Potentaten anderer Bundesländer die Multimillionenmetropole Berlin, die zum Moloch würde und das „föderalistische Gleichgewicht“ gefährde. Fünf Millionen Einwohner – oder doch zehn wie London? – erschienen plötzlich möglich. Da bangten nicht wenige Ministerpräsidenten, daß ihre kleinen Metropolen verblassen könnten angesichts des neuen Glanzes der alten Hauptstadt. Deswegen wurden sämtliche Zuschüsse schnell gestrichen. Das traf nicht nur die Berliner Bürger unvorbereitet, sondern auch die politische Führung der Stadt. Alle hatten sich an das Leben mit Transferleistungen gewöhnt.

Der Berliner Schuldenberg von neun Milliarden Euro im Jahr 1990 entsprach dem anderer westdeutscher Flächenstaaten. In den Folgejahren wurden die übertriebenen Erwartungen enttäuscht. Trotzdem hatten die Herrschenden weiter die Spendierhosen an. Der Schuldenberg versechsfachte sich so auf gegenwärtig 60 Milliarden Euro.

2005 erhielt die Stadt das meiste Geld aus dem Länderfinanzausgleich (2,4 Milliarden) und lag an zweiter Stelle (hinter Sachsen) bei den Bundesergänzungszuweisungen aus dem „Solidarpakt 2“ (2,8 Milliarden). Trotzdem mußte Berlin mehr neue Schulden (3,5 Milliarden) machen als jedes andere Land. Mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen, aber da wohnen immerhin 18 Millionen Einwohner – und nicht dreieinhalb.

Berliner Quellen

Steuern und Transfers speisen den Haushalt

Der Löwenanteil des Berliner Landeshaushalts stammt aus Steuereinnahmen. Weniger als die Hälfte des Geldes, das den Berliner Haushalt ausmacht, stammt aus eigenen Steuereinnahmen (48 Prozent).

30 Prozent aller Einnahmen kommen aus den Steuereinnahmen des Bundes und anderer Bundesländer. Durch den Länderfinanzausgleich und als „Bundesergänzungszuweisungen“ werden diese Gelder nach Berlin transferiert.

Die verbleibenden 22 Prozent speisen sich aus konsumtiven Zuweisungen (beispielsweise Geld aus der Sozialversicherung), Verwaltungseinnahmen (acht Prozent), Investitionszuweisungen (drei Prozent), Vermögensverkäufen (ein Prozent) und Sonstigem (drei Prozent).

Das deutsche Steuersystem ist bekanntlich das komplizierteste der Welt. Das zeigt sich nicht zuletzt an der Zusammensetzung der Steuereinnahmen Berlin – also jener 48 Prozent, die als Berlins „eigenes“ Steueraufkommen gelten können.

Die wichtigsten Steuerquellen sind erstens der Landesanteil an der Umsatzsteuer (zwei Milliarden Euro) und zweitens der Landesanteil an der Lohnsteuer (1,8 Milliarden). Auf Platz drei folgt die Gewerbesteuer (897 Millionen) und auf Platz vier der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer (690 Millionen). An fünfter Stelle liegt die Grundsteuer mit 587 Millionen. Typische Landessteuern wie Erbschaftssteuer (167 Millionen Euro), Grunderwerbsteuer (256 Millionen) und Kfz-Steuer (224 Millionen) spielen nur eine untergeordnete Rolle – angesichts eines Gesamthaushalts von 20,2 Milliarden Euro.

Über die Aufschlüsselung der Einnahmen per Gemeinschaftssteuern kann Berlin faktisch nicht selbst entscheiden. Auch die Ausgaben erfolgen aufgrund von Bundesgesetzen, bei denen Berlin nur über den Bundesrat mitbestimmen kann – und zwar mit seinen vier Stimmen (von 69). Die Bundespolitik hat somit erheblichen Einfluß auf die finanzielle Situation der Stadt. *PO*

Zeitzeugen



Imre Nagy – Nagy, Jahrgang 1896, geriet 1915 in russische Kriegsgefangenschaft. Er trat der KP und der Roten Armee bei. 1919 war er Mitglied der ungarischen Räte-Regierung. Als Landwirtschaftsminister führte er ab 1945 die Bodenreform durch, war 1953 bis 1955 Ministerpräsident, wurde aber 1955 von Rákosi abgesetzt. Angesichts der Unruhen im Oktober 1956 machte ihn das ZK neuerlich zum Premierminister. Nach dem Einmarsch der Roten Armee wurde er trotz Zusicherung freien Geleits verhaftet und 1958 gehenkt.

Mátyás Rákosi – Auch der 1892 als Mátyás Rosenfeld Geborene wurde in russischer Gefangenschaft Kommunist. Ab 1945 als KP-Chef und dann als Ministerpräsident war er Hauptverantwortlicher für den stalinistischen Staatsterror. 1953 mußte er als Ministerpräsident abtreten, blieb aber KP-Chef. 1956 floh er in die UdSSR, wo er 1971 starb.



János Kádár – Kádár, Jahrgang 1912, war ab 1931 Mitglied der illegalen KP und wurde mehrmals verhaftet. Nach der sowjetischen Eroberung Budapests 1944 wurde er stellvertretender Polizeichef, dann Innenminister. 1951 wurde er abgesetzt, schwer gefoltert und zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1954 aber rehabilitiert, erneut Parteifunktionär und unter Imre Nagy Regierungsmitglied. Am 1. November 1956 wechselte er zu den Sowjets. Als langjähriger KP-Chef setzte er Jahre später die ungarische Liberalisierung durch. Er starb 1989.

Pál Maléter – Maléter, Jahrgang 1917, geriet 1944 in sowjetische Gefangenschaft, trat der KP bei und wurde zum Partisanenkampf nach Ungarn zurückbeordert. 1956 war er zunächst gegen die Aufständischen abkommandiert, wechselte aber ins Lager von Nagy, der ihn zum Verteidigungsminister machte. Bei Verhandlungen mit den Sowjets wurde er verhaftet. 1958 wurde er gehenkt.



Juri Andropow – Der 1914 Geborene war 1954 bis 1957 Sowjet-Botschafter in Budapest. Seine Berichte trugen 1956 maßgeblich zur Meinungsbildung im Kreml bei. 1967 bis 1982 war er KGB-Chef. Nach dem Tod Breschnjews 1982 folgte er diesem als KP-Chef nach, begann mit Reformen, starb aber bereits 1983.

Wider die Fremdherrschaft

Der Ungarnaufstand gegen die Sowjets trug national-revolutionäre Züge

Von R. G. Kerschhofer

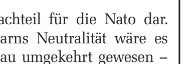
Die ungarische Volkserhebung war eine von mehreren spontanen Massenbewegungen, die sich gegen die sowjetische Unterdrückung aufzulehnen versuchten: Juni 1953 in der DDR, Juni 1956 in Posen, Oktober 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und 1980 in Danzig. Man mag darüber spekulieren, welches dieser Ereignisse – als Aktion einerseits, als Reaktion der Machthaber andererseits – mehr zum Zerfall des Sowjetsystems beigetragen hat. Tatsache ist aber, daß sich am 11. September 1989 an der österreichisch-ungarischen Grenze jener „Dammbruch“ ereignete, dem die Ausreise der Botschaftsflüchtlinge aus Prag und der Fall der Berliner Mauer folgen sollten.

Schon drei Monate davor hatten der österreichische Außenminister Mock und sein ungarischer Amtskollege Horn in einem symbolischen Akt mit der Drahtschere den Eisernen Vorhang durchtrennt – und damit die Ausreisehoffnungen tausender DDR-Bürger beflügelt. Die Normalisierung an der Grenze war allerdings nicht mehr und nicht weniger als eine logische Weiterführung jener spezifisch ungarischen Entwicklung, die man auch „Gulasch-Kommunismus“ nannte: KP-Chef János Kádár hatte bereits Anfang der 60er Jahre von Moskau den Segen für eine allmähliche innere Liberalisierung erhalten – um den Preis bedingungslosen außenpolitischen Gehorsams. Es war derselbe Kádár, der 1956 mit den Panzern der Roten Armee angetreten war, den Aufstand blutig niederzuschlagen, und der in den unmittelbar folgenden Jahren die Rache des Systems durchgezogen hatte.

Die Einzigartigkeit des Aufruhrs in Ungarn wird im Vergleich besonders deutlich: Überall hatte zwar Ungewißheit über die Machtverhältnisse und Absichten im Kreml mitgespielt – Stalin war im März 1953 gestorben, Chruschtschow hatte im Februar 1956 die Entstalinisierung eingeleitet, der Prager Frühling kam in einer Periode des Ost-West-Tauwetters, und die Unruhen in Polen fielen in eine Zeit, als man über die Nachfolge des „versteinerten“ Breschnjew nachzudenken begann. Doch während in der DDR und in Polen klassische Arbeiterunruhen ausbrachen und es sich in der CSSR quasi um eine ausufernde Evolution von oben handelte, trug der Ungarn-Aufstand unverkennbar national-revolutionäre Züge. Er war nicht bloß Auflehnung gegen den Kommunismus, sondern mehr noch gegen die Fremdherrschaft. Nach Jahren der verbalen Beschönigung wird in Ungarn heute dafür das Wort „forradalom“ („Revolution“) gebraucht, das gleiche Wort, das auch für 1848/49 üblich ist. Und welche Parallele: 1849 hatten russische Truppen, mit denen Zar Nikolaus I. seinem jungen Kollegen Franz-Joseph beistand, wesentlich zur Niederschlagung beigetragen. Wie sehr es sich 1956 um eine nationale Erhebung handelte, sieht man auch daran, daß die zwei prominentesten Figuren als Helden verehrt werden, obwohl sie Kommunisten waren: Ministerpräsident Imre Nagy und Oberst Pál Maléter.

> Die Einzigartigkeit wird besonders deutlich im Vergleich

> Wie 1848/49 handelte es sich 1956 um eine Revolution



Der ungarische Aufstand war bei weitem das blutigste Ereignis im Ostblock seit Konsolidierung der KP-Herrschaft 1948/49. Schon in der ersten Phase gab es Gefechte mit Polizeieinheiten und im Lande stationierten Sowjettruppen – sowie Lynchjustiz an Mitgliedern der verhaßten AVÓ, der ungarischen Stasi. Noch weitaus blutiger war die Niederschlagung durch aus der Sowjetunion herangeführte „unverdorbene“ Divisionen – und danach das Wüten der wieder aktivierten AVÓ.



Während des Aufstands: Revolutionäre mit der Ungarn-Flagge auf einem Panzer Foto: Ullstein

Chruschtschow hatte gezögert, den Einmarschbefehl zu geben, doch das Suez-Abenteuer des Westens beseitigte alle Zweifel. Und eigentlich hatte er gar keine Wahl. Denn spätestens mit Ungarns Austritt aus dem Warschauer Pakt und der „Neutralität nach österreichischem Vorbild“ war der Rubikon überschritten. Ungarn hatte sich hier klar verschätzt: Österreichs Neutralität war ein Vorteil für Moskau, denn der neutrale Riegel Schweiz-Österreich stellte einen Nachteil für die Nato dar. Mit Ungarns Neutralität wäre es aber genau umgekehrt gewesen – ganz abgesehen von der Signalwirkung auf die anderen Satellitenstaaten.

Es war – wie wir heute wissen – ein völlig unrealistischer Ausbruchsversuch der Ungarn. Denn US-Präsident Eisenhower hatte nie die Absicht, die in Jalta 1945 ausgehandelte Aufteilung der territorialen Kriegsbeute einseitig anzufechten. Dazu kam die zeitgleiche Suezkrise, die eine sowjetische Intervention im Nahen Osten befürchten ließ. Umso verwerflicher war es daher, den Ungarn falsche Hoffnungen auf westliche Militärhilfe zu machen. Eine besonders unrühmliche Rolle spielten dabei der Sender Radio Free Europe – und auch ein damals in Budapest weilender US-Senator. Wie hätte denn Militärhilfe nach Ungarn gelangen sollen? Über das Warschauer-Pakt-Mitglied CSSR oder über das zwar blockfreie, aber kommunistische Jugoslawien oder über das neutrale Österreich? In jedem Fall hätte es einen Weltkrieg auslösen können – und die UdSSR war seit 1949 Atommacht.

Die ungarische Volkserhebung beweist, daß der Mensch zwar vom Brot lebt, aber eben nicht davon allein. Vaterlandsliebe, Ehre, Glaubenstreue, moralische Autorität – man denke an Kardinal Mindszenty (s. Kasten) – all das ist auf längere Sicht unersetzbar, und Stalins zynische Frage „Wie viele Divisionen hat der Papst?“ ist durch die Geschichte beantwortet. Daran sollten jene EU-Europäer denken, die sich so sehr vor dem Wörtchen „christlich“ scheuen, aber dem Vordringen eines fremden Glaubens so hilflos gegenüberstehen. Die wachsende EU-Skepsis auch in den Reformstaaten kommt nicht zuletzt davon, daß man sich einem neuen materialistischen Moloch ausgeliefert fühlt.

Ein aufrechter Mann

Kardinal József Mindszenty, Jahrgang 1892, war eine jener Symbolfiguren, deren reale Bedeutung man heute meist unterschätzt. Seine kirchliche Laufbahn verlief geradlinig: 1915 Priesterweihe, 1919 Stadtpfarrer, 1924 Titularabt, 1937 päpstlicher Hausprälat, 1944 Bischof, 1945 Erzbischof von Esztergom und damit ungarischer Oberhirte, 1946 Kardinal.

Doch es war eine bewegte Zeit: Während der Linksdiktatur 1918/19 führte der Kirchenmann die neugegründete Christliche Partei – und wurde inhaftiert. 1941 legte er aus Protest gegen die NS-Politik seinen deutschen Geburtsnamen Pehm ab und nannte sich Mindszenty. Nach der deutschen Besetzung Ungarns 1944 protestierte er gegen die Judendeportationen. Von November 1944 bis zum Einmarsch der Sowjets war er inhaftiert.

> Nach dem König laut alter Verfassung der zweite Mann

Prompt begann neues Unrecht, gegen das sich Mindszenty mutig einsetzte: Übergriffe der Sowjets, Vertreibung der Deutschen aus Ungarn, Verfolgung von Klerikern, Konfiskationen, Verbot des Religionsunterrichts. Und er bekämpfte die getürkte Volksabstimmung, mit der 1946 die Monarchie abgeschafft wurde. Denn nach der alten Verfassung war der Oberhirte nach dem König die zweithöchste Autorität – und dies ist auch der Grund, warum er sich nach 1956 so lange weigerte, ins Exil zu gehen. Ende 1948 wurde er schließlich verhaftet und 1949 zu lebenslanger Haft verurteilt.

Am 30. Oktober 1956 wurde er aus dem Gefängnis befreit, unterstützte am 3. November in einer Rundfunkrede die Regierung Nagy – und mußte am 4. in der US-Botschaft Asyl suchen. Durch seine Weigerung, ins Exil zu gehen, wurde er in den späten 60er Jahren zur Belastung für die vatikanische Ostpolitik und auch für das weltpolitische Tauwetter. 1971 gab er schließlich nach und übersiedelte nach Wien, wo er 1975 verstarb. Gerade die seiner Meinung nach zu laxe kirchliche Ostpolitik wurde aber durch die überraschende Wahl eines Polen zum Papst gekrönt: Sie schuf eine neue, noch viel bedeutendere Symbolfigur und trug damit wesentlich zum Zerfall des Ostblocks bei. *RGK*

Kurzes Glück einer nationalen Erhebung

Vor 50 Jahren schlugen sowjetische Truppen den wenige Wochen zuvor begonnenen Ungarnaufstand nieder

Der Boden war aufbereitet, durch die Schreckensherrschaft des Mátyás Rákosi, der sich „Stalins bester Schüler in Ungarn“ nannte, sowie durch Bodenrefom, Reparationen und ausbeuterische Handelsverträge mit der Sowjetunion, die eine katastrophale Wirtschaftslage herbeigeführt hatten.

Die Posener Juni-Unruhen waren in Ungarn aufmerksam verfolgt worden, doch erst nach den Hochschulferien begann die Eskalation: Am 6. Oktober 1956 fand unter großer Anteilnahme der Bevölkerung die Neubestattung eines von Rákosi hingerichteten und später rehabilitierten Ministers statt. Am 20. gab es eine große Studentenversammlung im südungarischen Szeged. Am 21. wurde der (damals) beliebte und jahrelang inhaftiert gewesene Gomulka neuer KP-Chef in Polen. Und am 23. fand an der Budapester TU eine kurioserweise genehmigte Solidaritätskundgebung mit den polnischen Arbeitern statt. Allerdings wurden dabei – wie zuvor in Szeged – auch radikale Reformen in Ungarn selbst gefordert.

Die Veranstaltung setzte sich auf der Straße fort und wuchs schnell zur Massenbewegung an. Das Stalin-Denkmal wurde geschleift, eine Großdemonstration vor dem Parlament forderte die Wiedereinsetzung des Reformkommunisten Imre Nagy, und beim Rundfunkgebäude floß erstmals Blut: Als aus dem Gebäude geschossen wurde, überließen ungarische Soldaten ihre Waffen den Demonstranten, die das Gebäude stürmten.

Noch in der Nacht gab es die ersten Gefechte mit sowjetischen Truppen. Tags darauf begann ein landesweiter Generalstreik, und es bildeten sich Revolutionskomitees. Das ZK der KP machte Nagy tatsächlich wieder zum Ministerpräsidenten, und der Rákosi-Vertraute Gerö, der erst im Juni auf Druck Moskaus Rákosi als KP-Chef abgelöst hatte, wurde abgesetzt. Am 27. Oktober verkündete Nagy die Auflösung der Geheimpolizei AVÓ, am 30. das Ende des Ein-Parteien-Systems und am 1. November den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt sowie die Neutralität Ungarns.

Die Kämpfe der ersten Tage boten ein uneinheitliches Bild. Ungarische Soldaten waren teilweise desertiert oder hatten ihre Waffen den Rebellen überlassen. Die Entscheidung schien einerseits gekommen, als der zum Entsatz einer von Aufständischen belagerten Kaserne abkommandierte Oberst Maléter zunächst einen Waffenstillstand vereinbarte und sich dann der Reformregierung anschloß. Andererseits zogen sich auch die Sowjet-Truppen wieder in ihre Kasernen zurück – nicht nur weil man auf Befehle aus Moskau wartete, sondern auch, weil Rotarmisten durch die Stationierung in Ungarn „verdorben“ waren und mit den Aufständischen sympathisierten.

Doch schon am 1. November überschritten neue Sowjet-Divisionen die Grenze. Die Anrufung der Uno durch Nagy am 2. November verhallte wirkungslos – in New York war man schon mit der Suezkrise überfordert. Die „Rückeroberung“ dauerte vom 4. bis 15. November, wobei sich die heftigsten Gefechte in der Hauptstadt abspielten.

2000 bis 3000 Gefallenen auf ungarischer Seite standen 700 bis 1000 auf sowjetischer gegenüber. Etwa 200 Panzer wurden zerstört. Mehr als 30 000 Ungarn wurden in die UdSSR deportiert, etwa 500 zum Tode verurteilt, von denen die Hälfte tatsächlich hingerichtet wurde. 200 000 Ungarn flohen nach Österreich, ehe die Grenze wieder „dichtgemacht“ wurde. *RGK*

»Eine eindeutige Position«

Opferschutz ist ein politisches Fremdwort – Hamburgs Ex-Justizsenator Roger Kusch erklärt, warum

Zum 30. Jubiläum der Organisation „Weißer Ring“, die im vergangenen Jahr zirka 3500 Opfer von Straftaten psychologisch und finanziell unterstützte, verspricht Bundeskanzlerin Angela Merkel grundlegende Verbesserungen der rechtlichen Situation der Opfer. Besonders im Jugendstrafrecht kündigt die Kanzlerin einen neuen Kurs an. Opferschutz gehe vor Täterschutz, so Merkel: „Ich halte die Möglichkeit zur Anordnung einer nachträglichen Sicherungsverwahrung auch bei Jugendlichen für gerechtfertigt, die wegen schwerster Gewalttaten verurteilt wurden und bei denen man eben Zweifel hat, ob sie, wenn sie wieder frei herumlaufen, nicht wieder zu Gewalttätern werden.“ Die Kanzlerin formuliert eindeutig. Nur mit einer Reform des Jugendstrafrechts wäre dieser Kurswechsel zu erreichen. Sätze, die hoffen lassen: „Es ist ein unstrittenes Thema. Aber ich habe hier eine sehr eindeutige Position.“

Roger Kusch, Ex-CDU-Justizsenator von Hamburg, kennt die Probleme beim Umgang mit jungen Tätern aus unmittelbarer Erfahrung. Auch die Haltung seiner ehemaligen CDU-Parteikollegen dazu ist ihm bekannt. Anfang 2006 setzte er sich für die Abschaffung des Jugendstrafrechts wegen dessen Mängeln ein. Am 27. März wurde Kusch aus dem Kabinett entlassen. Er gründete einen Monat später die rechtskonservative Partei „Heimat Hamburg“. Im Interview mit der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* zieht er anläßlich des Jubiläums des „Weißen Rings“ und der Worte Merkels eine kritische Bilanz.



Aussicht auf Milde: Nur wenige jugendliche Straftäter müssen ins Gefängnis. Foto: pa

Sie haben schon als CDU-Justizsenator das Jugendstrafrecht grundlegend ändern wollen und dafür in ihrer damaligen Partei viel Kritik eingesteckt. Nun fordert Angela Merkel anläßlich „30 Jahre Weißer Ring“ Verschärfungen im Jugendstrafrecht, vor allem Sicherheitsverwahrung für jugendliche Intensivtäter. Was ist davon zu halten?

Frau Merkel hat in ihrer Rede sogar nachträgliche Sicherungsverwahrung für Jugendliche gefordert! Aber auch das spielt keine Rolle. Frau Merkel hat als die schwächste Kanzlerin in der Geschichte der Bundesrepublik keine Kraft, irgendeine Position gegen die SPD durchzusetzen. Deshalb wird auch diese Forderung an den Linken in der SPD scheitern.

Eltern minderjähriger Opfer sollen künftig an Strafverhandlungen teilnehmen dürfen, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, fordert Frau Merkel – ist das eine Verbesserung der Position der Opfer?

Auch hier werden den Worten keine Taten folgen. Im übrigen geht diese Forderung nicht weit genug. Strafverfahren gegen Jugendliche müßten generell öffentlich sein, wie gegen Erwachsene. In begründeten Einzelfällen könnte der Richter die Öffentlichkeit ausschließen.

Sie kennen die Praxis im Jugendstrafrecht unter anderem aus ihrer Zeit als Jugendrichter. Was sind die größten Fehler, die Fälle, die Sie am bisherigen Jugendstrafrecht zweifeln lassen?

Straftaten von Jugendlichen werden generell zu spät und oft auch viel zu milde geahndet. Jungen Straftätern müßte sofort nach der Tat ein Schuß vor den Bug verpaßt werden, in harmlosen Fällen nach der zweiten oder dritten Tat, in mittleren bis schweren Fällen nach der ersten Tat. In etlichen Fällen würde damit das Entstehen einer kriminellen Karriere verhindert. Meist scheitert dieser frühe Schuß vor den Bug gar nicht am Gesetz, sondern an linken Jugendstaatsanwälten und Jugendrichtern, die in Mitleid zerfließen mit dem schweren Schicksal der Täter, statt sich um die Opfer zu kümmern. In Hamburg gibt es einen spezifischen Skandal: Hier kann es passieren, daß ein junger Gewalttäter mit einem Messer jemanden niedersticht und noch nicht einmal in Untersuchungshaft kommt.

> 17 oder 23 Jahre? Opfern ist das Alter des Täters egal

Warum gelingt es der Rechtspflege nicht, das Problem jugendlicher Täter in den Griff zu bekommen?

Bei jugendlichen Tätern gefallen sich viele Richter und Staatsanwälte in der Rolle des Ersatz-Vaters oder der Ersatz-Mutter, statt spürbare Strafen zu beantragen und zu verhängen.

Sie setzen sich für die Abschaffung des Jugendstrafrechts ein. Das bedeutet, es ist nicht mehr reformierbar – warum?

Weil das Jugendstrafrecht vom utopischen „Erziehungsgedanken“ geprägt ist, obwohl der beste Jugendrichter nicht in der Lage ist, in einer halbstündigen Verhandlung die Defizite 15jähriger Fehl-Erziehung zu korrigieren. Deshalb fordere ich die Abschaffung des Jugendstrafrechts, damit ein und derselbe Richter sowohl gegen Erwachsene als auch gegen Jugendliche verhandelt. Für die vergewaltigte Frau ist es nämlich völlig egal, ob der Täter 17 oder 23 Jahre alt war.

Wie haben Sie den Umgang mit dem Thema Jugendstrafrecht in der CDU-Hamburg erlebt?

Solange die CDU auf den Koalitionspartner Ronald Schill (Gründer der Partei Rechtsstaatliche Offensive, gewann mit seiner rechtskonservativen Partei beim ersten Antreten zur Wahl 2001 in Hamburg über 19 Prozent der Stimmen und war daraufhin bis August 2003 Innensenator im Kabinett Ole von Beusts, Anm. d. Red.) angewiesen war, unterstützte sie mich dabei, Hamburg sicherer zu machen. Seit die CDU mit absoluter Mehrheit regiert, ist Innere Sicherheit kein Thema mehr. Schließlich will Ole von Beust auch nach der nächsten Wahl Bürgermeister bleiben – mit Hilfe einer schwarz-grünen Koalition.

Das Gespräch führte Sverre Gutschmidt.

Der Weiße Ring

Die Organisation wurde 1976 unter anderem vom Journalisten Eduard Zimmermann (bekannt durch die Fernsehsendung „Aktenzeichen XY ungelöst“) und dem Oberstaatsanwalt Hans Sachs in Mainz gegründet. Mehr als 60 000 Deutsche setzen sich derzeit im Weißen Ring ehrenamtlich oder durch ihre Mitgliedsbeiträge für Opfer von Straftaten ein. Noch sind viele zentrale Forderungen der Organisation unerfüllt. So gibt es zwar ein Opferschutzgesetz, das staatliche Hilfeleistungen vorsieht, doch vielen Bedürftigen ist das unbekannt. Täter erhalten im Zweifelsfall einen Anwalt auf Staatskosten – Opfer nicht. Opfern von jugendlichen Straftätern wird es schwer gemacht, Schadenersatzansprüche im Strafverfahren durchzusetzen. Oft bleiben Opfer in langen zivilrechtlichen Verfahren auf ihren Kosten sitzen.



Dr. Roger Kusch (52), der studierte Jurist (Doktorarbeit 1980 zum Thema „Der Vollrausch“) übernahm schon 1984 als Regierungsrat in der Jugendvollzugsanstalt Adelsheim Verantwortung im Rahmen der Jugendrechtspflege. Auch in seiner Zeit als Amtsrichter war er unter anderem für Jugendfragen zuständig. Von 1986 bis 1988 arbeitete er im Bundesjustizministerium (Strafprozeßrecht), danach als Staatsanwalt in seiner Geburtsstadt Stuttgart. Weitere Karrierestationen: Referent für Strafrecht und Öffentliches Recht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ab 1995 Ministerialrat im Bundeskanzleramt und Leiter des dortigen Referats „Innere Sicherheit“. Von 2000 bis 2001 Oberstaatsanwalt am Bundesgerichtshof. Dort wurde er 2001 beurlaubt, um sein Amt als Hamburger Justizsenator anzutreten. 2006 gründete er seine eigene Partei „Heimat Hamburg“.

Gedanken zur Zeit:

»Deutschland verdankt Polen, was es ist«

Von Wilfried Böhm

Deutschland verdankt Polen, was es heute ist. Die deutsche Wiedervereinigung hat in Polen begonnen“. Diese Worte sprach der deutsche Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) zwei Tage vor dem diesjährigen Tag der deutschen Einheit in einem Festvortrag aus Anlaß der Verleihung der Ehrendoktorwürde, die er von der Universität in Allenstein im südlichen Ostpreußen erhielt.

Wolfgang Schäuble sprach diese Worte hoch offiziell in der heutigen Hauptstadt der polnischen Woiwodschaft Ermland-Masuren und fügte hinzu: „Wir Deutschen werden den Polen für den Weg zu unserer Einheit dankbar bleiben.“

> Benötigen die Deutschen Beispiele, um zu handeln?

Am 22. Oktober 2006, also fast zeitgleich mit Schäubles Dank an Polen, dankte der selbsternannte Geschichtslehrer der Nation, Guido Knopp, in seinem Magazin im ZDF – bezeichnenderweise „History“ genannt – den Ungarn für ihren Aufstand im Jahr 1956 als Wegweisung zur deutschen Wiedervereinigung. Dank also aus Deutschland an alle rundum, die unter ihren speziellen nationalen Bedingungen ihre Freiheit vom Kommunismus erstritten. Haben sie alle den Deutschen zeigen müssen, wo es lang geht zum freiheitlich demokratischen Rechtsstaat?

Aus dem Mund des deutschen Verfassungsministers ist die schwer wiegende Aussage, „Deutschland verdanke Polen, was es heute ist“ wert, hinterfragt zu werden. Meint doch Schäuble wörtlich, daß „die politische Wende in Europa und das Ende des Kalten Krieges von hier (also von Polen) ausgingen“ und fügt als Beweis seiner These den polnischen Papst ebenso an, wie die „mutigen Menschen, die auf die Straße gingen“, sich zu Gewerkschaften zusammenschlossen und nicht zu vergessen, die katholische Kirche, die ihnen zu allem die Kraft gegeben habe.

Für sich genommen beschreibt Schäuble zweifellos Tatsachen, wenn er damit den mühsamen Weg der Polen meint, der vom blutig niedergeschlagenen Posener Aufstand von 1956 über die Streiks in den Küstenstädten im Jahr 1970, 1976 und 1980 zur Bildung freier Gewerkschaften und schließlich 1989 zu freien Wahlen und zur Wiedereinführung der Staatsbezeichnung „Republik Polen“ führte, gewiß ein stolzer Weg für die polnische Nation, genau so, wie es der Weg der Ungarn war.

> Glasnost und Perestroika haben deutsche Wurzeln

Und Deutschland? Benötigten die Deutschen zwischen Rügen und dem Thüringer Wald 1989 Beispiele, die sie zum Handeln motivierten? Schon 1987 hat Günter Zehm in der „Welt“ dem deutschen 17. Juni 1953 internationalen Rang zugeschrieben, den der französische 14. Juli 1789 historisch erhalten hat, nämlich den, ein tiefer Einschnitt in der Geschichte Europas zu sein. Dieser 17. Juni 1953 sei der erste nachstalinistische Volksaufstand gegen das kommunistische Zwangsregime gewesen.

Die Freiheitsrevolutionen in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen stünden in seiner Folge und wörtlich: „Es ist nicht übertrieben, wenn man feststellt, daß letzten Endes auch Glasnost und Perestroika Kinder des 17. Junis sind“, denn sie entsprängen der Erkenntnis, daß „die da unten“ sich nicht beliebig hin- und herschieben und ausplündern lassen und man nicht immer nur Panzer in Marsch setzen kann.

Zwei Jahre nachdem Zehm – dem westdeutschen Zeitgeist zuwider – diese Sätze schrieb, brach der Kommunismus und mit ihm die Sowjetunion zusammen. Deutschland und Europa erhielten die Chance zur Freiheit und zur Einheit. Der 17. Juni hätte es mehr als jeder andere Tag verdient, der deutsche Nationalfeiertag zu werden. Er war der Tag revolutionären Handelns des Volkes und nicht daraus folgendem politischen Vollzugs.

Die Kommunisten in der DDR selbst hatten ein feines Gespür für diese deutsche Realität des 17. Juni. Fragte doch Stasi-Chef Erich Mielke am 31. August 1989 seine Generäle angesichts der für die SED kritischen Lage in der DDR: „Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?“ Damit verriet er das tiefe Trauma, das die kommunistische Führungskaste seit dem 17. Juni 1953 beherrschte, als sich die Arbeiter von der angeblichen Herrschaft der Arbeiterklasse selbst befreien wollten, bis die sowjetischen Panzer dann diese deutsche Revolution niederschlugen.

Es war kein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte, daß die linke Publizistik in der Bundesrepublik gemeinsam mit den status-quo-Politikern in der SPD in den 80er Jahren den 17. Juni als Feiertag in Frage stellten. Kein Wunder, daß Klaus Bölling (SPD) am 29. April 1985 schrieb, „daß das Streben nach Wiedervereinigung nichts anderes sei, als ein Ausdruck ‚westdeutscher Selbstgerechtigkeit‘“ und „eine verdeckte Kriegserklärung an die DDR“.

> Den 17. Juni in Frage zu stellen war kein Ruhmesblatt

Die antikommunistische Revolution des 17. Juni 1953 mit dem Verlangen nach Demokratie und Menschenrechten und das „Wir sind ein Volk“ der friedlichen Revolution von 1989 sind Ausweis demokratischer Gesinnungen bester europäischer Tradition, aus der die Deutschen leben, wie andere auch, die alle zusammengehören als demokratische Nationalstaaten im Europa der Vaterländer.

»Nicht ohne weiteres kippen«

Die derzeit laufenden Beitrittsverhandlungen der Türkei zur Europäischen Union (EU) erhalten einen Dämpfer. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) spricht sich gegen eine Aufnahme der Türkei aus. Die Bundesregierung könne zwar beim derzeitigen Verfahrensstand die Verhandlungen „nicht ohne weiteres kippen“, man könne aber nicht darüber hinweggehen, daß eine Seite die bestehenden Regeln nicht annehmen wolle, sagte Glos im Hinblick auf die Türkei.

Insbesondere die Frage der Menschenrechte aber auch die ausbleibende Anerkennung des EU-Mitglieds Zypern durch die Türkei stehen demnach einem erfolgreichen Beitritt nach wie vor im Wege. So wird beispielsweise christlichen Kirchen in der Türkei kein Rechtsanspruch auf Eigentum zugestanden. Die Lage habe sich seit Beginn der Beitrittsgespräche eher verschlechtert, klagen Vertreter der Orthodoxen Christen.

„Wenn einer in ein Haus einziehen will, muß er sich an die Hausordnung halten“, sagt Glos. Der CSU-Politiker bekräftigt damit die grundsätzlichen Vorbehalte in der CDU/CSU-Fraktion gegen einen Türkei-Beitritt. „Diese Türkei ist für mich kein natürliches und geborenes Mitglied der Europäischen Union“, so Glos weiter.

Willkommen im Wirtschaftswunderland

Wenn der Politik die Konzepte ausgehen, werden aus Wohlstandsbürgern Notsparer

Von HANS HECKEL

„Ich arbeite doch nicht für Geld, das ich sowieso kriege!" Hartz-IV-Empfänger Werner F. ist mit seinen Anfang 30 auf dem besten Wege, für immer im seit neuestem so genannten „Prekariat" zu landen, vulgo: Unterschicht. Ihm geht es wie vielen Deutschen am unteren Rand der sozialen Skala. Die staatliche Unterstützung reicht eigentlich hinten und vorne nicht. Doch die geringen Zuverdienstmöglichkeiten, die seinesgleichen im Rahmen staatlicher Wiedereingliederungsmaßnahmen winken, sind derart bescheiden, daß sie kaum finanziellen Anreiz bieten. Hat sich der Betroffene erst mit dem trostlosen Dasein im Nichtstun abgefunden, ist ein Leben als ewiger „Leistungsempfänger" vorgezeichnet.

Die Diskussion darüber, ob die staatlichen Anreize ausreichen, um Menschen wie Werner F. dazu zu bringen, die Ärmel wieder hochzukrempeln, oder ob es für Leute wie ihn überhaupt eine Zukunft am ersten Arbeitsmarkt gibt, hat eine ganz andere Problematik in den Hintergrund treten lassen: Zahlreiche Berufsgruppen verdienen nach Jahren des relativen Stillstands bei den Lohnerhöhungen gerade noch soviel, um sich allein über Wasser zu halten, haben am Ende des Monats netto kaum noch mehr in der Tasche als jemand, der Hartz IV erhält und sich in einer staatlichen Maßnahme noch etwas dazuverdient. Dabei bringt es der Hartz-IV-Empfänger mit Zuverdienst meist auf sehr viel weniger Wochenstunden als der regulär angestellte „Vollverdiener" einer unteren Einkommensschicht.

Eine Berechnung der gewerkschaftsnahen „Hans-Böckler-Stiftung" listet die Bruttogehälter zahlreicher Berufsgruppen im Westen und Osten der Bundesrepublik des Jahres 2005 auf. Grundlage ist der Vollzeitbeschäftigte mit 38 Wochenstunden und durchschnittlich zwölf Jahren Berufserfahrung in einem kleineren Betrieb, die Gehälter verstehen sich einschließlich aller Zuschläge wie etwa das Urlaubsgeld, so welches gezahlt wird.

Danach verdient eine Verkäuferin West 1416 Euro brutto im Monat, ihre Ostkollegin muß sich gar mit nur 1109 Euro zufriedengeben. Trotz geringer Steuer- und Abgabenbelastung bleibt nach Miet-, Strom, Heizungs- und Wasserrechnung kaum mehr als einem Hartz-IV-Empfänger, der sich zu seinen 345 Euro noch zwischen 160 und 190 Euro hinzuverdienen darf und dessen Miete vom Staat übernommen wird. Wohlfeile Forderungen nach einer Kürzung der Hartz-Zahlungen laufen dabei ins Leere, da sich deren Bemessung bereits am Existenzminimum orientiert. Eine Absenkung der Zuverdienstmöglichkeiten wiederum mindert die Motivation, aus dem Nichtstun auszubrechen und wenigstens als „Ein-Euro-Jobber" am Arbeitsleben teilzuhaben, noch weiter. Die Folgen wie Selbstaufgabe und schließlich Verwahrlosung der Betroffenen schlagen letztendlich auf die gesamte Nation zurück, die mit noch mehr „abgehängtem Prekariat" belastet würde.

Ganze Berufsgruppen können sich keine Familie mehr leisten

Dabei stellt das Einkommen der Verkäuferin noch nicht einmal die unterste Stufe der Skala regulärer Vollzeitgehälter dar. Gebäudereiniger verdienen nach der Auflistung der Hans-Böckler-Stiftung mit 1295 Euro (West) und 1107 Euro (Ost) noch weniger, Köche bringen es danach auf 1319 oder 1068 Euro und Kellner müßten bei 1143 oder 1010 Euro ohne Trinkgelder wohl unter der Brücke schlafen.

Altenpflegerinnen sind mit 1530 oder 1177 Euro kaum bessergestellt als Verkäuferinnen, die Krankenschwester liegt mit 1963 Euro (West) und 1552 Euro (Ost) immerhin etwas darüber. Wer mit diesem Bruttogehalt als alleinziehende Mutter seine Kinder versorgen soll, muß gut rechnen können.

Aber auch Berufsgruppen, die von ihrem Gehalt vor Jahrzehnten noch eine kleine Familie versorgen konnten, sind von solchen Möglichkeiten heute weit entfernt. Maurer müssen sich nach der Berechnung der Böckler-Stiftung mit Basisgehältern von 2110 Euro im Westen und sogar bloß 1502 Euro in den neuen Bundesländern zufriedengeben. Ein Schlosser erhält zwischen 1808 und 1712 Euro. Selbst mit Hilfe zahlreicher Überstunden ist eine klassische Standardfamilie mit Ehepartner und zwei Kindern mit solchen Bruttogehältern bei den heutigen Mieten und Nebenkosten nicht mehr zu ernähren.

Letztlich bleibt den genannten Berufsgruppen nur, sich zu ihrer Haupttätigkeit noch eine Nebentätigkeit zu suchen, wenn neben einem Minimum an Lebensstandard auch noch einmal ein günstiger Urlaub oder andere bescheidene „Sonderwünsche" erfüllt werden sollen.

Die gesetzlichen Renten, die auf Bezieher von Bruttogehältern zwischen 1100 und 1800 Euro später warten, liegen im Bereich der Sozialhilfe, selbst wenn Arbeitslosigkeit so gut wie ganz vermieden wird. Empfehlungen von Experten, dringend privat vorzusorgen, um Altersarmut zu vermeiden, prallen mangels frei verfügbarem Einkommen an den unteren Einkommensschichten sowieso ab. Auch vergleichsweise höhere Einkommensgruppen können an die Kaufkraft vergangener Zeiten kaum noch anknüpfen.



Ohne Aufstiegschance: Alleinerziehende mit geringem Einkommen. Foto: pa

Ein hochqualifizierter Elektro-Ingenieur (West) hat laut der Studie ein Bruttogehalt von 3633 Euro (West) und 2715 Euro (Ost) zu erwarten, ein Informatiker zwischen 3598 und 2700 Euro. In ähnlichen Dimensionen bewegen sich Ärzte, Physiker, Steuerberater, Wirtschafts-Ingenieure oder Mathematiker. Berufsstände also, die zu den typischen Häuslebauern gehören. Ohne Doppel- oder Zuverdienst oder aber Erbschaften ist das Haus im Grünen aber auch für sie nur noch unter erheblichem Verzicht zu stemmen – wenn eine solche Investition fürs Leben angesichts der unsicheren Lage am Arbeitsmarkt nicht ohnehin zum unkalkulierbaren Risiko geworden ist.

Die stagnierenden Reallöhne in Deutschland sollen dazu beitragen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes wieder zu verbessern, heißt es. Ganz sicher ist die Bundesrepublik nach der Öffnung Osteuropas und durch Billigproduktion in Asien unter erheblichen Lohndruck geraten. Übersehen werden darf aber nicht, daß die Lohnkosten etwa in der Autoindustrie nur noch etwa 17 bis 25 Prozent der Gesamtproduktionskosten ausmachen. Die Konkurrenzfähigkeit solcher Unternehmen hängt also weit weniger vom Lohnniveau ab, als es in der Diskussion gelegentlich den Anschein hat.

Der Regierung fehlt ein Konzept für die Wirtschaft

Was vielmehr fehlt in Deutschland, ist ein geschlossenes wirtschaftspolitisches Konzept der Regierung. Sich in der Tendenz widersprechende Maßnahmen und Zielvorgaben verunsichern Wirtschaft wie Verbraucher und Arbeitnehmer gleichermaßen. Stagnation ist die Folge.

Im Vergleich zu anderen Ländern sticht das Mißverhältnis ins Auge. Beispiel Spanien: Das einst arme Land verfolgt seit rund 30 Jahren eine Politik, welche private wie öffentliche Investitionen entschlossen und schnell vorantreibt. Dennoch sind die öffentlichen Haushalte mittlerweile ausgeglichen, was nur zum geringeren Teil auf die stets hervorgehobenen EU-Beihilfen zurückzuführen ist. Trotz immer noch hoher Arbeitslosenzahlen stimuliert diese Politik Wirtschaft wie Konsumenten, die Gehälter steigen, was ebenso wie die stabile Zuversicht der Verbraucher die Wirtschaft am Brummen hält.

Das spanische Durchschnittsgehalt erreichte 2005 nach den Erhebungen der EU schon 97 Prozent des deutschen und wird voraussichtlich 2008 das bundesdeutsche Niveau sogar überholen. Das obwohl das spanische Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf 2005 mit rund 27 000 US-Dollar noch deutlich hinter dem Deutschlands mit 35 000 rangierte. Lag also das Lohnniveau in Deutschland nur um drei Prozent über dem spanischen, so überstieg die deutsche Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung 2005 die der Spanier um glatte 30 Prozent – das Zehnfache.

Die spanische Wirtschaft verdankt ihre Zuwachsraten dem fröhlichen Konsumverhalten der Verbraucher, während die deutsche unter nachhaltigem Konsumverzicht leidet, was auf die heimischen Löhne drückt. Angesichts steigender Steuern und Abgaben im kommenden Jahr könnte sich, so befürchten Experten allenthalben, die Abwärtsspirale von Konsumverzicht, Lohnstagnation und Arbeitsplatzabbau 2007 verstärkt fortsetzen.

Solange die deutsche Politik diesem Niedergang mit einem planlosen Zickzack-Kurs zu begegnen versucht, wird sich die Entwicklung nicht umkehren lassen, weshalb Unternehmen sich weiterhin darauf konzentrieren werden, um jeden Preis (Lohn-) Kosten zu senken, während die Arbeitnehmer in Zukunftsangst verharren – wobei denen, die trotz Vollzeitstelle netto schon jetzt kaum mehr in die Hand bekommen als ein Hartz-IV-Empfänger, ohnehin nichts bleibt außer dauerndem Notsparen.

Wulff für Mut ausgezeichnet

Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) und der Publizist Hugo Müller-Vogg sind von der „Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer" und dem „Bund der Selbständigen" mit dem Mittelstandspreis 2006 ausgezeichnet worden. Im Rahmen eines Festaktes im ostfriesischen Norden-Norddeich wurde der langjährige „FAZ"-Mitherausgeber und heutige „Bild"-Kolumnist Müller-Vogg für seine klare, verständliche Darstellung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Zusammenhänge geehrt; die Laudatio hielt der frühere Regierungssprecher Friedhelm Ost.

Christian Wulff habe als Ministerpräsident aufgezeigt, wie man den Weg in den Schuldenstaat stoppen könne, so der langjährige Präsident des Europäischen Rechnungshofs, Bernhard Friedmann, in seiner Laudatio.

Friedmann hob auch die Courage hervor, mit der Wulff den Bürgern die Wahrheit sage, ihnen Opfer zumute, nichts verspreche, was er nicht halten könne. Wulff habe gezeigt, daß man damit sogar Wahlen gewinnen könne. *HJM*

Dem politischen Reflex geschuldet

Von einer Mitschuld des Deutschen Reiches am Völkermord an den Armeniern kann keine Rede sein

Von H.-J. VON LEESEN

Der Beschluß der französischen Nationalversammlung, die Leugnung des Genozids an den Armeniern (1915) unter Strafe zu stellen, schlägt Wellen bis Deutschland. Hier hatte der Bundestag bereits vergangenes Jahr zumindest eine Resolution verabschiedet, die das Vorgehen der Türken gegen die Armenier während des Ersten Weltkriegs als „Genozid" verurteilte. Allerdings nicht, ohne umgehend eine „unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches" zu betonen, weil die Reichsregierung nichts unternommen habe, um die Massenmorde an den christlichen Armeniern in der damals mit Deutschland verbündeten Türkei zu verhindern. Damit, so der CDU-Politiker Christoph Bergner, sei Deutschland „in den Massenmord involviert". Auch Bergner forderte die Türkei auf, sich endlich zum Völkermord an den Armeniern zu bekennen, und verwies dabei auf Deutschland, dem es wohlgetan habe, alle möglichen Schulderklärungen im Laufe der Jahrzehnte abzugeben.

Seit Beginn der „Armenierdebatte" vor etlichen Jahren ist die Behauptung, Deutschland habe dem zweifelsfreien Massenmord der sogenannten „Jungtürken" an den Armeniern zugesehen, aber nichts dagegen unternommen, um die mit dem Reich verbündete Türkei nicht zu verärgern, zu einer Art historischem Allgemeingut geronnen.

Bei einer kritischen Prüfung der immer wieder herangezogenen Quelle, nämlich der „Sammlung diplomatischer Aktenstücke Deutschland und Armenien 1914 bis 1918", herausgegeben von Johannes Lepsius 1919, stellt sich jedoch genau das Gegenteil heraus. Schon sehr früh hatte die deutsche Botschaft in der Türkei von der Vertreibung und der Ermordung von Armeniern berichtet sowie von Verfolgungen, die von der türkischen Seite mit der auch den Tatsachen entsprechenden Behauptung begründet worden waren, Armenier würden mit dem russischen Gegner zusammenarbeiten.

Allmählich wurde der deutschen Seite bekannt, daß es sich nicht um einzelne Ausschreitungen handelte, sondern um Massenmord großen Stils. Schon am

Das Deutsche Reich protestierte gegen die »Massacres«

4. Juli 1915 überreichte der Botschafter des Deutschen Reiches, der der persönliche Repräsentant des Kaisers war, dem türkischen Großwesir ein Protest-Memorandum gegen die „Massacres und Plünderungen", dem eine weitere Protestnote am 9. August folgte. „Bis 1918 brachten nacheinander fünf deutsche Botschafter sowie ihre zwischenzeitlichen Vertretungen aufgrund der ständigen Konsular- und vieler anderer Berichte in persönlichen und schriftlichen Vorstellungen bei den führenden Persönlichkeiten der Hohen Pforte, der Sitz der türkischen Regierung, immer wieder ihre Mißbilligung über die Greuel und ihre dringlichen Aufforderungen zur Kursänderung zum Ausdruck." Sie meldeten nicht nur „in drastischen Schilderungen" das Ausmaß der Verfolgungen, sondern taten auch teilweise unter Lebensgefahr alles ihnen vor Ort Mögliche zum Schutz und zum Überleben der Armenier, wie Manfred Backerra in einer Studie, die im Internet abzurufen ist, schildert.

Die deutsche Botschaft und ihre Konsulate waren Anlaufpunkte für Hilfsgesuche und Angebote aller Art – auch der USA. Reichskanzler und Auswärtiges Amt berichteten von ihren Einsprüchen bei Besuchen der türkischen Machthaber in Berlin und unterstützten, zusammen mit der Obersten Heeresleitung, nach Kräften die Tätigkeit deutscher Stellen für die Armenier im Osmanischen Reich und im Kaukasus.

Mehr konnte nun in der Tat das Deutsche Reich nicht tun. Machtmittel, um den Jungtürken, der treibenden Kraft der Verfolgung, entgegenzutreten, hatte das Reich nicht, es sei denn, man wollte das Bündnis mit der Türkei aufkündigen. Das aber wäre aus Gründen der Staatsräson wohl keinem Staat zuzumuten gewesen. Auch hatten einst Großbritannien und die USA das Bündnis mit der Sowjetunion nicht aufgekündigt, obwohl sie sehr wohl wußten, daß Stalin in Gefangenschaft geratene polnische Offiziere in Massen liquidieren ließ, Mitglieder der Intelligenz eines Landes, für dessen Existenz Großbritannien nach offizieller Lesart in den Krieg gezogen war.

Es ist historisch nicht zu rechtfertigen, Deutschland im Hinblick auf die Türkenmorde an den Armeniern verantwortlich zu machen. Es entspricht aber dem typisch deutschen Reflex der Schuldübernahme.

Dem Westen ergeben, nicht der EU

Der Balkanstaat Kroatien drängt mit Macht in die Nato – das organisierte Europa indes weckt zwiespältige Gefühle

Von Dietrich Zeitel

Erst kürzlich unterstrich US-Präsident George W. Bush bei einem Treffen mit Ivo Sanader, dem Premier Kroatiens, erneut, daß er sich für einen Beitritt Kroatiens zur Nato stark machen wolle. Darüber hinaus will sich Bush für einen Beitritt Kroatiens zur EU einsetzen. Ähnlich hatte sich bereits Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer geäußert, dessen Aussagen zufolge Kroatien möglicherweise schon auf dem kommenden Nato-Gipfel in Riga am 28. und 29. November eine Einladung zum Verteidigungsbündnis erhalten könnte. Daß diese Einladung nicht längst erfolgt ist, hängt wohl auch damit zusammen, daß die USA bisher Kroatien, Mazedonien und Albanien en bloc aufnehmen wollten. De Hoop Scheffer ließ bereits durchblicken, daß in Riga wohl mit einem entsprechenden Signal in diese Richtung gerechnet werden kann. Insbesondere die Vereinigten Staaten verfolgen das Ziel, so viele Staaten wie möglich in die Nato aufzunehmen; offiziell, um im Kampf gegen den global operierenden Terrorismus so viele Staaten wie möglich einzubinden.

Zumindest im Falle Kroatiens wäre dessen Aufnahme in die Nato folgerichtig, strebt das Land doch unter dem Stichwort „euroatlantische Integration" bereits seit längerem eine Mitgliedschaft in der EU sowie in der Nato an. 2001 unterzeichnete der Balkanstaat ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen mit der EU, das seit 2005 in Kraft ist. Seit 1. Januar 2006 hat Kroatien den Status eines EU-Beitrittskandidaten. In der Zusammenarbeit ist Kroatien seit 1992 aktiv und seit dem Jahre 2000 auch Mitglied in der Welthandelsorganisation (WTO).

Auch bei internationalen Friedensmissionen ist Kroatien engagiert. Seit November 2003 sind kroatische Truppen zum Beispiel Mitglied der ISAF (Internationale Unterstützungstruppe für Afghanistan). Das Kontingent soll noch in diesem Jahr von 50 auf 150 Mann aufgestockt werden. Überdies sind kroatische Soldaten bei friedenssichernden und -erhaltenden Einsätzen der Uno aktiv, und zwar derzeit in Sierra Leone, der Westsahara, Indien und Pakistan sowie Äthiopien und Eritrea.

Als Bremsklotz bei den Integrationsbemühungen hat sich eine Zeitlang die angeblich mangelnde Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag erwiesen („Fall Gotovina"). Der Erklärung der Hauptanklägerin des Gerichtshofs, Carla del Ponte, die die „volle Zusammenarbeit" Kroatiens mit dem Tribunal konstatierte und der österreichischen Verhandlungsstrategie, die mehr oder weniger erzwang, daß parallel mit den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auch mit Kroatien verhandelt wird, ist es zu verdanken, daß sich die Aussichten Kroatiens, bald Mitglied der Nato und EU zu werden, deutlich verbessert haben.

Wie selbstbewußt kroatische Politiker inzwischen agieren, haben auch die USA zu spüren bekommen: Im Gegensatz zu manch anderem Staat will Kroatien US-Bürgern keine Immunität vor der Verfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof gewähren. Auch im Hinblick auf die von der Europäischen Kommission beabsichtigte Gründung eines eigenen Balkan-Wirtschaftsraums hat der Balkanstaat eigene Vorstellungen. Dieser Plan wird nicht nur abgelehnt, die EU wird überdies kritisiert, daß sie keinen eigenen Plan für die wirtschaftliche Entwicklung des südeuropäischen Raums besitze.

Vor dem Hintergrund der Schlüsselfunktion, die Kroatien im südosteuropäischen Raum einnimmt, wäre dessen baldige EU-Mitgliedschaft mit Sicherheit ein Gewinn. Nichtsdestoweniger wird auch Kroatien, wie alle anderen EU-Beitrittskandidaten, zunächst zu den Nettoempfängern der EU gehören. Wann genau der EU-Beitritt erfolgen könnte, ist weiterhin unklar. Offiziell rechnet man in Kroatien mit einem Abschluß der Beitrittsgespräche im Jahre 2009; dieses Zeitfenster dürfte aber aufgrund der schwelenden Verfassungskrise der EU wenig wahrscheinlich sein.

> Beim Handel steht Deutschland an zweiter Stelle

Der EU-Orientierung der kroatischen Regierung steht in letzter Zeit eine steigende EU-Skepsis unter den Kroaten gegenüber. Im stark agrarisch geprägten Kroatien geht die Befürchtung um, daß die Landwirtschaft im Falle einer EU-Mitgliedschaft einer scharfen Konkurrenz durch andere EU-Staaten ausgesetzt sein könnte. Darüber hinaus rechnet man damit, daß es zu einem vermehrten Ankauf von Grundstücken durch Ausländer kommen könnte. Grundlos sind diese Befürchtungen nicht, verzeichnet der Balkanstaat inzwischen doch Millionen von Touristen pro Jahr. Etwa ein Fünftel des Bruttoinlandsproduktes wird mittlerweile über den Tourismus erwirtschaftet.

Viele Kroaten glauben des weiteren, daß durch einen Beitritt zur EU auch die traditionellen nationalen Werte gefährdet werden könnten. Ein Ausdruck der derzeit grassierenden EU-skeptischen Stimmung dürfte auch das letzte Umfrageergebnis vom Februar 2006 sein, nach dem nur etwa 48 Prozent der Kroaten einen EU-Beitritt wünschen.

Aus deutscher Sicht wäre ein Beitritt Kroatiens zu begrüßen. Die Beziehungen sind traditionell eng und gut. Dies beruht zum einen auf der großen Zahl von Kroaten, die dauerhaft in Deutschland leben und früheren Gastarbeitern. Zum anderen besuchen jedes Jahr zahlreiche deutsche Touristen Kroatien. Weitere Gesichtspunkte sind der intensive wirtschaftliche Austausch und jahrhundertelange kulturelle Einflüsse Deutschlands beziehungsweise Österreichs. Viele Kroaten sprechen Deutsch.

Als Handelspartner steht Deutschland für Kroatien an zweiter Stelle. Bei den ausländischen Direktinvestitionen nimmt Deutschland inzwischen nach Österreich den zweiten Platz ein. Aber auch die kulturellen Bindungen sind eng. In Kroatien sind das Goethe-Institut, der Deutsche Akademische Austauschdienst DAAD und die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen tätig. Alle wichtigen deutschen politischen Stiftungen haben Büros in Zagreb.



Kroatiens Premier Ivo Sanader: Nachdenklichkeit auf dem Weg in die EU Foto: pa

Politisch instabil und das auf Dauer

Ostmitteleuropa – Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn befinden sich im Umbruch

Von Helge Meyer

Derzeit scheinen die Staaten Ostmitteleuropas, also Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn (auch „Visegrad-Gruppe" genannt), vor allem eines gemeinsam zu haben, nämlich ein gewisses Maß an politischer Instabilität. Beispiel Polen: Hier wird es allem Anschein nach zu einer Neuauflage der zerbrochenen Dreiparteienkoalition kommen. Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) konnte sich nach einer etwa einmonatigen Regierungskrise mit der Bauernpartei Samoobrona und der Liga Polnischer Familien (LPR) einigen. Der Parteivorsitzende der Bauernpartei, Andrzej Lepper, der von Kaczynski noch im September als „Unruhestifter" entlassen worden war, wird nun wieder als Vize-Ministerpräsident und Agrarminister eingesetzt. Damit ist zwar die Regierungskrise in Polen offiziell beendet; der Vertrauensverlust aber, den das Dreier-Bündnis erlitten hat, bleibt. Ein Ausdruck dieses Vertrauensverlustes sind die schlechten Umfragewerte für die Regierungsparteien. Käme es in diesen Tagen in Polen zu Neuwahlen, hätte wohl die oppositionelle Bürgerplattform (PO) die Nase vorn. Sie könnte mit etwa 38 Prozent der Stimmen rechnen, die PiS von Jaroslaw Kaczynski mit etwa 25 Prozent. Dieses Ergebnis muß für die PiS höchst alarmierend sein; noch im Frühjahr dieses Jahres lag nämlich die Partei des Ministerpräsidenten und seines Zwillingsbruders, Staatspräsident Lech Kaczynski, in den Umfragen weit vorn.

> Gyurcsány – eine »umstrittene« Persönlichkeit

Eine Auflösung der Abgeordnetenkammer (Sejm) konnte gerade noch abgewendet werden. Das Regieren wird aber in Zukunft nicht leichter werden, da die drei Regierungsparteien keine Mehrheit mehr im Sejm haben, sondern nur noch über die Hälfte aller Mandate verfügen.

Hauptgrund der Instabilität ist der besagte Andrzej Lepper, der 1992 die Partei Samoobrona (deutsch: Selbstverteidigung) gründete und seitdem so etwas wie das „enfant terrible" der polnischen Politik ist. Er war es auch, der aufgrund maßloser Forderungen bei den letzten Budgetverhandlungen die Regierungskrise in Polen heraufbeschwor. Die Partei Samoobrona zog sich darauf ganz aus der Regierung zurück, die dadurch ihre Mehrheit im Parlament verlor.

Rückhalt hat Lepper, der mehrfach zu Geld- und Haftstrafen verurteilt wurde, vor allem bei den polnischen Bauern, die wegen der EU-Mitgliedschaft Polens um ihre Existenz fürchten. Da kaum damit gerechnet werden kann, daß Lepper in Zukunft moderater auftritt, dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis in Polen die nächste Regierungskrise ansteht.

Die Regierungskrise, die derzeit auch die politische Lage in Ungarn kennzeichnet, macht sich vor allem an einer Person fest, nämlich an der von Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány (Sozialistische Partei Ungarns; MSZP), der als einer der reichsten Männer Ungarns gilt. In Ungarn standen die Zeichen bis vor kurzem eher auf Stabilität, gelang doch der Regierung Gyurcsány im April 2006 ein Novum; sie wurde nämlich als erste ungarische Regierung nach der Wende im Amt bestätigt. Zusammen mit ihrem Koalitionspartner SZDSZ (Allianz der Freien Demokraten) kam sie auf einen Anteil von knapp 53 Prozent der abgegebenen Stimmen.

> Die Amtierenden haben ihre Zukunft hinter sich

Ferenc Gyurcsány ist, um es vorsichtig zu sagen, eine „umstrittene" Persönlichkeit. Immer wieder fiel er in der Vergangenheit durch umstrittene Äußerungen auf, für die er sich entschuldigen mußte. Auch im Hinblick auf die Herkunft seines Privatvermögens und des Vermögens seiner Unternehmen gibt es viele Fragezeichen.

Stein des Anstoßes der aktuellen Krise war aber eine mit Kraftausdrücken gespickte Rede Gyurcsánys, die auf bisher ungeklärte Art und Weise an die Öffentlichkeit gelangte. Er soll sie nach dem zweiten Durchgang der diesjährigen Parlamentswahlen auf einer internen Fraktionssitzung in BalatonÖszöd gehalten haben. Gyurcsány gab darin zu, daß die Ungarn in den vergangenen Jahren und im Wahlkampf 2006 von ihm belogen worden seien, damit er und seine Regierung bleiben konnten. Weiter räumte Gyurcsány ein, daß es Ungarn wirtschaftlich wesentlich schlechter ginge als bisher propagiert; entsprechend desolat ist die Haushaltslage.

Seit Bekanntwerden dieser Rede befindet sich Ungarn in einer Art Ausnahmezustand, der sich durch die Ankündigung eines radikalen Sparpakets noch weiter verschärft hat. Alles dies bietet der ungarischen Oppositionspartei „FIDESz" von Ex-Ministerpräsident Viktor Orban genügend Stoff; bei den immer wieder stattfindenden Demonstrationen, die sich auch gegen Gyurcsánys strikte Sparpläne richten, ist sie durch mindestens einen Redner präsent. Es geht wohl nicht zu weit, wenn man feststellt, daß ähnlich wie in Polen auch in Ungarn die amtierende Regierung ihre Zukunft bereits hinter sich haben dürfte.

Was in Ungarn und Polen noch bevorsteht, ist in Tschechien bereits Realität. Hier ist die Regierung des konservativen tschechischen Ministerpräsidenten Mirek Topolanek (Demokratische Bürgerpartei; ODS) vor einigen Tagen zurückgetreten, weil sein Kabinett bei der Vertrauensabstimmung gescheitert ist. Die Minderheitsregierung Topolaneks war nur 38 Tage im Amt, was ein Novum in der Geschichte Tschechiens / der Tschechoslowakei darstellt. Topolaneks ODS ist als siegreiche Partei der Juni-Parlamentswahl weiter am Auftrag zur Regierungsbildung interessiert; ähnliches gilt aber auch für die zweitstärkste Partei, nämlich die Sozialdemokraten (CSSD) von Ex-Premier Jiri Paroubek. Gleichzeitig kursieren Gerüchte, nach denen Staatspräsident Václav Klaus einer „neutralen" Person den Auftrag erteilen könnte. Diese soll angeblich eine Expertenregierung bilden und das Land zu vorgezogenen Wahlen im Frühjahr 2007 führen.

Sollte auch der zweite Versuch einer Regierungsbildung in Tschechien an der Vertrauensabstimmung scheitern, darf laut Verfassung noch ein dritter und letzter Versuch folgen. Diese mühsame Regierungsbildung ist auf ein Patt nach der Parlamentswahl im Juni dieses Jahres zurückzuführen. Zwei gleich starke Blöcke mit je 100 Stimmen – hier ODS, KDU-CSL (Christliche und Demokratische Union-Tschechoslowakische Volkspartei) und Grüne (Mitte-Rechts), da CSSD (Sozialdemokraten) und KSCM (Kommunisten) – stehen sich im Unterhaus gegenüber.

> Der Preis für die Reformen ist Instabilität

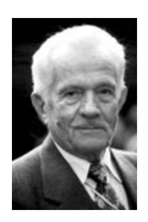
Bleibt schließlich noch die Slowakei, in der sich gerade eine neue Links-Rechts-Regierung formiert hat, die aber bei vielen EU-Mitgliedern auf Vorbehalt stößt. Hier hat sich der sozialdemokratische SMER-Führer (Smer = Richtung) Robert Fico mit Hilfe der Nationaldemokraten der HZDS (Bewegung für eine Demokratische Slowakei) und der nationalkonservativen SNS (Slowakische Nationalpartei) die Mehrheit gesichert. Seit dem 4. Juli 2006 ist Fico der fünfte Ministerpräsident der Slowakei.

Wegen der Beteiligung der SNS versuchen die großen Fraktionen im EU-Parlament, ein „Monitoring" über die Slowakei zu verhängen. Robert Ficos Koalitionsregierung soll, um es anders auszudrücken, „überwacht" werden. Offizieller Grund hierfür ist SNS-Parteichef Jan Slota, der immer wieder mit Angriffen auf die ungarische Minderheit auffällt. Er hat maßgeblich zur Verschlechterung des Klimas zwischen Bratislava und Budapest beigetragen. Es ist wohl in erster Linie der Druck des Auslands, der verhindert hat, daß er Mitglied der Regierung wurde.

Reizpunkt der politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre waren die als „angelsächsisch" gebrandmarkten Wirtschafts- und Sozialreformen und die sozialen Verwerfungen im Land. Die neue Dreiparteienkoalition unter Fico steht für einen „antireformerischen Kurs". Ob die Regierung Fico mit ihrem Linksruck die Slowakei in eine bessere Zukunft führen kann, muß freilich abgewartet werden.

Insgesamt kann mit Blick auf die Staaten Ostmitteleuropas konstatiert werden, daß der Preis für die Reformen und die damit verbundenen Veränderungsprozesse, die nach dem Ende des Kalten Krieges in den Staaten der Visegrad-Gruppe zu beobachten sind, offensichtlich ein gewisses Maß an politischer und gesellschaftlicher Instabilität ist. Es wird in dem einen oder anderen Fall wohl auch des Engagements der etablierten EU-Mitglieder bedürfen, sollen Rückschritte vermieden werden.

»Moment mal!«



Von Proleten, Proletariern und anderen Mißverständnissen

Von Klaus Rainer Röhl

Sie Prolet!“ Das war schon zu Bismarcks Zeit ein Schimpfwort bei Kleinbürgern, wenn sie sich wegen eines Lochs im Gartenzaun oder des nächtlichen Hundegebells mit ihrem Nachbarn in die Haare kriegten. Das Wort hat eine lange Geschichte. *proletarii* bezeichnete im späten Rom die unterste Klasse der völlig Besitzlosen, die dem Staat nur noch nützlich sein konnten durch ihre Kinder, die *proles*, die der Staat für seine vielen Kriege brauchte, die zum Aufstieg Roms zur imperialen Weltmacht geführt hatten, bis das ganze Imperium schließlich zerbrach. Als Folge der Völkerwanderung, aber durchaus auch aus innerer Schwäche, über deren Ursachen schon viel Kluges und Differenziertes geschrieben worden ist. Kurz gesagt aber deshalb, weil die Proletarier, trotz immer perfekterer militärtechnischer Ausrüstung, keine Lust mehr hatten, für Rom im Kampf gegen germanische Kurzschwerter und syrische Krummsäbel zu verbluten, vor allen Dingen deshalb, weil sie sich unter dem Reich kaum noch etwas vorstellen konnten. Am Ende gar nichts.

Sie kannten ihren Staat als Lieferanten der kostenlosen Zuteilungen von Getreide und Öl, aber nicht mehr als ihre eigene Sache. Da nützte den römischen Feldherren, auch sie bereits in vielfältiger Weise desorientiert, auch der Einsatz fremder Söldner nichts mehr, selbst wenn sie von germanischer oder syrischer Herkunft waren, denn die hatten, wie man heute sagen würde, noch weniger Grund, für das Römische Imperium zu kämpfen.

Rom hatte schon mal freundlichere Zeiten gesehen, aber schon in seiner guten alten Zeit, als es nur eine Stadt war, gab es Krach zwischen den Besitzern des umliegenden Landes und den einfachen Leuten, die die Arbeit machten, den Plebejern. Aber damals, zur Zeit der Republik (von *res publica* = gemeinsame Sache) im 5. Jahrhundert v. Christus, gab es offenbar noch eine halbwegs ausgeglichene, für beide Seiten nützliche Arbeitsteilung zwischen den Gruppen der Bevölkerung. Die Plebejer arbeiteten, die Aristokraten regierten und verwalteten die Stadt – und führten die Kriege und Verhandlungen, die Rom zu einem Weltreich machten. Jedenfalls berichtet Livius in einer noch eher sagenhaften Überlieferung, daß die Besitzlosen eines Tages (um 494 v. Chr.) keine Freude mehr an dieser Machtverteilung hatten und in eine Art totalen Streik traten: Sie verließen ihre Wohnsitze in der Stadt und versammelten sich auf einem anderen Hügel, damals weit weg vom Kapitol, heute mit dem Bus in fünf Minuten zu erreichen. Schwierige Lage für die herrschenden Familien. Sie wären unfähig gewesen, sich auch nur ein paar Wochen am Leben zu erhalten. Guter Rat war jedenfalls teuer, fand sich aber schließlich doch.

Der ebenfalls aus einfachen Verhältnissen stammende spätere Konsul Menenius Agrippa machte sich auf zu den Verweigerern und überredete sie, als sozusagen erster Sozialdemokrat der Weltgeschichte, zu einer sozialverträglichen Lösung des Konflikts. Indem er ihnen weismachte, daß sie, die Plebejer, der Magen, die übrigen Bürger aber das Haupt und die Glieder eines einzigen Körpers seien, die einander zum Leben brauchten: Der Magen könne ohne die Glieder keine Nahrung mehr erhalten, aber die Glieder würden auch nur durch den Magen versorgt. Dummer Vergleich, fand ich schon auf der Schule, als ich diese erste Begründung für Ungleichbehandlung von Menschen nacherzählen mußte, aber die Plebejer ließen sich umstimmen. Die Klassen differenzierten sich, es gab bald viele Arten von Steuern und Rechten, und nur die Proletarier fielen durch den Rost, sie hatten, im Zeitalter zunehmender Rationalisierung der Wirtschaft auf dem Land und in der Stadt – durch Sklaven – bald überhaupt keine Arbeit mehr, zahlten auch keine Steuern. Der Bedarf an Nahrungsmitteln, Baumaterialien, Konsumgütern und Luxusartikeln wurde fast ausschließlich durch Einfuhren gedeckt, die Proletarier hatten nur noch die Funktion, dem Staat Kinder für die Armee zu liefern, immerhin waren sie ja römische Bürger. *proles* = Kinder, davon leitete man die Bezeichnung für die Arbeitslosen her. Wehe, wenn die Verteilungen von Getreide und Öl einmal ausblieben, dann machten sie Rabatz. Sonst nicht.



Zustände wie im alten Rom? Glänzend dargestellt von Peter Ustinov als Nero. Foto: Ullstein

Opa Marx wollte im 19. Jahrhundert, in den Anfangsjahren der Industrialisierung, die historischen Fakten flott ignorierend, daß die ungelernten Lohnarbeiter sich stolz Proletarier nennen sollten. Weil sie, ebenso wie die „Proles“ in Rom, Besitzlose seien. Der Vergleich mit den „Proletariern“ hinkte von vorn bis hinten, denn die konnten und wollten (!) gar keine Arbeit annehmen, sie wurden ausschließlich vom Staat ernährt, waren geborene Stützeempfänger. Die klassenbewußten Proletarier im 19. Jahrhundert besaßen nichts als ihre Arbeitskraft, aber die wurde beim Aufbau der Industrie gebraucht, und sie hatten – wie ihnen Opa Marx einredete – nichts zu verlieren als ihre „Ketten“. Deshalb sollten sie sich in allen Ländern vereinigen und durch keinen Menenius Agrippa zum Rückzug bewegen lassen.

Bei uns im Westen änderte das Wort seine Bedeutung schnell wieder und wurde zum Schimpfwort. „Du Prolet!“

Inzwischen ist das Wort mit seiner abschätzigen Bedeutung aus der Mietskaserne und Kleingärtnerzeit in der Sprache der Jugendszene wieder in Gebrauch gekommen: Zuerst, Ende der 80er Jahre als „Prolo“(= blöder Typ. „Jeder Prolo fährt Polo!“) und hat sich heute weiterentwickelt zum „Proll“, das ist einer, der primitiv ist, zurückgeblieben, die Dinge nicht kennt, die „angesagt“ sind, Laptops, Turnschuhe, Modeklamotten.

Was lehrt uns das? Der Vorsitzende der SPD hat mit dem Wort „Unterschicht“, aus dem Zusammenhang einer langen und gut formulierten Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung gerissen, Staub aufgewirbelt, Schlagzeilen gemacht und nach anfänglichem Mißverständnis bei seinen Parteilinken diesen und auch den Genossen von der Linkspartei das Stichwort für eine neue Kampagne geliefert, gegen die CDU/CSU und für eine Wiederauflage der Ladenhüter des ollen Marx und seines Traums von der Verteilergesellschaft. Eine neue laute Mißmutsmelodie ist angestimmt, von einem SPD-Vorsitzenden, der mit einem Bein noch in der Großen Koalition steht, mit dem anderen Bein schon gern einmal ein Tänzchen mit Lafontaine wagen möchte.

Was lehrt uns das? Zunächst mal zur „Unterschicht“. Ist wirklich ein neuer Menschentypus in Deutschland und auch in Westeuropa am Entstehen, der ähnlich wie die Proletarier der römischen Spätzeit nicht nur keine Arbeit mehr kennt, sondern auch keine mehr will, nur noch Stütze bezieht und daher natürlich auch keinen Gemeinschaftsgeist aufbringen und keinen Widerstand mehr leisten kann gegen totalitäre Ideologien und keinerlei Zerfall aufhalten wird. Tatsächlich gibt es Unterschichten. Aber das sind Randerscheinungen, die es in Großstädten und Ballungsgebieten immer gab und die Karl Marx verächtlich „Lumpenproletariat“ nannte. Später hießen sie Penner, Gammler, Asoziale, Obdachlose, Drogenfreaks oder Punks – immer am Rande der Gesellschaft – und von ihr – lebend. Seit 1968 wurden diese Gruppen thematisiert und gehätschelt, aber die Wohlstandsgesellschaft konnte sie wegen ihrer geringen Zahl ignorieren. Auch heute noch beträgt ihr Anteil, zu dem auch eine gewisse Anzahl im Land lebender Ausländer gehört, in den alten Bundesländern nur vier Prozent.

Auf dem Gebiet der alten DDR aber, in dem Karl Marx' Träume und Pläne über 40 Jahre die Gesellschaft bestimmen sollten, ist im Zuge der stürmischen weltweiten Wirtschaftsentwicklung (Raubkatzenstaaten) ein Tal der Hoffnungslosen und Resignierten entstanden, das 20 Prozent der dort lebenden Deutschen erfaßt. Die halbwegs ehrgeizigen, und flexiblen jungen Männer und Frauen sind ohnehin in die alte Bundesrepublik ausgewandert. Dort drüben lebt die sich nutzlos und hoffnungslos fühlende „Unterschicht“. Zusammen mit den völlig anders strukturierten Randgruppen im Westen kommen wir also in Deutschland auf den schlimmen Prozentsatz von acht Prozent. Das sind genau acht Prozent zuviel. Durch acht Jahre rot-grüne Regierung unter Schröder wurde die mittelständische Industrie in Deutschland unverantwortlich geschwächt, während die großen Konzerne sich ungehindert in Richtung Heuschreckenplage entwickeln durften. Eine unternehmerische Verantwortung deutscher Konzernchefs speziell für Deutschland gibt es längst nicht mehr. Man handelt global, aber man fühlt auch global. Bei Jahresgehältern für Manager, die im letzten Jahr noch einmal um elf Prozent erhöht wurden und heute, nach einer Untersuchung der „FAZ“ bei 3,8 Millionen beginnen, wird alles andere belanglos.

Aber die Hartz-IV-Empfänger haben, wirkliche Proles, nur noch ihre Wählerstimmen zu vergeben. Seltsamerweise wird, auch im Ausland, jetzt immer so getan, als wenn hier eine Gefahr von rechts sich aufbaute, als würden die lächerlichen knapp über fünf Prozent Stimmen für die NPD und das größere Potential der Nichtwähler schon den Untergang des Abendlandes bedeuten. Die Gefahr liegt da, wo sie seit 1945 immer gelegen hat, links. Wo die dreimal umbenannte SED in einigen Ländern bereits regierungsfähig und gerade die zweitstärkste Partei geworden ist. Die „Unterschicht“ wählt links und wird weiter nach links treiben.

So helft ihnen doch. Und tut das in Bälde. Sonst passiert euch etwas, was Ihr jetzt noch nicht für möglich haltet.

Ein Mäzen mit Widersprüchen

Eine Ausstellung in Halle zeigt Macht und Pracht Albrechts von Brandenburg

Von SILKE OSMAN

Sobald das Geld im Beutel klingt, die Seele in den Himmel springt", pries der in Magdeburg wirkende Dominikanermönch Johann Tetzel zwischen 1514 und 1516 seine „seelischen Wertpapiere" an. Auftraggeber war der ständig hoch verschuldete Papst Leo X., der das Geld angeblich nutzen wollte, um die Türkenkriege zu finanzieren, in Wahrheit jedoch um unter anderem auch den Bau der Peterskirche in Rom voranzutreiben. Der Ablaßhandel trieb seltsame Blüten, so konnte man sogar in einigen Gegenden Tote von ihren Sünden freisprechen und für sich selbst auch zukünftige Taten absegnen lassen. Ein Kirchenraub und ein Meineid kostete neun Dukaten, ein begangener Mord acht Dukaten. Die Hälfte davon floß in den Etat des Papstes, die andere Hälfte teilten sich der Hohenzollernprinz Albrecht von Brandenburg und die Ablaßprediger. Albrecht seinerseits brauchte die Ablaßeinkünfte, um seine Schulden gegenüber dem Bankhaus Fugger zu begleichen.

Mißbräuche des Ablasses wurden schließlich zu einem Auslöser der Reformation. Martin Luther war – entgegen landläufiger Meinung – kein Gegner des Ablasses, sah aber im geschäftsmäßigen

Keine öffentliche Disputation über die 95 Thesen

Handel mit Ablaßbriefen einen krassen Mißbrauch. Am 31. Oktober 1517 wandte er sich schließlich in Briefen an seine kirchlichen Vorgesetzten, den Bischof Hieronymus Schulze von Brandenburg und den Erzbischof Albrecht von Magdeburg. Der Brief an Albrecht ist noch erhalten. Ihm hatte Luther 95 Thesen beigelegt, die kritische Fragen an die herrschende Praxis des Ablaßhandels stellen, ohne den Ablaß insgesamt oder gar die Kirche und ihre Repräsentanten als Vermittler des Heils in Frage zu stellen. Daß Luther die 95 Thesen tatsächlich an die Tür der Kirche zu Wittenberg genagelt hat, ist heute umstritten. Fest steht jedoch, daß es weder in Wittenberg noch an anderer Stelle eine öffentliche Disputation über die Thesen gegeben hat.

Außer an die Bischöfe hatte Luther die Thesen nur an ganz wenige vertraute Freunde gesandt. Damit jedoch löste er eine Kettenreaktion aus. In Abschriften gelangten die Thesen unter anderem nach Nürnberg, Leipzig und Basel, wo sie noch im Dezember 1517 gedruckt wurden. Von diesem Zeitpunkt an gilt, was Luther später selbst in die Worte faßte, die Thesen „liefen schier in 14 Tagen durch ganz Deutschland" …

Der Reformator Martin Luther und selbst Johann Tetzel mit seinem Ablaß-Spruch sind bis heute unvergessen, Albrecht von Brandenburg hingegen kennen meist nur Historiker. Hinzu kommt, daß Luther in die Geschichte als „Gewinner" eingegangen ist, ihm „wurde weltweit Aufmerksamkeit zuteil wie kaum einer anderen Persönlichkeit des 16. Jahrhunderts", so der Albrecht-Kenner und Cranach-Spezialist Prof. Dr. Andreas Tacke im Katalog zur Ausstellung in Halle. Tacke, von dem auch das Konzept dieser Ausstellung stammt, bedauert, daß es zu Albrecht von Brandenburg an grundlegenden Quelleneditionen sowie an vertiefenden Einzelstudien mangele. Die umfangreiche und nicht nur wegen der kostbaren Exponate glänzende Ausstellung „Der Kardinal – Albrecht von Brandenburg, Reichsfürst und Mäzen" schließt diese Lücke zwar nur dürftig, doch zeigt sie, was Albrecht in seinem Amt geleistet und was er für Halle bewirkt hat. „Dank ihm war die Saalestadt zu einer Renaissancemetropole geworden", so Tacke.

Albrecht, der von Historikern als „einer der bedeutendsten Köpfe der frühen Neuzeit" angesehen wird, gab das Geld nicht nur für persönlichen Prunk und die Prachtentfaltung seines Hofs aus, er berief auch den Humanisten Ulrich von Hutten an seinen Hof und korrespondierte mit Erasmus von Rotterdam. Er war maßgeblich an der städtebaulichen Entwicklung der Residenzstadt Halle beteiligt und entfaltete eine Kunstpolitik, durch welche die gefragtesten Künstler seiner Zeit in die Stadt kamen. Lucas Cranach und seine Werkstatt sind hier zuerst zu nennen, aber auch Albrecht Dürer, Sebald Beham und Mathias Grünewald. Rekordverdächtig war auch die Reliquiensammlung Albrechts, sie umfaßte 8100 Partikel und 42 ganze Körper, dargeboten in den kostbarsten Reliquiaren und zusammengefaßt im sogenannten „Halleschen Heiltum". Nur wenige Stücke haben die Wirren der Zeit überstanden. So ist in Halle ein 1513 entstandener juwelenbesetzter Kelch zu sehen, der Überreste des Kreuzes Christi enthalten soll. Er wurde im Dreißigjährigen Krieg von schwedischen Soldaten geraubt und wurde jetzt aus Uppsala nach Halle ausgeliehen. Auch Albrechts Bischofsstab aus dem Jahr 1539 kam aus Schweden nach Halle zurück; die kostbare, reich verzierte Goldschmiedearbeit befindet sich heute im Staatlichen Geschichtsmuseum Stockholm.

142 Tafeln auf 18 Altären stellten einst in der Stiftskirche, dem heutigen Dom, die Passion Christi dar. In weniger als fünf Jahren schufen Lucas Cranach und seine Werkstatt dieses unvergleichliche Werk. 26 dieser Tafeln sind im Kuppelsaal der Moritzburg nun zu einer Gesamtschau vereint. Besonderes Interesse findet der Magdalenenaltar mit der Darstellung von Christi Himmelfahrt. Was in Halle nicht mehr im Original gezeigt werden kann, wird durch Installationen aus Lichtvitrinen und temporäre Einbauten ersetzt, um dem Besucher eine ungefähre Vorstellung von der Pracht zu geben.

Albrecht von Brandenburg, ein Mann der Kirche, ein Renaissancefürst sondergleichen, ohne den so manches Kunstwerk gar nicht entstanden wäre. Aber: „Es bleibt bei allem großen Mäzenatentum für Wissenschaft und Kunst ein großer Schatten über Albrecht", betont Karl Kardinal Lehmann im Geleitwort zum Katalog. „Die katholische Kirche, die sich zu einer langen Tradition bekennt, darf solche Ge-

Zur unverkürzten Geschichte der Kirche bekennen

stalten wie Albrecht von Brandenburg nicht einfach ausgrenzen oder verdrängen", mahnt Lehmann. „Zu ihrer Überlieferung gehören nicht nur die leuchtenden Vorbilder, die es in hoher Zahl gibt, sondern auch die Schwierigen und die Zweifelhaften. Wir müssen uns zur unverkürzten Geschichte der Kirche bekennen." Die Ausstellung in Halle ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Ausstellung „Der Kardinal – Albrecht von Brandenburg. Renaissancefürst und Mäzen" ist in Halle an der Saale in der Moritzburg und im Dom zu sehen, montags bis sonntags von 10 bis 19 Uhr, dienstags bis 20.30 Uhr, Eintritt 7 / 5 Euro, bis 26. November. Die Eintrittskarte berechtigt auch zum freien Eintritt im Lutherhaus in Wittenberg, Collegienstraße 54. Zur Ausstellung ist ein zweibändiger Katalog im Schmuckschuber erschienen, Verlag Schnell + Steiner, Regensburg, zusammen 688 Seiten, über 350 Farbabbildungen, Museumsausgabe 39 Euro, im Buchhandel 49,90 Euro.



Albrecht von Brandenburg: Der Kardinal als Heiliger Erasmus. Als Vorbild für das von Jakob Schlesinger zwischen 1823 und 1855 in Öl auf Holz gemalte Porträt diente die von Mathias Grünewald geschaffene Erasmus-Mauritius-Tafel aus der Alten Pinakothek München. Foto: Museum

Das Leben eines Kardinals

Der jüngste Sohn des Kurfürsten Johann Cicero von Brandenburg, geboren 1490 im Berliner Stadtschloß der Hohenzollern, machte eine ungewöhnlich steile kirchliche Karriere. In seinen ersten beiden Lebensjahrzehnten stand er im Schatten seines älteren Bruders, des Kurfürsten Joachim I., dem Jähzorn und eine herrische Art nachgesagt werden. Albrecht dagegen war weicher, sensibler. Erzogen am humanistisch geprägten Hof des Bischofs Dietrich von Bülow in Frankfurt

Die Machtfülle des Kardinals war teuer erkauft

(Oder) trat er bald in den geistlichen Stand und wurde schon mit 23 Jahren Erzbischof von Magdeburg und Administrator des Bistums Halberstadt, im Jahr darauf auch Kurfürst-Erzbischof von Mainz und Reichserzkanzler.

Die Ämterhäufung und die damit verbundene Machtfülle war teuer erkauft. Papst Leo X. gegenüber hatte er sich im Ausgleich für seine Privilegien zu hohen Zahlungen verpflichtet. Zur Finanzierung auch des Neubaus des Petersdoms genehmigte ihm dieser die Ausschreibung von Ablässen, für die der Dominikanerprediger Johann Tetzel die Werbetrommel rührte. Das war der Anstoß zu Martin Luthers „95 Thesen" im Jahr 1517. Schon in jungen Jahren neigte Albrecht zu renaissancefürstlicher Verschwendung, die er sich eigentlich nicht leisten konnte. Bruder Joachim mußte ihm aus dieser Misere helfen und die nicht unerheblichen Schulden begleichen.

In der Moritzburg und später in einem Neubau hatte Albrecht bereits ab 1514 seine Residenz eingerichtet, um vom Unmut der Magdeburger und Mainzer Domherren über seine prunkvolle Hofhaltung fern zu sein.

Wenn auch die Reformation in Halle auf sich warten ließ, weil sich der Rat lange Zeit noch mit Albrecht arrangierte, war das Scheitern von Albrechts Politik unausweichlich, als sich alle benachbarten Fürstentümer zur Reformation bekannten.

1541 verließ Albrecht Halle und zog sich nach Mainz zurück. Alles, was nicht niet- und nagelfest war, nahm er in seine Residenz nach Aschaffenburg mit, da er finanzielle Ansprüche des Magdeburger Domkapitels fürchtete. Aber auch Mainz erhob solche Ansprüche.

1545 verstarb Albrecht in Mainz, de facto entmachtet und verarmt. *pm*

Eine würdige Gedenkstätte

Deutsche Stiftung Denkmalschutz beteiligt sich an Restaurierung von Luthers Geburtshaus

Eine wichtige Etappe bei der Restaurierung und Ergänzung von Luthers Geburtshaus in Eisleben ist erreicht. Erst kürzlich konnte Richtfest gefeiert werden. Das Gebäude, in dem 1483 der Reformator Martin Luther geboren wurde, war bereits im 16. Jahrhundert entsprechend gekennzeichnet. Im 19. Jahrhundert wurde es endgültig Gedenkstätte und Museum, in dem der Herkunft und Jugend Luthers gedacht wurde.

An den notwendigen Maßnahmen zur Instandsetzung der Gebäudestatik und den Trockenlegungsarbeiten beteiligt sich die „Deutsche Stiftung Denkmalschutz" mit 120 000 Euro.

In den durch den Kupferbergbau prosperierenden Ort Eisleben zog es 1483 auch Hans Luder und Ehefrau Margaretha. Ihr Sohn Martin wurde hier am 10. November 1483 geboren und am Tag darauf in der Kirche St. Petri und Pauli getauft. Das Wohn- und Geburtshaus, das Mitte des 15. Jahrhunderts erbaut wurde, ist ein zweigeschossiger, mehrfach umgestalteter Bau mit massivem Erdgeschoß. Das Fachwerkobergeschoß ist zur Straße hin verputzt. Bis heute ist die ursprüngliche Raumaufteilung mit der großen Halle, dem Wohnraum und der Küche mit Rauchfang im Erdgeschoß erhalten, während das Obergeschoß 1689 durch einen Brand vernichtet wurde. Die Stadt ließ das Gebäude 1693 wieder errichten und danach als Armenschule und Gedenkstätte nutzen. Das Brustbild Martin Luthers mit Wappen über dem Portal der Straßenseite stammt aus dieser Zeit.

Mit der 1693 eingerichteten ersten Gedenkstätte ist es eine der ältesten Einrichtungen dieser Art im deutschsprachigen Raum überhaupt. Zum Museum mit sakralen Exponaten, welche die Frömmigkeit der Lutherzeit widerspiegeln, wurde das Gebäude nach einer Restaurierung 1815 bis 1819. Auf Anregung Friedrich August Stülers erfolgte von 1864 bis 1867 die Rekonstruktion des Erscheinungsbildes im 17. Jahrhundert. Die Hofseite wurde im Erdgeschoß von einer steinernen Doppelarkade durchbrochen und ist mit einem Sitznischenportal geschmückt, das Fachwerkobergeschoß durch einen nachträglich geschlossenen Laubengang strukturiert. Im Innern des auch heute noch als Museum genutzten Gebäudes befinden sich schlichte barocke Balkendecken. *DSD*

Bewahren

Restauratoren berichten über ihre Arbeit

Die preußischen Königsschlösser und ihre Gärten für die Zukunft zu bewahren ist die verantwortungsvolle Aufgabe der Restauratoren. Ohne ihre fachkundige Arbeit wäre das kulturelle Erbe dem „Zahn der Zeit" wehrlos ausgeliefert. Die „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg" (SPSG) hat in diesem Jahr in ihrer Hauptausstellung „Die Kunst zu bewahren" gezeigt, daß Marmor, Stein und Eisen tatsächlich bricht, wenn nicht die Restauratoren Hand anlegen würden. Die Ausstellung ist nun zu Ende gegangen, und tausende von Besuchern der Schlösser und Gärten haben sich über die Arbeit der Restauratoren informiert. Wer keine Gelegenheit hatte, die diversen Ausstellungsorte zu besuchen, oder wer den Eindruck vertiefen möchte, der kann dies mit einem Begleitband zur Ausstellung tun. Dort ist nachzulesen, wo die Schwierigkeiten und die Herausforderungen für die Zukunft liegen. *man*

Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (Hrsg.): „Marmor, Stein und Eisen bricht, Die Kunst zu bewahren". Koehler & Amelang, Leipzig 2006, 264 Seiten, 200 farbige, 50 sw Abb., 24,90 Euro.

Jugend macht Schule

Junge Computerfreaks unterrichten ältere Menschen erfolgreich in der Arbeit am PC

Von ANJA MARTIN

Konzentriert sitzt der ältere Herr vor dem Computer und versucht, ein Bildbearbeitungsprogramm zu öffnen. „Das funktioniert nicht“, schimpft er, und in seiner Stimme mischt sich gerechte Empörung mit leiser Panik. Ein junger Mann, Wollmütze auf dem Kopf und Cola in der Hand, blickt ihm über die Schulter. „Versuchen Sie's mal mit ‘nem Doppelklick“, rät er. Und schon öffnet sich das Programm.

Es ist eine typische Szene in einem ungewöhnlichen Computerkurs. Ungewöhnlich deshalb, weil hier junge Menschen älteren etwas beibringen und nicht umgekehrt. „Jugendliche sind mit dem PC groß geworden und gehen sehr unbefangen damit um“, erklärt Werner Wintzheimer. „Viele ältere Menschen aber tun sich schwer.“

Diese Erkenntnis brachte den EDV- und Unternehmensberater aus dem fränkischen Markt Einersheim auf die Idee, die Kompetenz der Jugendlichen für die Erwachsenen zu nutzen. Ziel des Computerkurses mit vertauschten Rollen soll aber nicht nur die Vermittlung von Fachkenntnissen sein. „Es geht auch darum, Alt und Jung zusammenzubringen.“

Jung, das sind die Mitglieder der örtlichen Feuerwehrjugend und einige ihrer Freunde, insgesamt zehn Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren. Jeweils zwei von ihnen leiten einen Kursabend, auf den sie sich mit Unterstützung von Werner Wintzheimer vorbereiten. Die anderen stehen den Kursteilnehmern für Fragen zur Verfügung. „In welchem Computerkurs haben Sie sonst eine solch intensive Betreuung?“ freut sich Erwin Offner. Der Vorsitzende des Feuerwehrvereins hat die Leitung des Projekts „Jugend macht Schule“ übernommen.

Im Frühjahr vergangenen Jahres startete der erste Kurs: Sechs Wochen lang, zwei Abende in der Woche lernten 20 ungeübte Computernutzer und Neueinsteiger, Texte zu formatieren, E-Mails zu verschicken und im Web zu surfen. Im Herbst folgte der Aufbaukurs. „Die Jugendlichen haben große Geduld mit uns“, lacht Karl-Hans Lefhalm. „Auch nach der zehnten Frage geben sie noch nette Antworten.“ Der 62jährige hat sich für den Kurs angemeldet, weil er dazulernen möchte, denn: „Wer ist schon sicher am PC?“

Kindergärtnerin Brigitte Segritz möchte herausfinden, wie sie Fotos, die sie mit ihrer Digitalkamera schießt, am PC bearbeiten kann. Der Kurs macht ihr richtig Spaß. „Ich finde toll, daß man miteinander in Kontakt kommt“, sagt die 49jährige. „Man sieht die Jugendlichen in einem anderen Licht und lernt sie als nette Burschen kennen.“ Damit nennt Brigitte Segritz einen Aspekt, der den Projektverantwortlichen ganz besonders am Herzen liegt. Denn wie überall begegnen sich Jung und Alt auch in Markt Einersheim mit Vorbehalten. „Die hängen immer nur rum, sind unfreundlich und nachlässig gekleidet“, bringt Werner Wintzheimer die Vorurteile auf den Punkt. Die Jugendlichen hingegen seien von den Älteren einfach nur angenervt. „Durch die gemeinsame Arbeit aber wachsen die gegenseitige Achtung und Anerkennung.“

„Die Jugendlichen erleben, daß das, was sie zu bieten haben, Anklang findet und gebraucht wird“, sagt Projektleiter Erwin Offner. „Das macht selbstbewußt.“

Dieser Ansatz überzeugte auch die „Aktion Mensch“. Im Rahmen ihrer Förderaktion 5000 x Zukunft, mit der die Sozialorganisation Projekte der Kinder- und Jugendhilfe unterstützt, fördert sie auch die Initiative „Jugend macht Schule“.

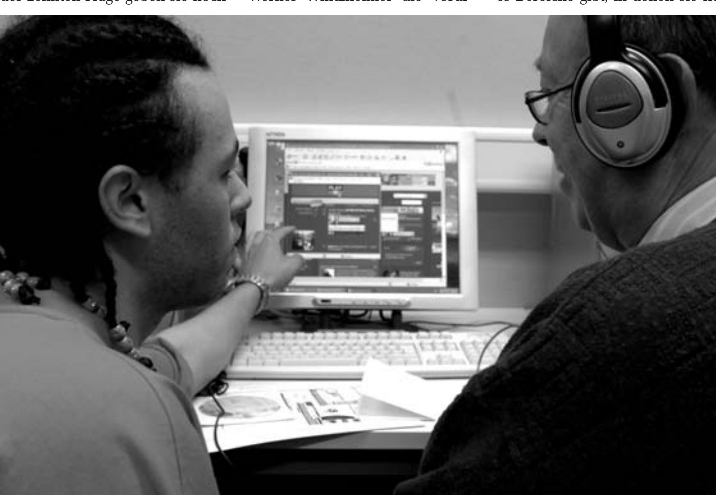
„Das Spannende an dem Projekt ist, daß die Jugendlichen die Erwachsenen einmal in der Lernsituation erleben und sehen, daß es Bereiche gibt, in denen sie fitter sind“, erklärt Uwe Blumenreich von der „Aktion Mensch“.

Die Jugendlichen selbst sehen das Kursgeschehen cooler. „Manchmal ist es schon ein bißchen nervig“, sagt Felix Bott, „aber es ist schön zu sehen, daß etwas hängen bleibt.“ Der 16jährige Schüler beschäftigt sich in seiner Freizeit viel mit Computern und kennt sich gut aus. Doch selbst er hat im Kurs etwas Neues gelernt: „Ich merke, daß ich freier vortragen kann.“

Ein bißchen lustig sieht es schon aus, wie die Frauen und Männer – die jüngsten Ende 40, die ältesten Mitte 70 – auf den für ABC-Schützen gedachten Stühlchen vor den Bildschirmen hokken. Schließlich findet der Kurs im Computerraum der Grundschule statt. 31 nagelneue Rechner stehen hier. Einen Teil der technischen Ausstattung hat die Gemeinde finanziert, den größten Teil aber Nikolaus Knauf. Der Unternehmer war von der Initiative „Jugend macht Schule“ so begeistert, daß er 15 Computer sponserte. „Ich glaube, den Ausschlag dafür hat die Zusage der ‚Aktion Mensch‘ gegeben, unser Projekt zu fördern“, sagt Werner Wintzheimer. „Das war eine Art Gütesiegel und wirkte als Initialzündung.“

Die Förderung durch die Sozialorganisation endet mit dem Abschluß des Kurses. Das Projekt aber wird in modifizierter Form weiterbestehen. Werner Wintzheimer träumt davon, einmal im Monat eine Art Computer-Weiterbildungsabend auf die Beine zu stellen. Geplant ist bereits ein Treffen zum Thema „Kindersicherheit im Netz“, das sich speziell an Eltern wendet. „Wir werden dort ein Programm vorstellen, das es Müttern und Vätern ermöglicht, bestimmte Seiten im Internet für ihre Kinder unzugänglich zu machen“, erklärt Felix Bott.

Weitere Informationen sind zu finden bei der „Aktion Mensch“, Heinemannstraße 36, 53175 Bonn, Telefon (02 28) 2 09 22 00, E-Mail: info@aktion-mensch.de, oder im Internet unter www.aktion-mensch.de



Gemeinsam neue Technik erkunden: Jung und Alt am Computer Foto: Michael Bause

Gefährliche Süße

Über zwei Millionen Menschen in Deutschland wissen nicht, daß sie zuckerkrank sind. Gerade Typ 2 Diabetes oder auch Altersdiabetes tritt schleichend auf und bleibt oft über Jahre unbemerkt. Die schlimmsten Folgen: Erblindung und Nierenversagen. Dabei können Zuckerkranke völlig beschwerdefrei leben, wenn sie gezielt behandelt werden und ihre Lebensweise umstellen. Experten schätzen, daß mindestens jeder zweite neu diagnostizierte Diabetiker die Erkrankung ohne Medikamente in den Griff bekommen kann. Wichtig ist, den Lebensstil zu ändern, Übergewicht abzubauen und die Ernährung umzustellen. Empfehlenswert ist ebenfalls Sport zu treiben. Die Nahrung sollte reich an Kohlenhydraten und arm an Fett sein. Die Krankenkassen stehen mit Rat und Tat zur Seite, wenn es gilt, die Diabetes in den Griff zu bekommen. *o-n*

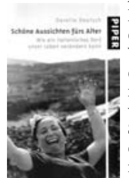


Das bißchen Haushalt

Der ausgebildete Hochbauzeichner Urs Hirschi betrieb in Basel ein eigenes Architekturbüro, dann zwang ihn der Krebs, seine Arbeit aufzugeben. Was tun? Er tauschte mit seiner Frau die Rollen und übernahm den Haushalt. Mit Humor, der natürlich manches Mal ein wenig mit Bitterkeit gewürzt ist, schildert Hirschi sein Leben als Hausmann und als Kochkünstler. Entstanden ist ein Buch (**HausMannsKost**, Walter Hädecke Verlag, Weil der Stadt, 77 Seiten, geb., 14,90 Euro) mit 22 leckeren Rezepten (von Peperonisuppe und Risotto mit Steinpilzen über Pouletähppchen bis hin zu Kalbsbraten mit Kräutern). Gewürzt ist alles mit Zeichnungen von Hirschi: „Neben Hausmanns Kost war nun auch noch Hausmanns Kunst angesagt.“ *man*

Ein kleines Dorf in Italien

Wie wollen Sie im Alter am liebsten wohnen?“ fragte ein regionaler Rundfunksender kürzlich seine Hörer. Die häufigste Antwort: „Am liebsten in den eigenen vier Wänden.“ Wenn es denn nur immer möglich wäre ... Viele Senioren sind oft nicht mehr in der Lage, selbständig für sich zu sorgen, und sind auf fremde, meist jüngere Hilfe angewiesen. So bleibt als Endstation einer langen Lebensreise oft nur das Altersheim. Daß es auch anders geht, zeigen jüngste private Initiativen, die ein gemeinsames Leben von Jung und Alt möglich machen. Besondere Wohnprojekte bringen Familien mit Kindern und rüstige Senioren in einer Gemeinschaft zusammen. In Italien war es der engagierte Sozialpolitiker Mario Tommasini, der in einem Dorf in den Bergen der italienischen Emilia Romagna ein nachahmenswertes Altenprojekt verwirklichte. Dorette Deutsch schildert in ihrem spannend zu lesenden Buch „Schöne Aussichten fürs Alter –. Wie ein italienisches Dorf unser Leben verändern kann“ (Piper Verlag München 2006, 238 Seiten, geb. mit Schutzumschlag, 16,90 Euro), wie das Wunder von Tiedoli verwirklicht wurde und was man daraus lernen kann. Literaturhinweise zum Thema und wichtige Adressen ergänzen die kurzweilige Lektüre. *SiS*



Beste Medizin

Lachen kann jeder lernen

Lachen ist die beste Medizin“, sagt der Volksmund. Die Menschen sind heutzutage viel zu ernst. Manche Erwachsene hätten das Lachen gar verlernt, behaupten aufmerksame Beobachter. Lachen ist eine universale Sprache, jeder versteht sie, jeder kann sie „sprechen“. Jeder kann lernen, mehr zu lachen, ohne daß dabei Sinn für Humor oder Witze eine Rolle spielen. Lachen ist darüber hinaus ein besonders wirtschaftlicher Weg, um die negativen Auswirkungen von Streß zu überwinden, die Arbeitsumgebung zu verbessern und die Produktivität am Arbeitsplatz zu steigern.

Die Kombination von Lachen und Yoga wurde 1995 von Dr. Madan Kataria aus Mumbai (Bombay) entwickelt. Als er einen Artikel mit dem Titel „Lachen ist die beste Medizin“ verfassen wollte, kam ihm die Idee, einen Lach-Klub zu gründen. Er ging in einen der öffentlichen Parks und fing an, Witze zu erzählen. Die Leute lachten, kamen wieder, jedoch nach zwei Wochen war der Vorrat an guten Witzen erschöpft. Wenn das Lachen über Witze nicht mehr funktioniert, was dann? Warum nicht Lachen und Yoga miteinander verbinden? So entwickelte er verschiedene Lachübungen, die hauptsächlich auf der Tiefenatmung des Yoga basieren. Auch in Deutschland gibt es mittlerweile viele Lach-Klubs und auch den 2002 gegründeten Verband der „Deutschen Lach-Yoga-Therapeuten e. V.“ (An der Burg 3, 53894 Mechernich, Telefon 0 22 56 / 95 84 11), der sich zum Ziel gesetzt hat, Menschen wieder öfter zum Lachen zu bringen – hierzu tauscht er sich auch mit internationalen Lachgruppen aus und möchte einer breiten Öffentlichkeit das Lachen mit all seinen Facetten zugänglich machen.

„Lachen! Die Zeit der Clowns“ ist der Titel eines Musicals von Ralph Siegel und Christian Berg das beim diesjährigen Cuxhavener Musiktheatersommer uraufgeführt wurde. Schlagerkomponist Ralph Siegel mit dem Händchen für eingängige Melodien und Erfolgsautor Christian Berg erzählen in dem Musical die Geschichte zweier Clowns, die in einem Zirkus anheuern – das Publikum erlebt tragikomische Episoden aus dem Leben von Zirkus-Spaßmachern. In „Lachen!“ führt Christian Berg, der sich erstmals in einem Musical für Erwachsene versucht, nicht nur Regie, sondern übernimmt als Clown Pipo auch noch eine tragende Rolle. Ab Januar 2007 wird das Musical in Hamburg auf dem Heiligengeistfeld zu sehen sein – in einem Zelt von Zirkus Roncalli – wo sonst! *pm*



Schon in jungen Jahren: Lachen macht Spaß. Foto: Archiv

Gesund alt werden

Bewegung ist genauso wichtig wie Vorsorgeuntersuchungen

Anti-Aging“ und „Jugendkult“ sind Stichworte, die in den Medien Furore machen. Ihr häufiger Gebrauch ändert allerdings nichts an der Tatsache, daß die Lebenserwartung seit 1900 um fast 30 Jahre zugenommen hat und der Anteil der über 60jährigen kontinuierlich steigt. Über zwei Drittel der 75jährigen sind Frauen. Der Schweizer Gerontologe François Höpflinger spricht in einer Studie („Frauen im Alter – die heimliche Mehrheit“, 2001) sogar von der „Feminisierung des Alters“. Zugleich bereitet Frauen das Älterwerden oft mehr seelischen Schmerz als Männern. Auch wenn Alterungsprozesse bei Frauen und Männern unterschiedlich wahrgenommen werden, so gibt es doch typische Beschwerden, die früher oder später bei vielen älteren Menschen auftauchen. Dazu gehören: Osteoporose (Knochenschwund), bei Männern Prostatavergrößerung sowie Störungen von Herz und Kreislauf.

Diese Alterskrankheiten stehen in engem Zusammenhang mit mangelnder Bewegung und falscher Ernährung. Ein bewußter Umgang mit dem eigenen Körper kann die Beschwerden nicht immer verhindern, aber lindern oder ihr Auftreten hinauszögern. Nicht nur die allgemeine Leistungsfähigkeit, sondern auch die Gesundheit einzelner Körperregionen und Organe läßt sich durch vorsichtige Sportausübung steigern. Wichtig ist, daß die Bewegungsart für ältere Menschen geeignet ist. So dürfen zum Beispiel die Gelenke nicht zu starker Belastung ausgesetzt sein. Zweckmäßige Sportarten sind: Zügiges Gehen (Walking), Radfahren, Golf, Skilanglauf, Wandern, Gymnastik, Wassergymnastik, Schwimmen.

Aber auch Phasen der Ruhe und ausreichend Schlaf sind wichtig, um dem Körper die Möglichkeit zur Regeneration zu geben. Da das nächtliche Schlafbedürfnis und die Schlafdauer im Alter abnehmen, kann eine tägliche Mittagsruhe sinnvoll sein.

> Viele Alterskrankheiten stehen im engen Zusammenhang mit mangelnder Bewegung und falscher Ernährung

Schließlich sollte eine gesunde und ausgewogene Ernährung eingehalten werden, die nicht zuviel Fleisch und tierische Fette, doch genügend Vitamine und Mineralien enthält. Um die Knochen zu stärken, ist vor allem Kalzium wichtig. Umstritten ist dagegen der Einsatz von Hormonen. Ursprünglich zur Behandlung von Beschwerden während der Wechseljahre gedacht, wird die sogenannte Hormonersatztherapie auch bei Osteoporose und Herzerkrankungen eingesetzt. Nebenwirkungen wie erhöhtes Krebsrisiko hat der behandelnde Arzt individuell zu bewerten. Um Erkrankungen möglichst früh zu erkennen, empfiehlt es sich, regelmäßige Termine zur Vorsorgeuntersuchung einzuhalten. So ist es in Deutschland bereits ab dem 35. Lebensjahr möglich, sich alle zwei Jahre einem kostenlosen „Rundum-Check“ zu unterziehen. Für bestimmte Krankheiten gibt es Sondertermine. Fast ebenso wichtig wie die körperliche Komponente sind im Alter die geistige und soziale Aktivität: Dazu zählt auch die Pflege langjähriger Freundschaften und Gewohnheiten. Oft werden neue Aufgaben entdeckt, welche die individuellen körperlichen Grenzen berücksichtigen und zu neuen sozialen Kontakten führen, etwa in einer Gruppe mit Gleichgesinnten, zum Beispiel im Sportverein oder auf Reisen. Eine weitere Chance besteht in der behutsamen Innenschau, der zuvor die allumfassenden Aufgaben in Beruf und Familie im Weg standen. Besinnung und ein vorsichtiges Bilanzieren geben manchen Frauen das Selbstbewußtsein zurück, das sie durch die körperliche Umstellung zeitweilig verloren hatten. Das Alter kann auf diese Weise eine glückliche Zeit bescheren – schließlich werden Menschen mit den Jahren gelassener und ausgeglichener. *tk*

Alles Verschwender

Betr.: „Viel Spaß mit Steuer-Milliarden“ (Nr. 40)

Zwar führt der Steuerzahlerbund alle Jahre wieder auf, was von den uns abgenommenen Geldern verschleudert und verschwendet worden ist, aber interessieren tut das weder die Verschwender noch die Staatsanwälte, noch den deutschen Bundestag. Es wird weiter verschwendet von Politikern, denen andere Politiker nicht auf die Füße treten wollen. Nachdem der Staat den Bürgern Geld abgeknöpft hat, ist es sozusagen ungebunden, von der Bindung an Personen befreit, frei verfügbar zu Nutzen und Mißbrauch. Und damit haben wir zu leben.

In der gleichen Ausgabe der *PAZ* ist zu lesen, wie unsere Steuergelder an obskure Kulturprojekte vergeben werden. Und dann empören sich die Geldverschwender darüber, daß empörte Bürger sogenannte rechtsextreme Parteien wählen, und nehmen dies zum Anlaß, von unserem Geld auch in der Regel obskure Projekte gegen Rechts zu unterstützen (Die Berliner CDU hat da mit Pflüger einen tollen Zuwachs geschenkt bekommen. Das Wahlergebnis war demnach).

Rainer Melchers, Bad Oeynhausen

Nicht angegriffen

Betr.: „Aus für die ‚Blutpumpe‘“ (Nr. 35)

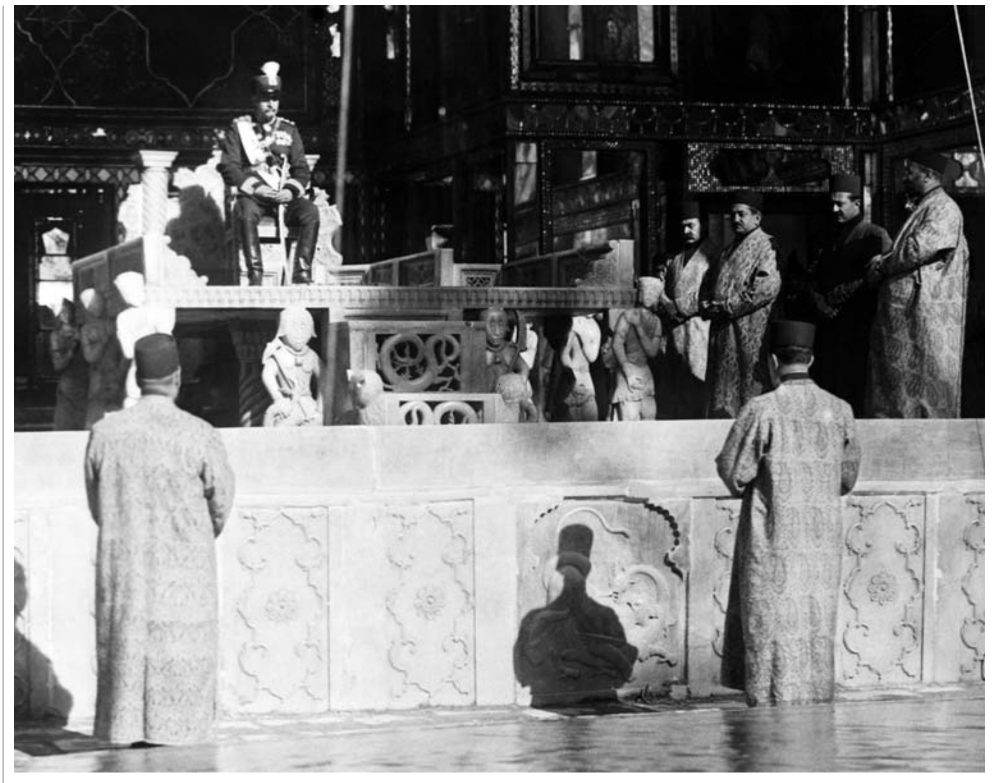
Ihr Autor, Herr Heitmann, irrt in seinem Artikel in zweifacher Hinsicht:

1. Das Fort Souville wurde von den Deutschen nicht eingenommen, nicht einmal angegriffen. Sie gelangten am 11. Juli südlich Fleury nur in das Vorfeld von Fort Souville und blieben etwa 600 Meter davor auf ihrer äußersten erreichten Position in diesem Abschnitt liegen.

2. Die Mauern der Stadt Verdun waren da noch etwa drei Kilometer entfernt. Meine Quelle ist das Reichsarchiv „Schlachten des Weltkrieges“, Band 15., „Die Tragödie von Verdun 1916. Die Zermürbungsschlacht“, darin: IV. Teil, „Thiaumont – Fleury“.

Ihre historischen Artikel sind im übrigen immer sehr interessant.

Hans-Eberhard Brossok, Berlin



Auf dem Pfauenthron 1926: Wie auch später sein Sohn verstarb Schah Reza Khan im Exil. Foto: Corbis

Verteidigen helfen

Betr.: „‚Fatwa‘ gegen Lehrer“ (Nr. 40)

So weit sind wir schon, daß Islamisten die freie Meinung freier Bürger zu unterdrücken suchen. Nehmen wir dies hin, haben wir uns selbst aufgegeben. Müssen wir bei jedem islamkritischen Leserbrief um unser Leben fürchten, dann muß das zu unser aller Gegenwehr führen. Regierungen, die sich nicht an die Spitze dieses Abwehrkampfes stellen, sind um unser selbst willen abzuwählen.

Die muslimischen Organisationen sind in diesem Zusammenhang zu fragen, ob sie bereit sind, die Meinungsfreiheit in unseren Ländern verteidigen zu helfen.

Lothar Geisler, Berlin

Ausnahme Ungarn

Betr.: „Für die Opfer des Weltkommunismus“ (Nr. 40)

Ein solches Denkmal sollte in jeder Hauptstadt eines demokratisch regierten Landes stehen, hat doch der Kommunismus Leichenberge zu verantworten, die alles Vergleichbare übersteigen. Doch wird dieses Denkmal in Ungarn die Ausnahme bleiben, kneifen doch viele Regierungen fest die Augen zu, wenn es um die Verbrechen der Kommunisten geht. Ganz voran die deutsche.

Elke Listmann, Aalen

Selbst dem Leichnam des Schahs war lange keine Ruhe vergönnt

Betr.: „Worüber Irans ‚Atatürk‘ stürzte“ (Nr. 38)

Über den oben genannten Artikel habe ich mich sehr gefreut, habe ich doch selbst vor einigen Jahren einen Aufsatz über die Dynastie Pahlavi im Exil geschrieben. Weil Ihr Beitrag mit dem Rücktritt von Schah Reza endete, möchte ich Ihnen aus meinen eigenen Unterlagen noch einige Ergänzungen über die Zeit des Schahs danach, also im Exil, mitteilen, zumal ich selbst noch in den 70er Jahren das an ihn erinnernde Museum in Johannesburg besuchte, das dann nach der Revolution im Iran (1979) geschlossen wurde, womit leider ein Stück Geschichte aufhörte zu existieren. Hier nun die Ergänzungen zu Ihrem Beitrag:

Einige Tage nach seiner Abdankung am 16. September 1941 verließ Schah Reza in Begleitung des größten Teils seiner Familie an Bord des britischen Passagierdampfers „Bandra“ die Hafenstadt Bender-Abbas, um nach Buenos Aires ins Exil zu reisen. Vor Bombay jedoch wurde das Schiff von den Briten gestoppt. Man erklärte dem zurückgetretenen Monarchen, daß die Fortsetzung der Reise wegen der Kriegsereignisse zu gefährlich sei, und empfahl ihm als vorläufig sichere Bleibe die Insel Mauritius. Kurz darauf erschien der Passagierdampfer „Burma“, der den Ex-Herrscher aufnahm und ihn nach Mauritius brachte, wo er im Oktober eintraf und in Port Louis an Land ging. Seine Unterbringung erfolgte außerhalb der Stadt im Landesinneren in dem kleinen Ort Moka, wo man ihm drei Villen in einem großen Garten zur Verfügung stellte.

Doch schon bald war erkennbar, daß Schah Reza das Klima auf der Insel nicht vertrug. Die Briten schlugen daher Kanada als Exil vor. Ein italienisches Schiff brachte den inzwischen kranken König zunächst nach Durban in Südafrika, wo er erst einmal vom Herzspezialisten Dr. May untersucht wurde. Dieser riet dem Ex-Schah wegen seines schlechten Gesundheitszustandes von der geplanten Weiterreise nach Nordamerika ab. Außerdem, so meinte er, sei die Fahrt schon wegen des im Atlantik tobenden Seekrieges viel zu gefährlich. Dr. May empfahl, in ein trockenes Klima überzusiedeln, und so entschied man sich schließlich für Johannesburg.

Die ersten drei Monate nach seiner Ankunft wohnte Schah Reza im Hotel „Langhan“, dann mietete er die Villa des Millionärs Jack Scott im Stadtteil Mountainview an, wo er am 26. Juli 1944 starb. Da die Briten es wegen der Gefahr einer Torpedierung ablehnten, den einbalsamierten Leichnam per Schiff in den Iran zu überführen, transportierten sie ihn vorerst nur bis Kairo, wo er in der El-Rifai-Moschee beigesetzt wurde, in der später auch sein Sohn und Nachfolger Mohammed Reza bestattet werden sollte.

Erst fünf Jahre nach Kriegsende wurde der Sarg nach Persien überführt. Der tote Herrscher wurde in einem weißen Marmor-Mausoleum in Rey, wenige Kilometer südlich von Teheran, beigesetzt. Inzwischen liegt Schah Reza jedoch wiederum in afrikanischer Erde begraben. Als sein Sohn Anfang 1979 nämlich infolge der Revolution den Iran verlassen mußte, ließ er den Leichnam seines Vaters sicherheitshalber aus dem Mausoleum nehmen und erneut nach Ägypten bringen. Die Johannesburger Villa wurde übrigens 1969 von der kaiserlich-iranischen Regierung käuflich erworben und als „Shah Reza the Great Museum“ eingerichtet. Als zehn Jahre später der Umsturz im Iran erfolgte, mußte dieses allerdings wieder geschlossen werden. Einige Zeit später haben die neuen Machthaber aus Persien dann das Haus verkauft.

Wolfgang Reith, Neuss

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **6845**

Der Historiker ist nicht Sklave des Zeitgeistes

Betr.: „Schuldig – bis in alle Ewigkeit“ (Nr. 26)

Am 12. Dezember 2005 veröffentlichten 19 französische Historiker einen Aufruf „Freiheit für die Geschichtswissenschaft“, den ich hier zur Kenntnis bringen möchte: „Bestürzt über die immer häufigeren politischen Eingriffe bei der Beurteilung geschichtlicher Ereignisse und betroffen über die Gerichtsverfahren gegen Historiker, Forscher und Verfasser, wollen wir an die folgenden Grundsätze erinnern: 1) Die Geschichtswissenschaft ist keine Religion. Der Historiker akzeptiert kein Dogma, er respektiert keine Verbote. er kennt keine Tabus. Er erklärt 2) Die Geschichtswissenschaft ist keine moralische Instanz. Es ist nicht Aufgabe eines Historikers zu preisen oder zu verdammen. Er erklärt 3) Der Geschichtswissenschaftler ist nicht der Sklave des Zeitgeistes. Der Historiker überlagert nicht die Vergangenheit mit den heutigen ideologischen Begriffen und fügt keine jetzigen Empfindsamkeiten in die Ereignisse der Vergangenheit ein. 4) Die Geschichtswissenschaft kann nicht die Aufgabe des Gedenkens wahrnehmen. Der Historiker sammelt bei seiner wissenschaftlichen Arbeit die Erinnerungen von Menschen, er vergleicht sie miteinander und stellt sie den Dokumenten, den Gegenständen und ihren Spuren gegenüber und stellt die Tatsachen fest. Die Geschichte berücksichtigt Erinnerungen, aber sie beschränkt sich nicht darauf. 5) Die Geschichtswissenschaft kann nicht Objekt der Justiz sein. In einem freien Staat steht es weder dem Parlament noch der Justiz zu, die historische Wahrheit festzulegen. Die Vorgehensweise des Staates ist, selbst wenn sie von den besten Absichten beseelt ist, nicht die Vorgehensweise der Geschichtswissenschaft. Wir verlangen die Abschaffung dieser gesetzlichen Bestimmung, die eines demokratischen Regimes unwürdig ist.“

Ähnlich lautende Forderungen von deutschen Historikern sind mir bis heute nicht bekannt geworden. Sie gehen zum Teil in entgegengesetzte Richtung. So schrieb Eberhard Jäckel (Jahrgang 1929) 1980 in der *FAZ*, daß die „Überdehnung geschichtlicher Proportionen moralisch gerechtfertigt sei“, ja sie sei sogar „volkspädagogisch begrüßenswert“.

Anders liest sich dagegen eine Stellungnahme eines pensionierten Vorsitzenden Richters am Landgericht Hamburg in der „Neuen Juristischen Wochenschrift“: „Paragraph 130 STGB enthält irreguläres Ausnahmestrafrecht und steht damit und insoweit zu Verfassung und Meinungsfreiheit in Widerspruch. Der Gesetzgeber muß sich hier zu einer Richtungsänderung durchringen und – über 60 Jahre nach dem Ende des ‚Dritten Reiches‘ – einen weit vorangetriebenen deutschen Sonderweg verlassen, um zu den normalen Maßstäben eines liberalen Rechtsstaates zurückzukehren“. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Dr. H.-J. Meyer, Alfeld

Heimatverbunden

Betr.: „Auf den Spuren von Ernst Wiechert“ (Nr. 39)

Bin seit Jahren Leser ihrer Zeitung und warte jeden Freitag auf die neuste Ausgabe. Zuerst schlage ich das Leserforum auf, es ist das Abbild der Stimmung der Bevölkerung zwischen Oder und Rhein. Ich wohnte in Nikolaiken bis Juni 1958, danach habe ich meine Heimat verlassen, blieb aber immer sehr verbunden mit meiner Heimat Masuren. Ich vermißte in dem Artikel über Ernst Wiechert die Erwähnung seines Hauptwerkes „Die Jeromin Kinder“. Ich möchte hier noch an das Nachwort im dritten Band erinnern. Es lautet „Den vierten Band dieses Buches hat die Geschichte geschrieben, mit schweren und grauenvollen Buchstaben, und es ist keiner Dichtung das Recht gegeben, über dieses Grauen den Schimmer der Verklärung zu legen.“ Dies mögen die schreibenden Zünfte doch immer beherzigen.

Hermann Wank, Hafenlohr

Beschwerde bei der EU einlegen

Betr.: „Front gegen Warschau“ (Nr. 37)

Es ist allmählich nicht mehr von dieser Zeit, daß die Deutschen sich zurückhalten, wenn es zu frechen Ausschreitungen von polnischer Seite kommt. Es ist schon mehr als genügend und ein historischer Fehler, daß die Deutschen die Abtretung der ehemaligen Ostgebiete hingenommen haben.

Gegen feindliches Vorgehen der Polen gegen die in Polen verbliebene deutsche Minderheit müßte bei den EU-Behörden schärfstens protestiert werden und sollte ein klares Vorgehen gegen dieses polnische Verhalten gefordert werden.

Martin Hietbrink, Appeldoorn, Niederlande

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

»Bismarck der Museumsinsel«

Arnold Wilhelm Bode wurde als Sohn eines Braunschweiger Beamten am 10. Dezember 1845 in Calvörde geboren. Der Kunsthistoriker und Museumsfachmann, der 1914 geadelt wurde, gilt als ein Mitbegründer des modernen Museumswesens in Deutschland. Bode besuchte in Braunschweig das Gymnasium und studierte von 1863 bis 1867 in Göttingen und Berlin Jura. Doch schon während seines Jura-Studiums



Foto: spk

zeigte sich sein Interesse für Kunstgeschichte. So ordnete er während seines Referendariats in Braunschweig die herzoglichen Kunstsammlungen zum Teil systematisch. In dieser Zeit begann er auch, nach Holland, Belgien und Italien zu reisen, um dort Museen und Privatsammlungen zu besuchen. In Wien und Berlin studierte er schließlich noch Kunstgeschichte und Archäologie. In Leipzig promovierte er im Jahre 1870.

Zwei Jahre später trat Bode in den königlichen Museen zu Berlin seine Stellung als Assistent in der Skulpturenabteilung an, deren Direktor er 1883 wurde. Ab 1890 leitete er auch die Gemäldegalerie. Generaldirektor der Berliner Museen wurde er 1905. Seine kunsthistorische Kompetenz und seine ausgezeichneten Beziehungen zu Künstlern und Sammlern sowie zur Kaiserfamilie ermöglichten ihm gleich zu Beginn seiner Tätigkeit spektakuläre Ankäufe – trotz der zunächst bescheidenen Mittel. Zu den Mäzenen gehörte auch August Graf von Dönhoff, der von 1896 bis zu seinem Tod 1920 Vorsitzender des von Bode ins Leben gerufenen „Kaiser-Friedrich-Museums-Vereins“ war. Mit seiner mitreißenden, manchmal herrischen Art schlug Bode auch in Zeiten knapper Mittel eine Bresche für die Kunst. Er starb am 1. März 1929 in Berlin. *eb*

Einmalig auf der Welt

Das wiedereröffnete Bode-Museum in Berlin zeigt Kunstwerke aus anderthalb Jahrtausenden

Von SILKE OSMAN

Aus der Vogelperspektive mutet das Haus an wie ein gefaßtes Juwel. Zwischen Spree und Kupfergraben gelegen, die in diesem Augenblick von der Sonne beschienen werden und mit ihrem Glanz an eine Fassung aus kostbaren Diamanten erinnern, ist das Bode-Museum der architektonische Schlußstein einer grandios geplanten Insel, der mit ihrem Reichtum an Kunstschätzen in der Welt wohl einmaligen Berliner Museumsinsel, auch wenn diese noch immer nicht vollständig wiederhergestellt werden konnte.

Wie der Bug eines großen Schiffes strebt die Barockfassade mit ihrer markanten Kuppel dem Betrachter geradezu entgegen. Wo vor Monaten noch Staub und Schutt das Bild prägten, ist jetzt alles wie aus dem Ei gepellt. In dem von 1897 bis 1904 durch den Hofarchitekten Ernst von Ihne errichteten Bauwerk stehen nach jahrelanger Grundsanierung alle Räume in ihrer ursprünglichen architektonischen Fassung wieder zur Verfügung. Auf etwa 6200 Quadratmetern Ausstellungsfläche sind nun drei Museen untergebracht: das Münzkabinett, das in fünf Räumen rund 3000 Objekte zeigt, das Museum für Byzantinische Kunst, das fünf Säle für die Präsentation seiner Schätze erhielt, und die Skulpturensammlung, die in 45 Räumen unterschiedlichster Größe 700 große Objekte und etwa 1000 Kleinbildwerke ausstellt.

„Zum ersten Mal seit 67 Jahren sind die Bestände an ihrem angestammten Ort, dem vormaligen Kaiser-Friedrich-Museum, das seit 1956 den Namen seines geistigen Gründers, Wilhelm von Bode, trägt, wieder beisammen“, schwärmt der Hausherr Professor Dr. Arne Effenberger, seit vielen Jahren Direktor der Skulpturensammlung und des Museums für Byzantinische Kunst. Aufregende Wochen und Monate liegen hinter dem Architekten Heinz Tesar aus Wien, der für die Sanierung verantwortlich zeichnete, den Museumsfachleuten, Restauratoren und Stukkateuren. Alles mußte bis aufs kleinste geplant und durchgespielt werden. Für jede Skulptur, jedes Bildwerk mußte die beabsichtigte Wirkung im Raum und innerhalb eines Ensembles festgelegt, die Höhe und Form eines Sockels bestimmt werden. In Modellen wurde die Wirkung vorab geprobt – um sie nachher doch wieder zu verwerfen. Helfer in weißen Handschuhen stellten schließlich die Kostbarkeiten aus anderthalb Jahrtausenden behutsam auf und rückten sie ins rechte Licht. Effenberger: „Doch stellten die eigentümliche Struktur des über einem dreieckigen Grundriß um fünf Innenhöfe mit betonter Mittelachse errichteten Gebäudes, seine oft verwirrend angeordneten Räume und seine vielen Durchwegsmöglichkeiten nicht geringe Probleme für die Planungen und Umsetzung des Ausstellungskonzeptes dar. Von der architektonischen Hauptachse mit ihrer wechselnden Abfolge repräsentativer Raumkunstwerke – Große Kuppelhalle, Kamecke-Halle, Basilika und Kleine Kuppelhalle – führen mehrere Zugänge in die Ausstellungsbereiche, so daß die Besucher wahlweise der weitgehend chronologischen Anordnung folgen oder aber auch genau im Gegensinn durch die Räume gehen können.“ Es ist gelungen, die Skulpturen so aufzustellen, daß die Besucher sowohl die Vorder- als auch die Rückseiten betrachten können. Wichtig war es, die Säle nicht mit Skulpturen „vollzustopfen“, betonte Effenberger. „Sparsames Aufstellen sichert den Werken die Möglichkeit, ihre Präsenz zu entfalten, die Besucher zum eindringlichen Betrachten einzuladen, sich ihnen mitzuteilen, sie zum Vergleichen mit anderen Werken im selben räumlichen Kontext aufzufordern.“



Eindrucksvolle Architektur: Blick in die Kleine Kuppelhalle des Bode-Museums mit Merkur und Venus von Pigalle und den Statuen preußischer Feldherren

Foto: pa

Effenberger ist begeistert und spricht von einem „wohl einmaligen Glücksfall, ein Museum von Grund auf und nach einem einheitlichen Konzept einrichten zu dürfen“. Wenn man auch mancherlei Kompromisse eingehen mußte und das Museum natürlich nicht nach dem Konzept Wilhelm von Bodes eingerichtet hat, sondern sich vielmehr an modernen museumstechnischen Maßstäben orientierte und sparsamer als Bode zu Werke ging, kommt der Besucher dennoch auf seine Kosten. Effenberger: „Durch den Wechsel von nur sparsam mit Skulpturen ausgestatteten Sälen mit intimeren Kabinetten, in denen der ganze Reichtum der Skulpturensammlung an hochbedeutenden Kleinbildwerken ausgebreitet wird, sollen unterschiedliche Wahrnehmungserlebnisse erzeugt, aber auch besondere Vorlieben der Betrachter bedient werden.“

Wenn auch einzelne Künstler nicht besonders hervorgehoben werden, sieht man einmal von Riemenschneider ab, der mit einer großen Anzahl von Werken im Bestand der Sammlung vertreten ist, so wirken doch Namen wie Tiepolo, Canova, Donatello oder Pisano wie Zugpferde. Kleine und große Figuren von Heiligen, kostbare Flügelaltäre, feinste Teppiche, kunstvolle Intarsienarbeiten und filigrane Schnitzereien aus Elfenbein, immer wieder auch Bildwerke der Mutter Gottes – sie alle zeigen den Reichtum und die zeitlose Schönheit europäischer Kunst. Und nur der ausgewiesene Kenner wird Lücken entdecken, denn schließlich fehlen bis heute noch rund 4000 Werke der ursprünglichen Sammlung, die Bode durch eine geschickte Präsentation in das Bewußtsein nicht nur der Berliner rückte. Seine „Epochenräume“ waren damals spektakulär, zeigte er doch erstmals Skulpturen und Bilder in ihrem „natürlichen Lebensraum“ umgeben von Möbelstücken und Teppichen. Diese Art der Präsentation hat man nun zitiert und etwa 150 Bilder aus der Gemäldegalerie „ausgeliehen“, um die Wirkung der Skulpturen zu ergänzen. Schon jetzt aber bietet das Museum nicht ausreichend Platz für alle Schätze. So soll auf einem nahegelegenen ehemaligen Kasernengelände ein Neubau entstehen. Das allerdings ist noch Zukunftsmusik. Zunächst hat der Um- und Ausbau der Museumsinsel absoluten Vorrang. In 20 Jahren soll das Areal komplett erneuert sein und dem Besucher einen einmaligen Rundgang durch 5000 Jahre Kulturgeschichte ermöglichen.

Das Bode-Museum, Monbijoubrücke, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 22 Uhr geöffnet.

Weltkulturerbe

Wo Johann Gottfried Herder unterrichtete

Die Instandsetzung des Wilhelm-Ernst-Gymnasiums in Weimar läuft seit 2003 und wird etwa drei Millionen Euro kosten. Durch die erneute Unterstützung der „Deutschen Stiftung Denkmalschutz“ (DSD) in Höhe von 90 000 Euro können nun die notwendigen Arbeiten am Dach des heute als Volkshochschule genutzten Gebäudes am Herderplatz erfolgen. Im diesjährigen Bauabschnitt werden die Erneuerung der technischen Gebäudeausrüstung sowie die Dach- und Fassaden-sanierung durchgeführt. Im Zuge dessen werden die entstellenden Toilettenanbauten an der Nordseite des Gebäudes verschwinden und der klare barocke Baukörper in seiner ursprünglichen Gestalt wieder zur Geltung kommen. Der Schulbau wurde als „assoziatives“ Denkmal 1998 mit den Herderstätten Stadtkirche und Herderhaus unter der Gruppe „klassisches Weimar“ in die Unesco-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen

Auf Geheiß von Herzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar wurde 1712 anstelle der alten Stadt- und Landschule von 1561 eine neue herzogliche Schulanstalt für Begabte gegründet.

Das Schulgebäude entstand unter Landbaumeister Christian Richter von 1712 bis 1717. Es handelt sich um einen dreigeschossigen Bau mit hohem, ausgebautem Mansarddach. Die Fassade wird durch einen dreiachsigen Mittelrisalit betont, der von einem zweigeschossigen Zwerchhaus bekrönt wird. Vor dem Mittelrisalit erstreckt sich eine ausladende, zweiläufige Freitreppe, die den gesamten Vorplatz beherrscht.

An dieser altehrwürdigen Schule lehrten unter anderem Johann Heinrich Voß und Karl Eugen Musäus. Von 1776 bis 1803 wirkte hier auch Johann Gottfried Herder, der neben seiner Tätigkeit an der benachbarten Stadtkirche als Oberhofprediger, Generalsuperintendent, Oberpfarrer sowie Oberkonsistorial- und Kirchenrat zugleich Direktor des Gymnasiums und „Ephorus der Schulen“ des gesamten Herzogtums war. *DSD*

Liebenswert und wortgewandt

Engelbert Kutschera hat auf einer neuen CD Lieder von Friedrich Rückert eingespielt

Ein Hauch der Liebe tilget Raum und Zeiten. Sei mir gegrüßt“, diese bedeutungsvollen Worte des Dichters Friedrich Rückert regten den seinerzeit erst 25jährigen, an Literatur höchst interessierten Komponisten Franz Schubert zu einer ergreifenden Liedkomposition an, nun zu hören auf einer neuen CD mit Liedern von Friedrich Rückert (ews Klassik, CD 20022, Spieldauer: 78 Minuten, 16,40 Euro, zu beziehen über den Preußischen Mediendienst). Die Lieder von Franz Schubert, Carl Loewe, Robert Schumann, Gustav Mahler und Richard Strauss werden meisterhaft und einfühlsam interpretiert von dem Opern- und Konzertsänger Engelbert Kutschera.

Friedrich Rückert (1788 – 1866) zählt neben Goethe, Eichendorff, Heine und Mörike zu den meistvertonten Dichtern deutscher Sprache. Golo Mann nannte ihn „einen der liebenswertesten unter den deutschen Dichtern“. Noch heute ist Rückerts Liebeslyrik bekannt. Die Gedichtsammlung „Liebesfrühling“ gelangte in Wien in die Hände von Franz Schubert; für ihn wurde sie Quell ausdrucksstärkster Liedvertonungen.



Auch Carl Loewe, der über Jahrzehnte in Stettin wirkende Balladenfürst, ließ sich gern von Friedrich Rückerts Texten inspirieren. Auf der CD sind die humorvollen Lieder „Das Pfarrjüngferchen“ und „Süßes Begräbnis“ zu hören. Clara und Robert Schumann schließlich war es im Jahre 1840 vorbehalten, gemeinsam die „Zwölf Gedichte aus Friedrich Rückerts Liebesfrühling“ zu vertonen. Auch Gustav Mahler, der aus Böhmen-Mähren stammende Komponist, ließ sich von der Lyrik Rückerts gefangennehmen. Zu nennen sind neben den „Fünf Rückert-Liedern“ insbesondere seine berühmt gewordenen „Kindertotenlieder“, die Friedrich Rückert 1834 nach dem frühen Tode zweier seiner Kinder niederschrieb, deren Veröffentlichung jedoch erst fast 50 Jahre später, 1882, möglich wurde. Diese Gedichte gelangten in Gustav Mahlers Hände und berührten ihn, den vom eigenen Schicksal stark Geprägten, so unmittelbar, daß sie für ihn Leitlinie für einige überragende Liedvertonungen wurden.

Für den Komponisten Richard Strauss zählte Friedrich Rückert zu den Lieblingsdichtern. Rückerts Lyrik bot ihm Anregung zu völlig neuartigen Tongemälden, wie man sie bis dahin im Lied nicht gekannt hatte, auch sie wurden wahre Kleinodien.

Der aus Schlesien stammende Engelbert Kutschera tritt seit langem mit viel Engagement für die Erhaltung des deutschen Liedguts ein. Seine italienische Gesangtechnik bietet ihm eine reiche Skala stimmlicher Ausdrucksmittel. Davon kann man sich nun auch auf der neuen CD überzeugen, auf der Kutschera wieder von Graham Johnson am Klavier begleitet wird. Das umfangreiche Beiheft enthält gut verständliche Texte und bietet auch manch Persönliches sowie musikwissenschaftlich fundiertes Hintergrundwissen zu den Komponisten, den Dichtern und den einzelnen Liedern. *wk*

MELDUNGEN

Zeichen der Entspannung

Elbing / Pillau – Ein Zeichen der Entspannung in einem kritischen Umfeld haben Elbing und Pillau mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit in mehr als 30 Bereichen gesetzt. Angespannt ist die Lage auf dem und rund um das Frische Haff durch die nun schon fünf Monate andauernde Begrenzung des Schiffsverkehrs auf dem russisch verwalteten nördlichen Haffteil. Der Vorstand des Elbinger Seehafens schätzt, daß die Verluste durch diese Restriktion der Russen allein in Elbing etwa eine Million Zloty (rund 260000 Euro) betragen. Auch der Bürgermeister von Pillau, Fiodor Jaruschewitsch – obwohl selber Russe –, beklagt, daß die Unternehmen auf beiden Seiten der innerostpreußischen Grenze durch die Schikanen seiner Regierung Verluste erlitten hätten. Die Wiederherstellung des ungestörten Verkehrs auf ihrer Seite des Haffs machen die Russen von der Unterzeichnung eines neuen zwischenstaatlichen Vertrages, der die Schiffahrt auf diesem Abschnitt regelt, abhängig.

Investitionen am Oberlandkanal

Osterode – In Osterode trafen sich die Vertreter von 14 am Oberlandkanal und in der Deutsch Eylauer Seenplatte liegenden Gemeinden. Sie wollen die für sie bis zum Jahre 2016 vorgesehenen Mittel der Europäischen Union in Höhe von 380 Millionen Zloty (fast 100 Millionen Euro) gemeinsam ausgeben. In Osterode möchte man gerne EU-Geld für die Uferbewirtschaftung, einen Jachthafen und ein Amphitheater, in anderen Gemeinden für die Renovierung von Denkmälern und den Bau von Aussichtstürmen verwenden. Alles, in das geplant wird zu investieren, soll an der Kanaltrasse entstehen. Die Chancen, diese Pläne zu verwirklichen, sind groß. Man kann kaum glauben, daß unlängst laut darüber nachgedacht wurde, den Kanal zu schließen und ihn in ein Freilichtmuseum umzuwandeln.

Lycks Kläranlage modernisiert

Lyck – Der zweite Abschnitt der Modernisierung der Kläranlage in Lyck ist erfolgreich abgeschlossen worden. Die Anlage erfüllt jetzt die Vorschriften der Europäischen Union. Um 75 Prozent wird der Stickstoff reduziert und um 90 Prozent werden die Sinkstoffe und die Menge des Phosphors im Wasser verringert. Die zweijährige Modernisierung kostete 15 Millionen Zloty (fast vier Millionen Euro).

Polnisches Zentrum geplant

Allenstein / Königsberg – Die Woiwodschaft Ermland und Masuren plant die Errichtung eines Polnischen Zentrums für Handel und Kultur in Königsberg. Man rechnet mit einem Jahr Bauzeit und Kosten in Höhe von rund zwei Millionen Zloty (etwa 520000 Euro). Die Vorgeschichte des Projektes reicht bis in die frühen 90er Jahre zurück. Einer seiner glühendsten Befürworter ist der katholische Bischofsvikar für den Bereich Königsberg, Prälat Jerzy Steckiewicz.

Zum Stadtfest in Angerapp

Hans-Joachim Beth besuchte mit einer Gruppe das Ereignis des Jahres in der Kreisstadt

Schon lange war es Dr. Hans-Joachim Beths Wunsch gewesen, einmal an den Ort zurückzukehren, an dem er vom Sommer 1943 bis zum Sommer 1944 ein Jahr seiner Kindheit verbracht hatte. Tatsächlich wollte er aber nicht nur dieses kleine Dorf in der Nähe Angerapps wiedersehen, sondern auch das ganze Ostpreußen kennenlernen, wozu er damals während des Krieges keine Gelegenheit hatte. Als Anfang der 90er Jahre die Reisesperre für den russisch verwalteten Teil Ostpreußens fiel, begann er sich ernsthaft für eine solche Reise zu interessieren. Im Internet kündigte die Kreisgemeinschaft Angerapp zusammen mit dem Reise-Service Busche eine seinen Wünschen optimal entsprechende Reise für den September an. Die Anmeldung war nur eine Frage der Zeit. Letzten Monat ging es endlich los.

Nachdem der Bus in Rodewald, Ahrensburg und Ludwigslust das Gros der Reisenden an Bord genommen hatte, vervollständigte Beth zusammen mit einigen anderen Teilnehmern in Birkenwerder bei Berlin die Gruppe. Über den Grenzübergang Küstrin und die Stadt Landsberg an der Warthe ging es zur ersten Zwischenübernachtung nach Schneidemühl. Teilweise der alten Reichsstraße 1 folgend, fuhren sie über Konitz, die Tucheler Heide, Marienburg – hier legten sie eine Fotopause ein – und Frauenburg zum Grenzübergang Braunsberg / Heiligenbeil, ließen hinter der Grenze Königsberg links liegen, passierten Insterburg und erreichten am frühen Abend ihr Hotel in Gumbinnen, nur 100 Meter vom berühmten Elchdenkmal entfernt.

Am Folgetag begann das eigentliche Reiseprogramm dann mit Angerapp. Für viele Teilnehmer war es erst die erste oder zweite Wiederbegegnung mit ihrem Geburtsort. Voller Neugier machten sie sich auf die Suche nach den Orten ihrer persönlichen Biographie. Obwohl während des Zweiten Weltkrieges auch um Angerapp heftige Kämpfe stattgefunden hatten, sind noch erfreulich viele Häuser aus der Vorkriegszeit erhalten. Einige fanden so ihr Elternhaus wieder, andere die Schule, die sie einst besucht hatten. Etliche – darunter auch Beth – nutzten die Möglichkeit, mit hilfsbereiten Bewohnern des Städtchens in den Dörfern der Umgebung ihrer Vergangenheit nachzuspüren, nicht immer mit Erfolg, denn zu vielen abgelegenen Gehöften gibt es einfach keine Wege oder die kleinen Orte existieren nicht mehr.

Doch diese persönlichen Anliegen waren nur eine Seite des Besuches. Ein Höhepunkt war daneben der Besuch des Angerapper Stadtfestes, des Ereignisses des Jahres in der Stadt. Alle Einwohner waren auf den Beinen, um dieses mitzuerleben. Es fand ein Festumzug von dem Kriegerehrenmal bis zur Festwiese statt. Bei dieser Gelegenheit wurde das Ehrenmal wieder eingeweiht. Die abhanden gekommene Gedenktafel wurde durch eine neue ersetzt – mit der alten Inschrift, allerdings in Russisch. Angerapps Bürgermeister hatte um den deutschen Text gebeten, damit auch eine Tafel mit den Worten in Deutsch angebracht werden kann. Leider konnte der Text nicht rechtzeitig zum Stadtfest beschafft werden. Des weiteren wurde eine Sauna (Dampfbad) in der Kirchenstraße neu eingeweiht. Dort können die Bewohner, welche keine Gelegenheit haben, zu Hause zu baden, dieses dort vornehmen. Danach bewegte sich der Festumzug zum Marktplatz. An der Ecke Insterburger Straße / Kirchenstraße wurde die von Angerapps Kreistagsmitglied Heinz Hohmeister aus Dresden mitgebrachte „Alte Laterne" in Gegenwart des Bürgermeisters der Öffentlichkeit übergeben. Diese Leuchte soll an die Pionierrolle Angerapps bei der elektrischen Beleuchtung erinnern. Nach der Enthüllung eines Gedenksteins bewegte sich der Umzug zur Festwiese. Auf der Wiese war eine Bühne aufgebaut, auf der die offiziellen Reden der anwesenden Gäste gehalten wurden.

Anknüpfend an frühere Kontakte, gehörten auch Angerapps Kreisvertreterin Edeltraut Mai und Wolfgang Petschull, Stadtrat von Mettmann, neben litauischen und polnischen Besuchern zu den offiziellen Gästen dieses Festes. Petschull überbrachte die Grüße der Stadt Mettmann an die Bevölkerung von Angerapp und sprach den Wunsch aus, daß sich der Prozeß des gemeinsamen Kennenlernens in Zukunft verstärken möge.

Angerapps Schüler, die jetzt Schuluniformen tragen, welche sehr schön aussehen, nahmen allesamt am Festumzug teil und führten in ihren Trachten Tänze vor. Einige Verkaufsstände boten ihre Waren an. Die Musikkapelle spielte flotte Weisen. Es war ein lustiges Treiben in der ganzen Stadt, das die Reisegruppe aus der Bundesrepublik voller Interesse verfolgte. Zudem nutzte sie die Gelegenheit zu einem Besuch des kleinen, im Aufbau befindlichen Museums der Stadt Angerapp, die bis 1938 Darkehmen hieß.

Die Lebensbedingungen und Probleme der Bewohner, die hier zum Teil schon in der dritten und vierten Generation leben, blieben ihnen allerdings weitgehend verschlossen. Es reicht eben nicht aus, Angebot und Preise in den Geschäften zu sehen, man muß auch wissen, was die Menschen verdienen und ob sie überhaupt Arbeit haben. Allerdings sind die wirtschaftlichen Probleme nicht zu übersehen. Gerade deshalb läßt es sich die Kreisgemeinschaft Angerapp nicht nehmen, ein Kinderheim in der Nähe der gleichnamigen Kreisstadt mit Sachspenden und finanziell zu unterstützen. Ein Besuch dieses Heims zeigte, daß diese Hilfe gut ankommt. Nach der Bewirtung mit Tee und Gebäck erfreuten die Kinder mit Gesang und Tanz. Sozusagen als Glückssymbol begrüßte ein Schwein, das im Vorjahr aus Spendengeldern gekauft worden war, mit lautem Grunzen aus seinem Koben die deutsche Gruppe.

Der Nachmittag bescherte den Deutschen zwei gegensätzliche Eindrücke, das im Ausbau befindliche Gestüt in Weedern – ehemals im Besitz der Familie von Zitzewitz – und das ehemalige Gestüt Trakehnen, an das heute nur noch das Eingangstor und ein kleines Museum erinnern. Versuche, an diesem für die Pferdezucht historischen Ort an den ehemaligen Ruhm anzuknüpfen, sind aus unterschiedlichen Gründen leider fehlgeschlagen.

Ein weiteres Kapitel ihrer Rundreise schlugen die Reisenden mit Königsberg und Rauschen auf, wo zweimal übernachtet wurde. Die Fahrt von Gumbinnen über Insterburg mit einem Abstecher nach Wehlau führte eindrucksvoll vor Augen, wie hart hier der Krieg 1945 zugeschlagen hat. Nur wenige Bauten aus der Zeit vor dem Ende des Krieges sind erhalten, die meisten Häuser sind erst nach dem Krieg entstanden. Königsberg, das die Reisenden bei einer Stadtrundfahrt erlebten und dessen Dom sie natürlich einen Besuch abstatteten, präsentierte sich seinen Gästen als pulsierende russische Großstadt, ganz im Gegensatz zu den zuvor besuchten Städten.

Zu einem Naturerlebnis gestaltete sich der Besuch der rund 100 Kilometer langen Kurischen Nehrung. Bei einer kleinen Führung lernte die Gruppe die Vogelschutzwarte Rossitten kennen, anschließend begab sie sich auf einen Holzweg, und zwar einen richtigen, auf dem sie zu einer Aussichtsplattform gelangten, von der sie die Wanderdüne auf dem russisch verwalteten Teil der Nehrung bewundern konnten. Bei herrlichem Sonnenschein sahen die Reisenden bis Nidden auf der litauisch verwalteten Seite und nahmen anschließend ein erfrischendes Bad in der Ostsee.

Das bedrückende Gefühl, das bei der Fahrt durch den russisch verwalteten Teil Ostpreußens angesichts der vielen seit Jahren brachliegenden Felder empfunden wurde, verschwand auf der polnisch verwalteten Seite der innerostpreußischen Grenze allmählich. Hier sind die Äcker bewirtschaftet, zu dieser Jahreszeit ist die Ernte eingebracht, die Felder sind neu gepflügt und geeggt. Alicija, die charmante Dolmetscherin, hatte nun Gelegenheit, der Gruppe ihre nähere Heimat, die masurische Landschaft mit ihren zahllosen Seen sowie andere Teile Ost- und Westpreußens näherzubringen.

Bereits die erste Besichtigung bescherte einen Höhepunkt mit dem Besuch der Jesuitenkirche von Heiligelinde. Die Geschichte dieses barocken Gebäudes reicht bis ins 14. Jahrhundert zurück, um ihre Entstehung rankt sich eine rührende Legende. Eine wechselvolle Geschichte und auch der Zweite Weltkrieg konnten ihrer eindrucksvollen Schönheit nichts anhaben. Von ihrem malerisch am Schoßsee gelegenen Hotel „Panoramic" in Sensburg aus unternahmen die Deutschen einen erlebnisreichen Ausflug durch Masuren. Einer Schiffsfahrt auf dem Niedersee und einem Besuch von Nikolaiken, dem touristischen Zentrum Masurens, folgte eine Kahnfahrt auf der romantisch gelegenen Krutinna mit ihrem glasklaren Wasser. Kristina, ostpreußischer Abstammung und Chefin der Mannschaft der Stakleute, verstand es, mit dem gefühlvollen Vortrag eines Ostpreußengedichts und eines Ostpreußenliedes vor dieser herrlichen Naturkulisse Emotionen auszulösen. Einer Stippvisite in die Altstadt von Allenstein folgte ein weiteres Highlight der Reise. Mit einem Schiff befuhren sie einen Teil des Oberlandkanals. Sie passierten fünf Übersetzstellen über die Rollberge und überquerten anschließend den Drausensee mit seiner reichen und unberührten Vogelwelt. Tagesziel war Elbing, wo sie im „Gromada"-Hotel Unterkunft fanden. Mit der Besichtigung der rekonstruierten historischen Altstadt von Danzig endete das offizielle Reiseprogramm.

Um ein kleines Fazit zu ziehen: Bei durchweg gutem Wetter erlebten die Reisenden elf Tage voll von bleibenden Eindrücken. Der besondere Reiz des Programms lag wohl darin, daß es sowohl persönlichen Erinnerungen als auch dem Wunsch, eine ganze Landschaft mit ihren Problemen und Sehenswürdigkeiten kennenzulernen, Rechnung trug. Den Reiseteilnehmern begegnete Ostpreußen, das für viele von ihnen Heimat ist, als ein russisch beziehungsweise polnisch geprägtes Land mit Spuren deutscher Vergangenheit. Den Menschen, die heute hier leben, und den Deutschen dürfte ein Wunsch gemeinsam sein, künftig in Frieden und guter Nachbarschaft zu leben. *B. / M.*



Einweihung der „Alten Laterne": Mit Angerapps Bürgermeister Sergej Kusnezow (zweiter von links) und Heinz Hohmeister (vierter von links), der die Leuchte aus Dresden mitgebracht hatte Foto: privat

MELDUNGEN

St. Johannis in Memel freigelegt

Memel – Archäologen haben in Memel auf dem Areal der ehemaligen Konditorei am Ende der Marktstraße die Fundamente der alten Johanniskirche und einer Krypta freigelegt. Eine kleine Sensation, denn der Sakralbau war in Memel schon fast vergessen.

Bei den Arbeiten stieß Grabungsleiter Ginautas Zabiela vom Institut für Baltische Geschichte und Archäologie an der Memeler Universität auf inzwischen 59 Grabstätten. Weitere Funde sind nicht ausgeschlossen, da noch nicht das ganze Areal erschlossen ist. Holzfragmente, metallene Griffe und sterbliche Überreste sollen nun akribisch untersucht werden. Der langfristige Verbleib der Funde ist noch nicht geklärt.

Investoren wollen auf dem Grundstück der St. Johanniskirche ein Hotel errichten. Dies wird sich nun noch etwas hinziehen. Die Archäologen um Ginautas Zabiela rechnen mit einer Grabungszeit von zwei bis drei Jahren. Außerdem sollen nach derzeitigen Planungen die freigelegten Fundamente von St. Johannis erhalten bleiben. Die Hotelbauer stellt dies vor neue Herausforderungen.

Die Stadtkirche St. Johannis erhielt ihre Weihe als Pfarrkirche bereits im Jahr 1258. Nach dem Schwedeneinfall 1696 verlegte die Stadt die Kirche von der Memelburg in die Marktstraße. Der alte Bau lag zu nahe an den Befestigungsanlagen an der Dange. Zwischen 1856 und 1858 baute der damalige Hafenbauinspektor Bleek die Kirche als dreischiffig gewölbte Hallenkirche aus. Einen 75 Meter hoher Turm fügte die Gemeinde dem Bau im Jahr 1864 bei. Ein Vermächtnis eines Gemeindemitglieds hatte dies ermöglicht. Friedrich Wilhelm IV. stiftete der Gemeinde St. Johannis ein Altargemälde von Bouterwieck, „Christus auf dem Ölberge". Im Zweiten Weltkrieg erhielt die Kirche schwere Bombentreffer. Die Sowjets rissen später die Reste ab. Die Stadt nutzte das Gelände zwischenzeitlich als Müllhalde. Das belegen gefundene Ofenkacheln, Wappen Memeler Bürgerfamilien, Bruchstücke von Dachziegeln und Tierknochen. Anschließend errichteten die neuen Herren der Stadt dort ein Industriegelände. Hiervon zeugen noch heute Backstein-Lagerhäuser, die beim Abriß der Konditorei verschont wurden.

Pikant: Nach litauischem Recht könnte der Grund wegen der Fundamente nun der evangelischen Kirche zugeschlagen werden. *BK*

Finanzierung gesichert

Ortelsburg – Die Finanzierung der geplanten Modernisierung des Krankenhauses in Ortelsburg scheint gesichert. Das Ortelsburger Landratsamt nahm ein Darlehen in Höhe von 1,8 Million Zloty (zirka 466000 Euro) bei dem Woiwodschafts-Fonds für Umweltschutz auf. Nach Auskunft des Ortelsburger Landrats sind die Bedingungen des Kredits sehr günstig. Das Landratsamt müsse das Geld im Laufe von zehn Jahren zurückzahlen. Die Zinsen betrügen jährlich 1,7 Prozent. Das Ortelsburger Landratsamt erhielt für die Modernisierung des Krankenhauses des weiteren eine nicht rückzahlbare Zuwendung in Höhe von fast eine Million Zloty (rund 258000 Euro) vom Staatlichen Fonds für Umweltschutz. Von der geplanten Modernisierung sind die Heizanlage, das Dach und die gynäkologische Abteilung betroffen.

62. Hilfsmitteltransport brach Rekord

Botho von La Chevallerie von der Preußischen Genossenschaft des Johanniterordens wieder auf Tour

Es war ein Hilfsmitteltransport der „ruhigen Hand“, das heißt, er verlief so komplikationslos wie schon seit Jahren nicht mehr. Keine Pleiten, Pech und Pannen, wenn man von einer defekten Blinkerbirne absieht und dem Verlust der oberen vorderen Fahrzeugsbegrenzungsleuchte. Daß der Transport zweimal kurzfristig verschoben werden mußte, lag auch daran, daß der Lkw zuvor zum TÜV sollte und deshalb der eine oder andere Mangel durch die Werkstatt zu beheben war. Andererseits gab es insofern Zeitdruck, als der nächste Hilfstransport, bei dem der Wagen eingesetzt werden sollte, schon feststand.

Da alles in den Lastkraftwagen paßte, konnte diesmal auf die Mitnahme eines Anhängers verzichtet werden.

Schon zwei Tage vor dem Start war der Lkw komplett beladen, denn seit der Rückkehr vom vorausgegangenen Mai-Transport (s. Nummer 23) beherbergte er bereits drei Paletten gefriergetrockneter Suppen. Bei sorgfältiger Stapelung konnten die angesammelten Hilfsgüter untergebracht werden, und ein Anhänger erübrigte sich. Schlußendlich bestand die Ladung aus diversen Artikeln mit einem Gewicht von drei Tonnen, darunter 26 Fahrräder, die schon erwähnten Suppen, Spielzeug, Bekleidung, Haushaltsartikel, Personalcomputer, Blindenschreibmaschinen, Prothesen und Hörgeräte. Medikamente und Rollstühle waren leider nicht dabei, da diesmal keine zur Verfügung standen.

Lediglich die Ladepapiere waren noch zu erstellen. Offiziell braucht man keine Ladelisten, Geschenkurkunden und Desinfektionsbescheinigungen für Bekleidung mehr für die Einreise in das südliche Ostpreußen. Dr. Botho von La Chevallerie von der Preußischen Genossenschaft des Johanniterordens nimmt dennoch nach wie vor diese Papiere mit, denn man weiß ja nie, wer einen wann und warum überraschend kontrolliert.

Die Akquirierung eines Beifahrers gestaltete sich erheblich einfacher als bei der vorausgegangenen Mai-Fahrt. Einer der Vettern von La Chevalleries, Wilfried Steppuhn, der schon mehrfach mitgefahren war, hatte gerade Zeit und sollte ihn am Hermsdorfer Kreuz erwarten.

Dementsprechend fuhr von La Chevallerie in aller Ruhe bei strahlender Sonne an einem Sonnabend in Deutschlands Südwesten fast wie geplant um 19.15 Uhr los. Wegen eines Fußballspiels war die Autobahn weitgehend leer, selbst auf der A 3 war kaum Verkehr. Da von La Chevallerie die Strecke über Nürnberg nicht so sehr mag, fuhr er über Schweinfurt, Bamberg und Kulmbach. Bis zum Hermsdorfer Kreuz benötigte er fünf Stunden. So nahm er gegen 0.15 Uhr seinen Vetter auf. Nach einer Tankpause ging es 0.30 Uhr weiter, jetzt mit Steppuhn am Steuer.

Bis zur Staatsgrenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen bei Küstrin sind es noch einmal vier Stunden. In neun Stunden wurden 720 Kilometer zurückgelegt, was eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 80 Stundenkilometern ergibt.

Der Grenzer will die Pässe sehen, und ... Wilfried Steppuhn hat seinen gar nicht mitgenommen, aber wenigstens den Führerschein hat er dabei. Das wäre vor der Wende eine mittlere Katastrophe gewesen, aber es darf ja auch einmal etwas besser werden. Innerhalb von 15 Minuten hatte er einen Ersatzausweis, und die beiden konnten passieren. Der Sprit reichte gerade noch bis zu einer halbwegs preiswerten Tankstelle in einem Ort unaussprechlichen Namens.

Wenig Verkehr, Straßen gut befahrbar, Wetter warm und teils sonnig, zwischendurch auch Regen, zum Teil heftig, was dem Land aber gut tut. Über Landsberg, Deutsch Krone, Marienburg, Elbing und Allenstein erreichen die beiden Vettern um 16.30 Uhr Suwalki, treffen aber Pfarrer Penczek nicht an, vermuten ihn in seiner Kirche, finden einen passenden Parkplatz und landen ausgerechnet in der falschen Abteilung, nämlich im Gottesdienst der katholischen Kirche. Zum Glück können sie sich unauffällig wieder entfernen und treffen nunmehr Penczeks zu Hause an.

Ohne den obligatorischen Kaffee läuft in Masuren nichts, erst danach schaffen sie die vorgesehene Ladung in Penczeks Garage. Allerdings hat er noch genügend Suppenvorräte, so daß hier keine abgeladen werden müssen. Das Krankenhaus wünscht sich noch einen weiteren Überwachungsmonitor, aber das dürfte mehr als schwierig zu bewerkstelligen sein.

Danach wird es gemütlich mit „Plachandern“ und gutem Wodka. Im kommenden Jahr wird das Chorsingen aller evangelischen Kirchenchöre Masurens, das immer an Fronleichnam stattfindet, zum ersten mal in Suwalki sein, und die beiden Vettern sind dazu herzlich eingeladen. Des weiteren wird im Herbst in Suwalki das Stadtgründungsfest gefeiert, und auch dazu sind die beiden eingeladen. Ob und wie das alles unter einen Hut zu bringen sein soll, bleibt abzuwarten. So ganz ausgedehnt wurde der Abend aber nicht, 22.30 Uhr war das Ende der Fahnenstange erreicht.

Am nächsten Morgen erfolgte bei wechselnder Bewölkung und schöner Wärme um 10 Uhr der Aufbruch nach Neidenburg. Die beiden fahren wieder die schon im Mai ausprobierte Strecke über Johannisburg, Peitschendorf und Ortelsburg nach Neidenburg, die sich als schnell und gut ausgebaut erwiesen hatte.

In Neidenburg wiederholt sich, was in Suwalki geschah, und hier werden auch Suppen reichlich benötigt. Da die beiden Verwandten genügend Zeit haben, bleiben sie den weiteren Tag dort, tanken relativ preiswert und beschaffen – natürlich – auch Wodka für daheim. Pfarrer Zagora wirft den Grill an und es wird gegrillt, was das Zeug hält. Jedenfalls sind die Beteiligten hinterher wie die geprellten Frösche und nur mit ein paar guten Cognacs weiterhin verwendbar. Gemütlich war's.

Man kommt in der Republik Polen an der Politik – früher oder später – nicht vorbei. Hier herrscht der Eindruck, daß sich alte kommunistische Einflüsse wieder vermehrt breit machen. Das Parteibuch ist für die politische Karriere wieder von Vorteil, und auch die Bürokratie feiert fröhliche Urständ, Subventionsbetrug ist an der Tagesordnung.

Am Dienstagvormittag geht es weiter nach Soldau. Für das Krankenhaus haben die beiden leider nur eine Sitzwaage und ein Fahrradergometer. Sie schwatzen längere Zeit mit der Apothekerin Tamara und warten längere Zeit auf den Krankenhausdirektor, der sie unbedingt sprechen wollte, aber in einer Unterredung beim Landrat ist. Auch hier überlegen die Ärzte, ob sie streiken sollen, sie wollen ebenfalls 30 Prozent mehr Gehalt. Das bundesdeutsche Beispiel scheint Schule zu machen.

Anschließend fahren die beiden noch nach Lautenburg, um das renovierte Gästehaus, das ehemalige Pfarrhaus, zu besichtigen. 30 Betten gibt es jetzt dort, zehn Zimmer mit eigenem Duschbad, die anderen mit Etagendusche, alles propper in Stand gesetzt und durchaus westlichem Standard entsprechend. Die Küsterin weckte die Lebensgeister der beiden mit kühlem Getränk wieder auf, denn es war mehr als warm.

Wieder in Soldau kam auch hier der Grill zur Anwendung, unterstützt durch guten Rioja-Rotwein. Sehr spät ließen es die beiden in Anbetracht der Rückfahrt am nächsten Tag aber nicht werden.

Am Mittwoch begeben sich die beiden um 9.30 Uhr auf den Heimweg bei weiterhin knallwarmen Temperaturen. Unterwegs treffen sie zunehmend auf preiswertere Tankstellen. In Deutsch Krone stoßen sie auf ihren Hinweg. Bald darauf verläßt sie die strahlende Sonne, und es zeichnet sich ab, daß sie Regen aufs Haupt bekommen, was in Strelznow dann auch tatsächlich der Fall ist. In Landsberg tauschen sie den Regen gegen eine kilometerlange Schlange vor einer beampelten Straßenbahnkreuzung ein. Daß in Landsberg Berlin schon ausgeschildert ist, ist ihnen nur ein schwacher Trost. Danach läuft es aber wieder glatt und schnell, denn die Straße wird wieder besser, aber es regnet auch wieder.



Neben Fahrrädern (Bild links) gehörten auch diverse andere Produkte des täglichen Bedarfs zu den mitgenommenen Hilfsgütern. Fotos (2): von La Chevallerie

Man kann eben nicht alles auf einmal haben.

Die beiden erreichen die Staatsgrenze bei Küstrin um 17.30 Uhr, eine hübsche Grenzschutzbeamtin wirft einen Blick in den Lkw und fünf Minuten später passieren sie die Oder. Dort bessert sich auch wieder das Wetter. Auf der Gegenfahrbahn staut sich der Verkehr in erheblichem Maße. Um 21.30 Uhr erreichen die beiden das Hermsdorfer Kreuz, wo sie sich nolens volens wieder trennen. Um 2.15 Uhr ist von La Chevallerie schon zu Hause in Ehningen. Damit wurde der bisherige Rückreise-Rekord von 17 Stunden um 15 Minuten unterboten. Also, es geht doch noch.

B. v. L. C.

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

in unserem ersten Fall habe ich mich persönlich um eine Klärung der Fragen bemüht, da sie direkt an mich gestellt wurden, kann sie aber nicht vollständig lösen. Herr Dr. **Ulrich Kunkel** betreibt Familienforschung, seine Vorfahren kommen ausnahmslos aus Ostpreußen. Er hat bisher vergeblich versucht, bei einigen Namen herauszufinden, wo ihr Ursprung liegt, ob es sich um deutsche, prussische, litauische oder masowische Wurzeln handelt. Ich hatte sein Schreiben in das kürzlich im Ostheim in Bad Pyrmont veranstaltete Geschichtsseminar „Die Prussen“ mitgenommen, um mit einigen Referenten die Sache zu klären, leider war die Zeit viel zu kurz, waren die Fragen zu vielseitig, so daß es keine befriedigende Lösung gab. Jetzt bitte ich meine große Ostpreußische Familie um Mithilfe, denn es könnte ja durchaus sein, daß jemand auch diese Namen in seiner Ahnenliste hat oder sich intensiv mit Familienforschung beschäftigt. Es handelt sich um neun Familiennamen hauptsächlich aus dem Kreis Angerburg, deren Ursprung Herr Dr. Kunkel geklärt haben möchte. Aus seiner väterlichen Linie sind es die Namen **Jagusch** (Kreis Mohrungen) und **Kowaleck**, auch **Kowalleck** (Kreis Treuburg.) In die Familie seiner Mutter, die seit Generationen in Wensowken / Wensen lebte, kamen durch Einheirat folgende Namen aus dem Kreis Angerburg hinein: **Kopetsch**, auch **Koppetsch** oder **Kopitsch** aus Wensowken, **Tarrach** aus Lissen bei Benkheim, **Mambrey**, auch **Mambrei** oder **Mambre** aus Ziemianen, **Bigang**, wahrscheinlich aus Paulswalde, **Kozian**, vermutlich aus Jorkowen, wie auch **Grigutsch**, auch **Grygutsch**, **Grygucz**, diese Familie stammt aber auch aus Kampen, Kreis Lötzen. Und schließlich noch der Name **Lepack** – es gab einen Ort Lepacke





Ruth Geede Foto: privat

im Kreis Lyck, der später Ramecksfelde hieß. „Alle Versuche, die Herkunft dieser Vorfahren zu klären, sind bisher trotz aller Mühen gescheitert“, schreibt Herr Dr. Kunkel. Vielleicht gelingt es jetzt. (Dr. Ulrich Kunkel, Westerallee 28 in 24937 Flensburg, Telefon 04 61 / 5 24 95.)

Auf meinem letzten Seminar bat mich ein jüngerer Teilnehmer, nach seinem vermißten Verwandten zu suchen, das heißt, Zeitzeugen zu finden, die über dessen Schicksal etwas aussagen könnten. Es handelt sich um den Stabsgefreiten **Horst Gerhard Lutowski**, * 22. April 1914 in Freimarkt, Kreis Heilsberg, zuletzt wohnhaft als Student der Technischen Hochschule der Freien Stadt Danzig in Danzig-Langfuhr, Schlageterstraße 5. Seine Eltern, der Technische Reichsbahnoberinspektor **Hugo Lutowski**, * 1884 in Rößel und seine Frau **Euphemia** geborene **Jatzkowski**, * 1888 in Wuttrienen, wohnten zuletzt in der Kopernikusstraße 28 in Allenstein. Ihr Sohn war Angehöriger der 2. Batterie, Artl.Regt.160 (mot) der 60. Inf.Div. (mot), die im Winter 1942/43 nördlich von Stalingrad lag. Die letzte Nachricht vom ihm trug das Datum vom 3. Januar 1943. Seitdem gilt Horst Gerhard Lutowski als vermißt. (**Ekkehard F. Schlicht**, Assessor jur., Kätchenort 15 in 32108 Bad Salzuflen, Telefon 0 52 22 / 6 11 78, E-Mail: schlichts@gmx.net.)

Zeitzeugen sucht auch Herr **Tobias Metzner**, aber diese werden leichter zu finden sein. Es handelt sich um Zeitzeugen, welche die Gefechte um Nemmersdorf beziehungsweise Schulzenwalde, Kreis Gumbinnen im Oktober 1944 oder die Kämpfe um Metgethen und Gr. Heydekrug, Samland, im Februar 1945 und die in diesen Orten begangenen Greueltaten miterlebt haben. Herr Metzner benötigt ihre Aussagen für eine historische Studie. (Tobias Metzner, Deutscher Ring 5 / 1406 in 50679 Köln.)

Ach ja, eine kleine Überraschung haben wir auch noch im Angebot! Sie kommt von unserer Leserin **Sabine Hoth** aus Egelsbach, und ich will sie wörtlich wiedergeben: „Wissen Sie, ob noch jemand von der Familie **Feyerabend** aus Dorbnicken lebt? Der Direktor der Bernsteinwerke in Palmnicken, verheiratet mit Frau **Edith** geborene **Krieger** – mit der wir ganz entfernt verwandt sind – hatte drei Töchter, die noch am Leben sein könnten. Ich habe nämlich noch ein schönes Foto von ihrer Urgroßmutter **Pauline** Krieger geborene **Gerlach**. Vielleicht bereitet es eine kleine Freude?“ (Sabine Hoth, Feldstraße 1 in 63329 Egelsbach, Telefon 0 61 03 / 4 57 10.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



ZUM 104. GEBURTSTAG

Chilla, Gustav, aus Treuburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Milchpfadstraße 7, 45659 Recklinghausen, am 31. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Lyhs, Gertrud, geb. Pruß, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Rosenheimer Straße 49, Haus Wittelsbach, 83043 Aibling, am 5. November

Surau, Grete, geb. Groll, aus Landskron, Kreis Bartenstein, jetzt Ludwigstraße 1, 01156 Dresden, am 1. November

Torkler, Emma, geb. Borutta, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Andrestraße 17, 09112 Chemnitz, am 2. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Janneck, Herbert, aus Auerbach, Kreis Wehlau, jetzt Paul-Gerhardt-Straße 8, 61118 Bad Vilbel, am 5. November

Lask-Tarrach, Frieda, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Feldstraße 15, 23996 Bad Kleinen, am 4. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Angrabeit, Toni, geb. Krieger, aus Tapiau, Königsberger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Pestalozzistraße 45, 35394 Gießen, am 1. November

Napierski, Marta, geb. Majewski, aus Groß Muckenhausen, Kreis Neidenburg, jetzt Parkstraße 5 / 110, 25821 Bredstedt, am 5. November

Pogorzelski, Gertrud, geb. Zimmermann, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 10, jetzt Am Hang 20, OT Deuchelried, 88239 Wangen im Allgäu, am 4. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Groß-Pittag, Frieda, geb. Ratzlaf, aus Hasenberg, Pomauden, Kreis Wehlau, jetzt Michael-Rechl-Straße 8, 84518 Garching, am 4. November

Kessler, Elisa, geb. Hermann, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Heinrich-Hauschild-Straße 12, 25336 Elmshorn, am 3. November

Oppermann, Hans-Erich, aus Lyck, Yorkstraße 16, jetzt Am Lindele 72, 73230 Kirchheim / Teck, am 2. November

Soldanski, Karl, aus Malgaofen, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 58, 16278 Schmargendorf, am 30. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Chlench, Carl, aus Schnippen, Kreis Lyck, jetzt Ahornstraße 75, 32105 Bad Salzuflen, am 1. November

Fuss, Heinz, aus Ortelsburg, jetzt Braunschweiger Straße 22, 32756 Detmold, am 31. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Grundmann, Grete, aus Neidenburg, jetzt Am Hülsenbusch 34, 44803 Bochum, am 1. November

Harzer, Maria, geb. Bendisch, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Bahnhofstraße 4, 06231 Bad Dürrenberg, am 31. Oktober

Wengelnik, Grethe, geb. Kurlinski, aus Roggen, Kreis Neidenburg, jetzt Pfingstanger 15, 37431 Bad Lauterberg, am 2. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Kröll-Troyke, Margarete, geb. Beyer, aus Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Weinbergstraße 8, 63526 Erlensee, am 4. November

Nowak, Eva, geb. Beyer, aus Wehlau, Petersdorfer Straße, jetzt Brunhildenstraße 22 a, 85579 Neubiberg, am 4. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Behrendt, Ruth, aus Hensken, Kreis Schloßberg und Labiau, jetzt Mühlenweg 5, 53604 Bad Honnef, am 30. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Anschütz, Hildegard, geb. Schanko, aus Giesen, Kreis Treuburg, jetzt Rennsteigstraße 1, 98724 Ernstthal, am 5. November

Arius, Käte, geb. Heinrichs, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, jetzt Augustastraße 72 / 73, 76437 Rastatt, am 31. Oktober

Augustin, Eva, geb. Böhnke, aus Neidenburg, Burgstraße, jetzt Johannisstraße 45, 49074 Osnabrück, am 30. Oktober

Blank, Martha, geb. Pfeil, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Dorfstraße 3, 17194 Panschenhagen, am 3. November

Borowski, Karl, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Bruckner Straße 13, 41836 Hückelshoven, am 3. November

Dinter, Christel, geb. Joneleit, aus Lyck, Bismarckstraße 40, jetzt Sprosserweg 2, 31303 Burgdorf, am 4. November

Grusdt, Hans G., aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Berliner Straße 11, 50374 Erftstadt, am 3. November

Horstmann, Gustav, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Gotenstraße 7, 65795 Hattersheim, am 31. Oktober

Julitz, Hedwig, geb. Urban, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Lülingskreuz 13 D, 34497 Korbach, am 1. November

Kuhnke, Gerhard, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Tangstedter Landstraße 45, 22417 Hamburg, am 4. November

Lemke, Kurt, aus Wickiau, Kreis Samland, jetzt Franzius-Allee 30, 24148 Kiel, am 2. November

Lürs, Christa-Maria, geb. Alexander, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Schlaunstraße 14, 48143 Münster, am 4. November

Martzian, Erika, geb. Nieber, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Mathildenstraße 16, 53797 Lohmar, am 5. November

Sindermann, Gertrud, geb. Rimek, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Mellingerstraße 15, 31141 Hildesheim, am 5. November

Stelljes, Erna, geb. Freter, aus Wickiau, Kreis Samland, jetzt Vor Weyersdeelen 2, 27726 Worpswede, am 2. November

Suhrke, Erika, geb. Klug, aus Wehlau, Hammerweg, jetzt Am Marienberg 65, 15344 Strausberg, am 4. November

Toppat, Edith, geb. Scheffler, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Am Schmokenberg 36, 39539 Havelberg, am 4. November

Weber, Annemarie, geb. Tater, aus Wehlau, Freiheit, jetzt Krawinkelstraße 44, 51674 Wiehl, am 1. November

Wittek, Siegfried, aus Ortelsburg, jetzt Osterbronnstraße 40, 70565 Stuttgart, am 30. Oktober

Woydak, Albert, aus Markau, Kreis Treuburg, Mozartweg 7, 32825 Blomberg, am 1. November

Zirkel, Wilhelm, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt Waldstraße 26, 28816 Stuhr, am 30. Oktober

Zysk, Irmgard, geb. Chilla, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt An der Feuerwache 18 A, 45699 Herten, am 31. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albrecht, Gerda, geb. Juckschat, aus Lyck, jetzt Husumer Straße 46, 24941 Flensburg, am 5. November

Bauermeister, Gertrud, geb. Brandt, aus Heinrichsdorf, Kreis Mohrungen, jetzt Petersburger Straße 54, 29223 Celle, am 31. Oktober

Berger, Liese-Lotte, geb. Sobottka, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, jetzt Goethestraße 31, 01744 Dippoldiswalde, am 31. Oktober

Behres, Waltraut, geb. Komaschewski, aus Treuburg, Otto-Reinke-Straße 18, jetzt Am Flachsacker 2 C, 64456 Hanau, am 30. Oktober

Bondzio, Ernst, aus Kröstenwerder-Reuschendorf, Kreis Lyck, jetzt Ruhrhöhenweg 14, 45527 Hattingen, am 31. Oktober

Dietzek, Emil, aus Schwarzenofen, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 3, 07751 Oßmaritz, am 2. November

Doormann, Werner, aus Ortelsburg, jetzt Dierath 4, 42799 Leichlingen, am 5. November

Färber, Heinz, aus Weißensee, Groß Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt Hannoversche Straße 3, 32756 Detmold, am 31. Oktober

Fitschen, Erna, geb. Nowosadtko, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Elstorfer Ring 12 H, 21149 Hamburg, am 30. Oktober

Haupt, Gerhard, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, jetzt Leddiner Weg 9, 16866 Kyritz, am 1. November

Haurenherm, Edeltraud, geb. Schittkowski, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Sedanstraße 32, 45897 Gelsenkirchen, am 4. November

Hoch, Horst, aus Lyck, jetzt Adam-Stergerwald-Straße 6, 45739 Oer-Erkenschwick, am 4. November

Johansson, Ruth, geb. Omilian, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, jetzt Kyrkvärdsgränd 4 B, S-51832 Sandared, Schweden, am 1. November

Kalinski, Karl, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Meisenstraße 13, 45988 Gladbeck, am 2. November

Milkereit, Gerhard, aus Kieslau, Kreis Elchniederung, jetzt Henri-Dunant-Allee 8, 24119 Kronshagen, am 1. November

Oster, Waltraut, geb. Zimmermann, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Charlottenstraße 10, 74321 Bietigheim-Bissingen, am 1. November

Ragutt, Hilde, geb. Wagenzik, aus Lyck, jetzt Stobbestraße 11, 45147 Essen, am 31. Oktober

Ruchotzki, Herrmann, aus Bolbitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Schamberge 35, 44879 Bochum, am 1. November

Schulte, Edith, geb. Pudelski, aus Ruttkau, Kreis Ortelsburg, jetzt Strotheide 61, 33330 Gütersloh, am 2. November

Siemund, Ursula, geb. Schläfereit, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Vor dem Dorfe, 38448 Wolfsburg, am 31. Oktober

Sonntag, Charlotte, geb. Naussed, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, jetzt Feldgasse 29, 98544 Zella-Mehlis, am 5. November

Starbatty, Helene, geb. Danielzik, aus Reinkental, Kreis Treuburg, jetzt Treuburger Straße 1, 29227 Celle, am 30. Oktober

Tutlies, Achim, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Wientapperweg 9 d, 22589 Hamburg, am 31. Oktober

Wons, Ruth, geb. Weiler, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, jetzt Mörfelder Landstraße 210, 60598 Frankfurt / Main, am 30. Oktober

Wunderlich, Maria, geb. Heimbuchner, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt Berghamer Straße 2, 84180 Loiching, am 31. Oktober

Zillmer, Marie, geb. Preuß, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, jetzt Hölderlin-Straße 27, 71287 Weissach, am 27. Oktober

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Hein, Werner, und Frau Hannelore, geb. Meller, aus Diewens, Kreis Samland, jetzt Friedrich-Engels-Straße 8, 15537 Grünheide, am 30. Oktober

Schauen und staunen

Museumsmarkt im Ostpreußischen Landesmuseum erwartet Besucher

Der Museumsmarkt im Ostpreußischen Landesmuseum hat in Lüneburg inzwischen eine 18jährige Tradition. Auch dieses Jahr wird dem Besucher wieder Kunsthandwerk der besonderen Art geboten. An insgesamt 28 Verkaufsständen werden unter dem Motto „Landschaften und Traditionen“ im Sonderausstellungsraum und im Zwischengeschoß der Dauerausstellung Kunst und Können zur Schau gestellt.

Mit Lasdehner Keramik und Handweberei aus Lyck, Königsberger Marzipan nach geheimer Rezeptur und baltischem Bernstein sind speziell ostpreußische Traditionen vertreten.

Zu den vielfältigen, ausgefallenen Angeboten gehören zudem Figuren aus Zinn, mundgeblasenes Glas aus dem thüringischen Lauscha, Schmuck aus fossilem sibirischen Mammut-Elfenbein, Kunstvolles aus finnischem Holzspan, Volkskunst aus dem Erzgebirge, Holzmalerei aus der Kaschubei und Produkte einer thüringischen Schäferei.

Das Museums-Antiquariat bietet wieder interessante und selten gewordene Lektüre an. Zusätzlich kann – mit ein wenig Tombola-Glück – bei einem Volltreffer ein tolles Schnäppchen gemacht werden.

Ein Besuch auf dem „Markt der Sinne“ lohnt sich immer, denn das begehrte kulinarische Angebot steht auch in diesem Jahr der Vielfältigkeit des Kunsthandwerks in nichts nach. Hausgemachte Kartoffelpuffer und frische Waffeln sorgen für Gaumenfreuden. Pfefferkuchen und schlesischer Mohnstriezel verströmen verlockende Düfte. Besondere Leckerbissen bieten die Lüneburger Landfrauen und Mitarbeiter des Museums mit herzhafter Suppe und selbstgebackenen Torten und Kuchen an. *EB*

Museumsmarkt am 4. und 5. November, von 10 bis 17 Uhr. Eröffnung schon am Freitag, 3. November, 19.30 Uhr im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg

Teilnehmer am Museumsmarkt

Albinus, Sigrid – Handarbeiten aus Wolle
Beier, Inge u. Günther – Schlesisches Kunsthandwerk
Brühs, Ingeborg – Klöppelarbeiten
Bruns, Gisela – Mammut-Elfenbein-Schmuck
Burchert, Irene – Ostpreußische Webarbeiten
Cohrs, Ruth – Finnischer Holzspanschmuck
Essler, Ansgar – Holzschmuck
Fabrycki, Czeslaw – Bernsteinschmuck
Gottspenn, Rosemarie – Kartoffelpuffer und Waffelbäckerei
Götzmann, Heinz – Handgezogene Kerzen
Harder, Gisela – Thorner Kathrinchen
Hennig, Georg – Königsberger Marzipan
„Hilfe für Euch“ – Handarbeiten aus Ostpreußen
Koepke, Wolfgang – Thüringer Schäferei
Lenssen, Madlene – Patchwork
Magnuszewscy, Maciej – Holzmalerei aus der Kaschubei
Martin, Johannes – Volkskunst aus dem Erzgebirge
Müller-Litz, Thomas – Mundgeblasenes Glas
Ostpreußisches Landesmuseum – Ostpreußisches Antiquariat
Romahn, Regina – Handarbeiten aus Königsberg
Scheunemann, Heide – Pommersche Stickerei
Schilling, Ulrike – Traditionelle Zinnfiguren
Schmidt, Robert – Holzbildhauerei aus der Rhön
Schröder, Thea – Blumengestecke
Schütte, Dietlinde – Fredelsloher Blaudruck
Weber, Kerstin – Lasdehner Keramik



Der Museumsmarkt lädt zu einer Entdeckungsreise ein Foto: OL

Ostpreußen-Renntag

Mühlheim a. d. R. – Ein „Ostpreußen-Renntag“ veranstaltet am Sonntag, 29. Oktober, der Verein für Pferderennen und Pferdeausstellungen in Preußen von 1835 in Mühlheim an der Ruhr. Interessenten können sich beim Hauptvorsteher, Hans-Heinrich v. Loeper, unter Telefon (0 22 74) 22 37 anmelden. Der „Verein für Pferderennen und Pferdeausstellungen in Preußen“ plant außerdem, in absehbarer Zeit eine Broschüre über Pferderennen in Ostpreußen herauszugeben. Leser, die über altes Material verfügen wenden sich bitte an Dieter Baguß, Telefon (0 44 02) 8 61 60.

Prussia

Duisburg – Im Rahmen der Jahreshauptversammlung der Prussia am Sonnabend, 28. Oktober, 11 Uhr, im Museum „Stadt Königsberg“, Karmelplatz 5, Duisburg, hält Erhardt Bödecker einen Vortrag über „Die humane Bilanz Preußens“. Zwischen 10 und 10.50 Uhr sowie in der Mittagspause kann das Museum, mit der Ausstellung „750 Jahre Königsberg – Geschichte einer Metropole“, besucht werden. G. Brilla zeigt um 16 Uhr „Neues aus Königsberg und aus dem Samland“ in seinem Diavortrag. Anschließend wird eine entsprechende Prussia-Fahrt für 2007 zur Diskussion gestellt.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vors.: Jochen Zauner Geschäftsstelle: Parkallee 86, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: knapstein@lm-ostpreussen.de

BdV-Nachwuchsorganisationen – Das Bundestreffen der BdV-Nachwuchsorganisationen findet vom 10. bis 12. November im Ostheim, Bad Pyrmont statt. Hier sollen über Perspektiven der Zusammenarbeit diskutiert und konkrete Schritte in diese Richtung geplant werden. Das vollständige Programm ist unter www.ostpreussen-info.de und in der BJO-Geschäftsstelle erhältlich.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

Buchen – Sonnabend, 11. November, 14 Uhr, „Hüttenzauber und Klunkersuppe“ – Erinnerungen an die Zeit vor 60 Jahren in der Forsthütte Walldürn. Bitte Teller und Löffel mitbringen. Der Bus fährt in Hettingen, 13.20 Uhr, in Buchen / Hainstadt, 13.35 Uhr ab.

Reutlingen – Sonnabend, 4. November, 14 Uhr, Herbstfest der Gruppe im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Stiftung. Das Programm verspricht schöne Stunden. Begonnen wird nach der Begrüßung durch die 1. Vorsitzende Ilse Hunger mit Kaffee und Kuchen. Lm. Scheffler wird seinen Film „Eine Reise durch Süd- und Nordostpreußen“ vorführen. Anschließend wird Frau Zeiz mit heimatlichem Dialekt weiter zur Unterhaltung beitragen.

Stuttgart – Donnerstag, 9. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Wartburg, Lange Straße 49. Die Landeskulturreferentin Ursula Gehm hält den Vortrag „Aktuell Erlebtes und Erinnerungen aus unserer Heimat Ostpreußen“.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 8. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Sölch, Hauffstraße. Dietrich Schüll referiert zum Thema „Vom Korn zum Brot“.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 4. November, 14.30 Uhr, Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Amberg – Dienstag, 7. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Altstadt-Hotel. Vortrag vom RV-Vorsitzenden Rainer Claaßen: „Von Bayern bis Ostpreußen – ein nicht alltäglicher Ausflug hinter die Kulissen des Bahnbetriebes“.

Augsburg – Sonnabend, 28. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in den „Zirbelstuben“. Dr. Kotzian, Direktor vom „Haus des Ostens“ in München, referiert über die Zeit „als in Bayern die Grenzen für Vertriebenentransporte geschlossen wurden“. – Mittwoch, 8. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in den „Zirbelstuben“.

Bamberg – Mittwoch, 15. November, 16 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade.

Gunzenhausen – Freitag, 10. bis Sonntag, 12. November, gemeinsame Fahrt in das „Kaiserbad Bad Pyrmont“ mit Besuch der Kureinrichtungen und Stadtführung „Auf den Spuren von Königin Luise“. Unterbringung erfolgt im „Ostheim“. Nähere Informationen und Anmeldungen bei dem Vorsitzenden, Telefon (09 81) 8 46 77.

Landshut – Dienstag, 7. November, 12.30 Uhr, Treffen der Gruppe auf dem Hauptfriedhof, Eingang Marschallstraße zum Gedenken an die verstorbenen Landsleute.

München Nord / Süd – Freitag, 10. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5.

Starnberg – Mittwoch, 8. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Undosa-Seestube. Kulturnachmittag mit Frau A. v. Menges.



BERLIN

Vors.: Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren. Geschäftsführung: Telefon (0 30) 2 16 43 38, Großgörschenstraße 38, 10827 Berlin

HEIMATKREISGRUPPEN

Frauengruppe der LO – Mittwoch, 8. November, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10953 Berlin. Totengedenken und ein Referat über Ostpreußen. Anfragen: Marianne Becker, Telefon 7 71 23 54.

BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremen – Mittwoch, 9. November, 20 Uhr, Treffen der Gruppe zu einer Lesung über Hannah Arendt in der Buchhandlung Geist, Am Wall 161. Die Geschäftsstelle ist zu erreichen in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (04 21) 3 46 97 18. – Donnerstag, 26. Oktober, 10 Uhr, Lesung und Diskussion mit Helga Hirsch: „Schweres Gepäck – Flucht und Vertreibung als Lebensthema“ in der Buchhandlung Geist, Am Wall 161. Diese Lesung findet im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Stolperstein Vertreibung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung Bremen statt. Eintritt 5 Euro.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Tel./Fax. (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Gruppenleitertreffen – Freitag, 27. Oktober, 15 Uhr, Gruppenleitertreffen im Haus der Heimat, Teilfeld 1. Alle Gruppenleiter der Landesgruppe Hamburg sind dazu herzlich eingeladen.

HEIMATKREISGRUPPEN

Insterburg – Mittwoch, 8. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123–125, Hamburg.

Sensburg – Sonnabend, 4. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Günter Kröger hält einen Diavortrag über das Riesengebirge, Breslau, Krakau, Warschau und Posen.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 7. November, 15 Uhr, Treffen im Restaurant „Für'n Appel und 'n Ei“, Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Hamburg / Bergedorf – Freitag, 27. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Sozialen Zentrum, Ludwig-Rosenberg-Ring 47. Thema: „Heitere und besinnliche Vertellchens aus Ostpreußen“, einfühlsam gelesen und erzählt von Friedel Ehlert.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 30. Oktober, 12 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld. Schmand-Schinken-Essen mit buntem Rahmenprogramm. Anmeldungen für das Essen sind unbedingt erforderlich bei Gertrud Knies, Telefon (0 40) 5 00 09



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Frankfurt / Main – Montag, 13. November, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Wahl des Vorstandes im Haus der Heimat, Porthstraße 10. In den vergangenen Jahren hat die Gruppe heimatpolitische Belange, sowie die Pflege, Bewahrung, Weiterentwicklung und Vorbereitung des ost- und westpreußischen Kulturgutes im Programm gehabt. Die Arbeit wurde im Sinne der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ geleistet. Auch in Zukunft steht noch viel Arbeit an, der historischen Wahrheit den Weg zu bereiten und jedes positive Zueinander mit den östlichen Nachbarn zu unterstützen. Geselligkeit und Harmonie in den eigenen Reihen werden Wegbegleiter sein. Die westpreußische Landesvorsitzende, Waltraud v. Schaewen-Scheffler, und die ostpreußische Landesvorsitzende, Margot Noll, werden anwesend sein.

Hanau – Eine Gruppe fuhr für eine Woche nach Karpun in Österreich. Schon der erste Tag mit der Großglockner-Panorama-Hochalpenfahrt zur Kaiser-Franz-Josefs-Höhe war ein Erlebnis. Anschließend wurde der bekannte Wallfahrtsort Heiligenblut besucht. Am nächsten Tag lernten die Teilenehmer Karpun kennen und besuchten unter anderem das sehenswerte kleine Heimatmuseum. Am kommenden Tag ging es über Bischofshofen, bekannt durch seine Sprungschanze, in den Pongau, über Wagrein, St. Johann ins Kleinatltal zum Jägersee. Abends sah die Reisegruppe dann einen Diavortrag über den Nationalpark Hohe Tauern. Am nächsten Morgen fuhr man ins Tennengebirge, über die Mandelwandstraße ging es zum Arthurhaus am Hochkönig, anschließend wurde Zell am See angesteuert. Den Abschluß bildete der Besuch von Hofgastein und Bad Gastein. Über Mittersiel, Kitzbühl und Kufstein ging es am letzten Tag wieder nach Hause.

Kassel – Dienstag, 7. November, 14 Uhr, Grützwurstessen (nur nach Voranmeldung) im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Gegen 15.30 Uhr schildert Ruth Barthel „so schön kann der November sein“. – Zur monatlichen Zusammenkunft begrüßte der 2. Vorsitzende Hermann Opiolla alle Teilnehmer, gratulierte den Geburtstagskindern und trug ein Oktober-Gedicht von Erich Kästner vor. Waltraud v. Schaewen-Scheffler unterrichtete über besondere Veranstaltungen: die BdV-Ausstellung „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts“ in Berlin, die Feierstunde mit dem Hessischen Ministerpräsidenten zum „Tag der Heimat“, den Westpreußen-Tag 2006 in Herford und die bevorstehende Landeskulturtagung der Landesgruppe in Wiesbaden. Einige Mitglieder der Gruppe hatten wieder unter der Führung von Kurt Springwald eine zehn Kilometer weite Wanderung durch die schöne Kasseler Umgebung unternommen. Karla Weyland stellte mittels Dias „Westpreußen auf Briefmarken“ vor. Es war eine anschauliche Führung durch die Geschichte Westpreußens mit Bildern von westpreußischen Städten, Landschaften, Bauwerken, bedeutenden Persönlichkeiten und sogar Pflanzen und Tieren. Erstaunlich, was alles auf Briefmarken festgehalten wurde. Nicht nur Marken der deutschen Post, der Freien Stadt Danzig und der polnischen Post (letztere natürlich besonders aus jüngster Zeit), sondern auch Briefmarken aus Übersee befassen sich mit der Provinz Westpreußen und ihren Berühmtheiten. Die Vortragende ergänzte die Bilder immer wieder mit Lebensbeschreibungen, geschichtlichen Erläuterungen und Gedichten. Ein sehr lehrreicher Nachmittag, der interessiert und dankbar aufgenommen wurde.

Wetzlar – Zur letzten Versammlung waren 45 Teilnehmer erschienen. Gegen den Trend hat die Gruppe sogar wieder einen Mitgliederzuwachs verzeichnen können. Der Vorsitzende Kuno Kutz konnte sechs Neuzugänge begrüßen. Nach der Begrüßung der Anwesenden, und hier speziell den Referenten des Abends: Dr. Hans-Werner Rautenberg (ehemaliger Mitarbeiter am Herder-Institut Marburg). Außerdem begrüßte er die Vorsitzende der Gruppe Gießen, Erika Schmidt, mit Ehemann Heinz. Nach Abwicklung der Regularien durch den Vorsitzenden begann Dr. Rautenberg mit seinem Vortrag „750 Jahre Königsberg – Geschichte und Kultur einer europäischen Metropole“. Er schlug einen großen Bogen von der Gründung um 1242 bis zum Untergang 1944. Königsberg blühte im Laufe der Jahrhunderte zu einer Handels- und Kulturmetropole im deutschen Osten auf und gewann immer mehr an Bedeutung. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vereinnahmte Stalin Königsberg schon allein wegen des eisfreien Hafens und benannte Königsberg um in „Kaliningrad“. Die deutsche Vergangenheit Königsbergs war in „Kaliningrad“ kein Thema mehr. Die Region war Kriegsbeute und sonst nichts. Bezeichnend für die Intoleranz Rußlands: Anläßlich der 750-Jahr-Feier Königsbergs in Deutschland wurde von russischer Seite die dortige Veranstaltung in 750 Jahre Kaliningrad umgemünzt. Viel Beifall belohnte Dr. Rautenberg für seinen hervorragenden Beitrag.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Telefon (0 51 36) 43 84

Osnabrück – Dienstag, 7. November, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152.

Rinteln – Donnerstag, 9. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42. Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken und Plachandern referiert Hans-Walter Butschke zum Thema: „Nicolaus Copernicus – Die Astronomie der Renaissancezeit“. Nähere Informationen erteilt der Vorsitzende Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (0 57 51) 30 71, oder der Schriftführer Joachim Rebuschat, Telefon (0 57 51) 53 86.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Montag, 6. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 9. November, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Düsseldorf – Dienstag, 7. November, 19 Uhr, Vortrag: „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ von Dr. Katharina Klotz, Konferenzraum (parterre), GHH. – Mittwoch, 8. November, 15 Uhr,

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Telefon (0 22 41) 31 13 95, Fax (0 22 41) 31 10 80, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Telefon (02 51) 4 92 60 51

Jahreshaupttreffen in Münster – Wie im vergangenen Jahr fand auch diesmal das Jahreshaupttreffen in der Johanniter-Akademie in Münster statt. Die Akademie ist einfach, wie für uns geschaffen, alles in einem Haus und gut zu erreichen, wir fühlen uns rundum wohl. Auftakt des Treffens war die Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft am Sonnabend um 15 Uhr mit dem Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters. Der Kreisvertreter berichtete von der diesjährigen Fahrt in die Heimat mit der festlichen Einweihung der Rochuskapelle und dem Begegnungstreffen mit den heutigen Braunsbergern. Weiter wies er auf die Fahrt in die Heimat im kommenden Jahr hin, deren Anlaß allerdings kein Kreistreffen sein wird und zu der also auch Nichtbraunsberger und Nichtostpreußen eingeladen sind. Sie wird voraussichtlich vom 28. Juni bis zum 7. Juli 2007 stattfinden, drei Nächte sind für Nikolaiken vorgesehen, zwei für Braunsberg, zwei für Danzig. Danach war dann geselliges Beisammensein, und am Abend war gemütliche Runde in der „Bar des Hauses“. Den Gottesdienst am Sonntag in der nahen Heilig-Geist-Kirche – wir waren Gast der Gemeinde und unsere Gäste waren auch die evangelischen Braunsberger – hielt Rektor Pfarrer Carsten Franke aus Freckenhorst.

Bei der Festlichen Stunde um 10.30 Uhr in einem Saal der Johanniter-Akademie – es waren etwa 100 Landsleute und Freunde gekommen – konnte unser Kreisvertreter als Gäste den Münsteraner Bürgermeister Schulze-Blasum, unseren Mittelsmann zur Stadt Münster, Klaus Niehus, und die Vorsitzende des BdV Münster, Roswitha Möller, begrüßen. In seinem Grußwort versuchte Bürgermeister Schulze-Blasum sich in unsere Situation hineinzuversetzen, mit dem Verlust der Heimat fertig zu werden. Aber so etwas kann eben nur derjenige nachvollziehen, der es selbst erlebt und überlebt hat. Schließlich ist die ostpreußische Heimat ja wohl mehr als eine Kulisse, und hinter jeder Zahl der leidenden Menschen steht ja ein Mensch mit seinen Sehnsüchten.

Im Totengedenken wurde besonders unseres Landsmanns Rainer Barzel gedacht. Roswitha Möller verknüpfte unser Gefühl für Heimat mit der Reise von Papst Benedikt in seine bayrische Heimat. Hier ist auf einmal gar nichts mehr altmodisch oder gar mit Blut und Boden belastet. Im Gegenteil, alle heutigen Bewohner freuen sich, daß er kommt. Mal ein Gedankenspiel: Was wäre, wenn sich die heutigen Bewohner auch so freuen würden, wenn wir kommen? Aber wir Deutschen haben ja selbst unsere Probleme, erwähnt sei nur die vertriebenenfeindliche Politik der Nachkriegsjahre. Dabei hat der Krieg doch nun wirklich nicht im Osten angefangen! Immerhin gebe es heute gute Ansätze auch von unseren Nachbarn, Möller wies auf die Denkmäler in Aussig und in Ungarn hin. Und auch die Stadt Münster hielte die Erinnerung wach, etwa durch Zusätze zu den Straßennamen von Städten im deutschen Osten. Leider konnte der stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Herr Dr. Thüne wegen Erkrankung den Festvortrag nicht wie vorgesehen halten, statt seiner las ihn unser früherer Kreisvertreter Gerhard Steffen vor. Thüne wies darauf hin, daß wir Heimatvertriebenen nun wirklich nicht Ruhe und Frieden stören wollten, doch es ist nun einmal so, daß die Aufarbeitung, und um die geht es uns doch, die Grundlage eines künftigen Friedens ist. Und schließlich hätte jede Nation irgendwie ihr „*mea culpa*“ zu bekennen. Ein wirklich positives Beispiel hierfür ist Ungarn mit einer Aufarbeitung auf der Rechtsordnung. Und zu den Rechten gehören nun einmal auch die Eigentumsrechte, wer die nicht anerkennt, der verletzt in gewisser Weise auch die Würde der Person. Unsere Heimattreffen sind eine Aufforderung zum Dialog, und wer ihnen fernbleibt, muß sich sagen lassen, daß er den Dialog verweigert. Auf alle Fälle: *Justitia fiat pax* – Gerechtigkeit schafft Frieden. Das Recht ist die einzige Waffe, die die Bestie Mensch zähmen kann.

Die „Festliche Stunde“ wurde umrahmt von Darbietungen des Blechbläser-Ensembles der Musikhochschule Münster. Das Treffen im kommenden Jahr findet wieder am vierten Wochenende im September als inzwischen festem Termin statt, und zwar wieder in der Johanniter-Akademie. Steuerbegünstigte Spenden werden unter anderem zur weiteren Kontaktpflege mit unseren Landsleuten in Mitteldeutschland und in der Heimat und zur Herausgabe unseres Heimatbriefs benötigt. Nähere Informationen erteilt dazu der Kreisvertreter.

Geschenkideen – Hingewiesen sei hier auf den Bildband „Braunsberg / Ostpreußen und sein Kreis“, der für 29,50 Euro plus Versandskosten beim Schriftführer M. Preuschoff, Bergstraße 29, 50171 Kerpen, Telefon (0 22 75) 89 59, zu erhalten ist.

Heimatliches Kulturgut – nicht achtlos vergammeln lassen oder gar wegwerfen! Setzen Sie sich bitte mit dem Kreisvertreter oder mit der Patenstelle in Verbindung! Jede wichtige persönliche Veränderung – insbesondere Wohnungswechsel – teilen Sie bitte ebenfalls mit. Schauen Sie wieder einmal in die Website der Kreisgemeinschaft: www.braunsberg-ostpreussen.de. Inzwischen können Sie hier auch die „Bibel der Braunsberger“, also das Buch „Braunsberg im Wandel der Jahrhunderte“ aus dem Jahr 1934 von Franz Buchholz, lesen.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

Dieter Ruddies 85 Jahre – Am 28. Oktober vollendet Dieter Ruddies im sauerländischen Bad Fredeburg sein 85. Lebensjahr. Ruddies kam 1945 als hochdekorierter Berufsoffizier und Bataillonskommandeur nach Westdeutschland. Ein Kriegskamerad holte ihn nach Fredeburg, und hier baute Ruddies eine selbstständige Existenz auf. Zunächst produzierte er Holzspielzeug, dann Handkaffeemühlen, später Tapeziertische für Heimwerker und schließlich Möbel für das Badezimmer. Dies war der Start zu einer unternehmerischen Laufbahn, die das Unternehmen zum europäischen Marktführer für Bademöbel machte. Seit 1995 ist „burgbad“ auch börsennotiert. Die Gruppe arbeitet mit vier Produktionsstätten in Deutschland und Frankreich und ist auf dem besten Wege, einen Auslandsanteil von 50 Prozent an ihren Umsätzen zu erreichen, die in diesem Jahr 70 Millionen Euro übersteigen sollen. Mit Ruddies Tochter Annelie Ruddies-Warwitz arbeitet jetzt die zweite Generation im Vorstand des Unternehmens. Ruddies hat sich stets um das Gemeinwohl bemüht. Er war lange Jahre hindurch Bürgermeister von Fredeburg und Vorsitzender der CDU-Fraktion der neuen Stadt Schmallenberg. Zusammen mit seiner Frau gründete er 1996 die „Ursula und Dieter Ruddies Stiftung“.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Georg Jenkner, Lenauweg 37, 32758 Detmold, Telefon (0 52 32) 8 88 26, Fax (0 52 32) 69 87 99, E-Mail: Georg.Jenkner@gmx.de

Technische Probleme – Das Vorstandsmitglied Kurt Woike (Heimatkreiskartei) gibt bekannt, daß er seit dem 7. September dieses Jahres aus technischen Gründen nicht über seine E-Mail-Adresse zu erreichen ist. Alle seit diesem Datum gesendeten Anfragen bitte noch mal per Post senden!



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Annelies Kelch, Luise-Hensel-Straße 50, 52066 Aachen. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Tel. (02 03) 2 83-21 51

Königin-Luise-Oberschule – Es ist schon Tradition geworden, daß sich die Schulgemeinschaft alle zwei Jahre im Stadthotel, Münster, trifft. Ende September war es wieder soweit, die Leiterin der Schulgemeinschaft, Brunhild Roschanski, begrüßte am Abend herzlich die Teilnehmer im Restaurant. Für die Zeit nach dem Abendessen hatte sie den 1939 in Ostpreußen gedrehten Film „Reise nach Tilsit“

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

Ostdeutsche Stickerei, Zwischengeschoß, GHH. – Mittwoch, 8. November, 19 Uhr, Eröffnungsveranstaltung des „Literaturforum neues Europa“, Eichendorffsaal, 1. Etage, GHH. – Donnerstag, 9. November, 19 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412 oder 312, GHH. – Sonnabend, 11. November, 19 Uhr, Gänseessen im Restaurant Pils, Schlesische Straße 92, Eller-Lierenfeld. Anmeldungen bis zum 9. November unter Telefon (02 11) 68 23 18.

Gevelsberg – Sonnabend, 11. November, 17 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Keglerheim, Hagenerstraße 78.

Haltern – Rund 150 Gäste konnte der Vorsitzende Kurt Peters zum Erntedankfest begrüßen. In ihrer Begrüßungsrede betonte die stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Kelder, daß der BdV zu den wenigen Vereinen zählt, der das Erntefest noch regelmäßig feiert. Sie unterstrich, das der Erntedank zum Nachdenken anrege. Der stellvertretende Landesvorsitzende der Pommern, Eckard Schwenk, stellte in seiner Festansprache die Geschichte seiner Heimatregion vor. Er appellierte, daß den Vertriebenen ein „Platz in der Geschichte der Völker“ zustehe. Das „Mahnmal gegen Vertreibungen“, das in Berlin entstehen soll, ist ein erster Schritt, die Geschichte lebendig zu halten. Der mitteldeutsche Tanzkreis aus Herten begeisterte mit alten Volkstänzen die Gäste. Danach wurden Kaffee und Kuchen serviert. Gisela Kullik las eine ihrer selbstgeschriebenen Geschichten vor: „Erntedank für die Heimat“. Stimmungsvoll wurde es dann bei der Proklamation des Erntepaares. Der Vorsitzende der örtlichen Pommern, Günter Wegener, stellte das diesjährige Erntepaar vor: Elke und Helmut Nagorny, beide seit den 50er Jahren im BdV. Sie nahmen auf den geschmückten Ehrenstühlen Platz. Der mitteldeutsche Tanzkreis tanzte um das Erntepaar. Mit Erntesprüchen wurden von den Kinder der „Deutschen aus Rußland“ der Ehefrau Blumen überreicht, und dem Ernteherr wurde ein Roggenband ums Handgelenk gebunden. Anschließend mußten sie sich mit kleinen Geschenken freikaufen. Nach der Dankesrede des Ernteherren begann der Tanz um die Erntekrone, der natürlich vom Erntepaar eröffnet wurde. Weitere Höhepunkte des Programms waren Erntesprüche und die musikalischen Darbietungen des Keyboard-Orchesters von Ilse Steiner, welches für eine gelungene Begleitung sorgte. Nach dem offiziellen Teil fand die Verlosung der Erntegaben statt, bei der es viele schöne Gewinne, aber auch viele Nieten gab. Anschließend konnte getanzt werden. Fazit von Kurt Peters: es war eine gelungene Feier.

Köln – Mittwoch, 1. November, 11 Uhr, Treffen der Gruppe zur Kranzniederlegung und Totengedenken am Hochkreuz auf dem Nordfriedhof. – Sonntag, 5. November, 11 Uhr, Gedenkveranstaltung an der Tafel der Gruppe, Technisches Rathaus 1, Willy-Brand-Platz 1, Deutz. – Dienstag, 7. November, 14 Uhr, Heimatnachmittag im Kolpinghaus Köln, Helenen- / St. Apernstraße 32. Frau Maschke und Lm. Weiß geben Berichte „aus der Heimat heute“ (Nidden und Gerdauen). Anschließend Gedanken zu Allerheiligen / Allerseelen.

Münster – Mit einem bunten, vielseitigen und durchdachten Programm feierte die Gruppe auch in diesem Jahr wieder ihr Erntedankfest. Erinnerungen an Ernten auf den Feldern der Heimat tauchten auf. Mit Jubelgesang wurde die Erntekrone hereingetragen. Doch nicht nur feierliche, sondern auch nachdenkliche Beiträge aus heutiger Zeit kamen in Gedichten und Geschichten zur Geltung, zum Beispiel ein neuerer Bericht über die Gedenktafel vor dem Haus der großen ostpreußischen Dichterin Agnes Miegel in Königsberg. Schon vergessen geglaubte Mundart aus der Gegend von Masuren spendete Fröhlichkeit, ebenso ein munterer „Tanz der Bettelleute“. Verschönt wurde der Nachmittag durch die Beiträge des Orchesters Reinhold Kollenberg und der Sudetendeutschen Volkstanzgruppe Roland Koloc, die bereits zum 20. Mal beim Erntedankfest aufgetreten ist. In den „Worten zum Erntedank“ betonte die Vorsitzende Gisela Standow die Bedeutung des Erntedanks in heutiger Zeit. Sie hob hervor, daß Mißernten und Hungersnöte durch wirtschaftliche Zusammenschlüsse in Europa weitgehend ihren Schrecken verloren hätten, daß es aber noch sehr viel Not und Leid durch Flucht und Bürgerkrieg in armen Ländern gäbe. Trotz mancher Mißstände durch Korruption und Skandale hätte man aber dennoch Grund zu großer Dankbarkeit, weil viele positive Aktivitäten und Zusammenschlüsse den Segen verdeutlichen, der durch menschliche Bemühungen hervorgerufen werde und der bedrohten Zukunft entgegen wirke. Sichtbarer Ausdruck dieser Dankbarkeit war die von dem Ehepaar Frick zusammengestellte reichhaltige Tombola, deren Preise Landsleute, Freunde und Gäste zufrieden nach Hause trugen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Mainz – Sonnabend, 11. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Blindenzentrum, Untere Zahlbacher Straße 68, 55131 Mainz. Johannes Freitag hält einen Diavortrag über das Ermland. Anschließend Grützwurstessen. Anmeldungen bei Frau Biniakowski, Telefon (0 61 31) 67 73 95, oder Frau Balewski, Telefon (0 61 31) 47 47 10.

Neustadt a. d. W. – Freitag, 10. November, 19 Uhr, Diavortrag: „Deutscher Osten, Menschen und Landschaft“ in der Volksschule, Hindenburgstraße 14. Horst Labrenz hält einen Diavortrag über das Thema „Königsberg in Ostpreußen“.



SAARLAND

Vors.: Martin Biesen, Wetschauser Str., 66564 Ottweiler / Fürth, Telefon: 0 17 36 18 35 37

Landesgruppe – Nachlese. Martin Biesen hat in seinem Text vergessen zu erwähnen, wo das Erntedankfest stattfand. Die Teilnehmer waren zu Gast bei Frau Bettinger auf dem Biehlerhof in Dörrenbach. Außerdem sei Familie Thomas und Ottfried Bettinger noch mal Dank gesagt.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Donnerstag, 9. November, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 6. November, 14.30 Uhr, Singproben in der Begegnungsstätte „H. Rühmann“.

Magdeburg – Dienstag, 7. November, 13.30 Uhr, Treffen der „Stickerchen“, Immermannstraße 19. – Dienstag, 7. November, 16.30 Uhr, Treffen des Vorstandes. – Freitag, 10. November, 16 Uhr, Singproben im „TuS Neustadt“. – Sonntag, 12. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „SV Post“.

Stendal – Auf Einladung des CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Jordan führte man eine Informationsfahrt zum Deutschen Reichstag durch. Die Mitarbeiter von Dr. Jordan organisierten für die Teilnehmer diese Gemeinschaftsfahrt. Viele Sehenswürdigkeiten konnten bei der Stadtrundfahrt bestaunt werden. In der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt („Möwe“) erfuhr man von Dr. Arwed Blomeyer Ausführliches über Gesetzesvorlagen, Arbeit der Kommissionen, welches Bundesland für welche Kommission verantwortlich ist. Danach besuchte die Gruppe den Reichstag. Unter anderem wurde die Sitzordnung der einzelnen Funktionsträger sowie der Fraktionen erläutert. Da Dr. Jordan verhindert war, erläuterte Herr Kühnel die Aufgaben, die ein Bundestagsabgeordneter zu leisten hat. Dr. Jordan ist Mitglied im Landwirtschaftsausschuß. Nach dem Mittagessen im Paul-Löbe-Haus ging es zur Ausstellung „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ im Berliner Kronprinzenpalais. Alle 50 Teilnehmer waren von der Fahrt, der Stadt Berlin und den Veranstaltungen angetan.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung

besorgt. Alle Teilnehmer waren sehr beeindruckt. Der nächste Tag begann mit den Begrüßungsworten der Leiterin für die rund 50 erschienenen Mitschülerinnen und deren Angehörige. Leider konnte die Direktorin der Nachfolgeschule, Eugenia Sidorova, wie auch die weiteren geladenen russischen Lehrerinnen wegen zu großer Schwierigkeiten bei der Visabeschaffung nicht am Treffen teilnehmen. Leonore Bellottin verlas die von der Direktorin übermittelten Grußworte. Anschließend wurde der seit der Bekanntgabe im letzten Rundbrief verstorbenen Mitschülerinnen gedacht. Nun hieß Bürgermeister Schulze-Blasum von der Stadt Münster die Schulgemeinschaft willkommen. Er gab einen Überblick über die schöne Stadt, insbesondere auf die kulturellen Veranstaltungen, Museen und Neueinrichtungen. Es folgte der Vortrag von Brunhild Roaschanski über das Gedenken an den Geburtstag von Königin Luise vor 230 Jahren und ihre Anstöße zur Entwicklung der Frauenrechte in Deutschland. Erst 1949 wurde hier die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau gesetzlich garantiert. Beide Beiträge erhielten viel Beifall. Zum Mittagessen gab es wieder Königsberger Klopse mit Roter Beete. Am Nachmittag, nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken, erfreute Ingeborg Roloff mit ihrem Klavierspiel. Schwungvoll bot sie das „Intermezzo" von Schumann, den „Türkischen Marsch von Mozart und „Impromptee pasrsionne" von Moussorgski dar. Da im letzten Jahr nur eine relativ kleine Gruppe zur 750-Jahrfeier nach Königsberg gefahren war und somit viele nicht an der Schulfeier in der alten Schule (jetzt russische Schule Nr. 41) teilnehmen konnten, war es für die ehemaligen Schüler hochinteressant, den bei der Feier seitens der russischen Schule gedrehten Videofilm nun ansehen zu können. So konnte die gute Atmosphäre der Veranstaltung vermittelt werden. Mehrere musikalische Beiträge des kleinen Schulorchesters, von russischen Jugendlichen und einer russischen Lehrerin, die mit sehr guter Stimme deutschsprachige Lieder sang, haben alle Teilnehmer des Schultreffens der Königin-Luise-Oberschule erfreut. Die dann gezeigten Dias, im heutigen Königsberg aufgenommen, waren ebenfalls informativ. Hildegard Laws bedankte sich im Namen aller bei Brunhild Roschanski, die dieses Treffen wieder ermöglicht hatte. Es gab Rosensträuße, auch für die treuen Helferinnen; und für Charlotte Dröszus, die vor 70 Jahren ihr Abitur an der Königin Luise-Schule abgelegt hatte, eine Schachtel Königsberger Marzipan. Beim anschließendem Abendessen wurde weiter in den Erinnerungen gekramt. Für den Sonntag war eine Busfahrt zum Westpreußischen Landesmuseum in Wolbeck organisiert. Der Leiter des Museums, Dr. Hyss, erläuterte die wechselvolle Geschichte Westpreußens. Er führte die Gruppe durch die Räume des kleinen, gut erhaltenen Renaissance-Schlosses, mit Erinnerungsstücken liebevoll ausgestattet. Nach der Rückfahrt hieß es Abschied nehmen, in der Hoffnung auf ein Wiedersehen in zwei Jahren. Wie jedesmal war das Zusammensein mit den Mitschülerinnen ein Erlebnis, an das man gern zurückdenkt.

Nachruf – Die Hamburger Gruppe der Stadtgemeinschaft Königsberg trauert um ihr langjähriges Mitglied Helmut Sticklies, geboren am 17. Juli 1925 in Quednau / Königsberg, verstorben am 26. September 2006 in Hamburg. Helmut Sticklies hat sich durch seinen Einsatz als Lkw-Fahrer bei unserern Hilfstransporten, die von der Hamburger Gruppe nach Königsberg durchgeführt wurden, besonders ausgezeichnet. Dabei bewies er großes Geschick und Tatkraft bei der Lösung von Problemen. Wir werden Helmut Sticklies in dankbarer Erinnerung behalten und trauern mit seiner Familie (**Königsberger Gruppe Hamburg**).



KÖNIGSBERG-LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 89 56 77, Fax (0 21 61) 8 77 24. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Tel. (05 71) 4 62 97, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Ortstreffen Fuchsberg – *(Klaus Wulff berichtet)* Die Teilnehmerzahlen bei unseren Ortstreffen nahmen ständig ab. Eine Feststellung, die Allgemeingültigkeit hat. So schien mir, ab diesem Jahr die Einbindung in ein Treffen unseres Kirchspiels Borchersdorf sinnvoller zu sein. Ich suche schon seit einiger Zeit einen Nachfolger. Leider ohne Erfolg. Mehr als 20 Jahre nahm ich Belange für unseren Ort wahr, neben der Tätigkeit im Kreisausschuß unserer Kreisgemeinschaft. So setzte ich mich kurzentschlossen mit Erhard Reglitzky in Verbindung, mit dem schnell eine Übereinkunft getroffen werden konnte. Dazu kam der Termin des Treffens – Ende Juli dieses Jahres in Hitzacker / Elbe – gerade recht. So wechselten alle meine Unterlagen nach Riekau Nr. 15, Dannenberg. Und es war schon bemerkenswert, wie schnell die Einladungen nach der vorgegebenen Liste erfolgten. Leider war die Resonanz unserer Landsleute auf die Umstellung noch bescheiden. Neben den Ehepaaren Hasselberg (Siegfried) und Wulff waren Christel Bohnsack geb. Allenstein und Erwin Hopp angereist. Wie wir später erfuhren, hatte das Ehepaar Kodlin wegen Krankheit abgesagt. Künftig wird es also nur noch Kirchspieltreffen geben. Die Zuständigkeit geht vollständig an den gebürtigen Borchersdorfer Erhard Reglitzky, Riekau Nr. 15, 29451 Dannenberg, Telefon (0 58 61) 86 79, über. Seine Ehefrau unterstützt ihn in seiner landsmannschaftlichen Arbeit kräftig, da er auch gewähltes Mitglied im Kreisausschuß der Kreisgemeinschaft ist. Mein Eindruck als Teilnehmer des Treffens war ausgesprochen positiv. Der Tagungsort Hitzacker ist in der touristisch sehr reizvollen Elbaue gelegen. Vor Jahren durchstreifte ich diese Gegend per Fahrrad für eine Woche mit meiner Frau. Dieses Gebiet ist schon einen Urlaub wert. Das Tagungshotel liegt idyllisch an einem kleinen See, von eine lockeren Baumbestand umgeben. Die Beschilderung zum Hotel ist gut. Das Treffen war gut organisiert und durchgeführt. Sicher wird an anderer Stelle darüber berichtet. Besonders zu erwähnen wäre da die familiäre Atmosphäre, die ihren besonderen Niederschlag bei einer gemeinsamen Kaffeetafel auf dem Anwesen der Familie Reglitzky fand. Hier war jedes Familienmitglied um das Wohl der Gäste bemüht – ostpreußische Gastfreundschaft. An dieser Stelle noch einmal vielen herzlichen Dank. Und das Resümee: Ich weiß „meine" Fuchsberger in guten Händen und werde auch am nächsten Kirchspieltreffen teilnehmen, wenn meine Gesundheit es zuläßt.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Edelfried Baginski, Tel. (02 09) 7 20 07, Schweidnitzer Straße 21, 45891 Gelsenkirchen. Geschäftsführer: Manfred Katzmarzik, Telefon (02 31) 37 37 77, Am Kirchenfeld 22, 44357 Dortmund

Treffen der Ortelsburger Oberschulen – Für die „Vereinigung der ehemaligen Lehrer und Schüler der Hindenburgschule Ortelsburg" gab es in diesem Jahr etwas Besonderes. Die Vereinigung konnte das 50jährige Bestehen ihrer Vereinigung feiern. Am 19. Mai 1956 hatten sich 41 ehemalige Lehrer und Schüler in Hannover zusammengesetzt und unter der kräftigen Mitwirkung des ehemaligen Direx Dr. Max Meyhöfer beschlossen, sich künftig der Pflege ostdeutscher Kultur, der Tradition und der Gerechtigkeit zu widmen. Das war eine anspruchsvolle Aufgabe, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß alle noch sehr jung waren und naturgemäß unter starker beruflicher Anspannung standen. Sie hatten mehr oder weniger ihre beruflichen Karrieren noch vor sich. Es ist wirklich erstaunlich, daß diese Vereinigung so lange und vor allem so gut diese große Zeitspanne überlebt hat.

Der Zusammenhalt der Schüler unterschiedlicher Jahrgänge – es handelt sich hier nicht um einen Klassenverband – war beachtlich. Eine große Rolle hat dabei mit Sicherheit die heimatlich Verbundenheit gespielt. Aber natürlich auch das, was die Schule ihnen mitgegeben hat, und die Aktivitäten der jeweiligen Vorstände. Diese waren häufig über lange Zeiträume tätig und verstanden es, die Gemeinschaft nicht nur am Leben zu halten, sondern auch damit zu füllen. Ende September trafen sich nun die Ehemaligen für ein paar Tage, wie schon seit 26 Jahren, in Bad Harzburg. Eingeladen waren natürlich auch die ehemaligen Ortulfschülerinnen, deren Gemeinschaft sich ja leider im vergangenen Jahr formell aufgelöst hatte, da kein Vorstand mehr gewählt werden konnte. Und es kamen auch noch viele, wenn auch nicht so viele wie im Vorjahr. Mit 24 „Mädchen" und 35 „Jungen" waren 59 Ehemalige angereist, von denen viele natürlich Angehörige mitgebracht hatten, so daß insgesamt rund 90 Personen sich im Kurhaus versammelten. Der Ablauf der Veranstaltung glich im wesentlichen dem, der sich in vielen Jahren bewährt hatte. Am Freitagabend begrüßten sich im Café des Kurhauses die früh Angereisten beim geselligen Beisammensein. Man spürte und hörte das Vergnügen, das sich einstellt, wenn alte Freunde sich nach einem Jahr wiedersehen. Der Frühschoppen am Sonnabendvormittag fand überwiegend auf der Terrasse des Kurhauses statt. Gute Gespräche bei einem Glas Wein oder Bier mit Blick auf den Kurpark oder den Burgberg. Am Nachmittag gegen 15 Uhr begann dann die Jahreshauptversammlung der Hindenburger, während die Ortulfschülerinnen sich zum Kaffeeplausch zusammenfanden. Der Vorsitzende Willi Berwein begrüßte die „Jubilare", insbesondere Hans Dyck (Jahrgang 1921), den ältesten Teilnehmer und mit Barbara Filipiak den Ehrengast aus Ortelsburg (Szczytno). Sie ist Deutschlehrerin unter anderem an der Schule im ehemaligen Gebäude der Hindenburgschule. Sie trägt wesentlich bei zur Vertiefung der Kontakte zwischen den ehemaligen und den neuen Schülern.

Zum Gedenken an die im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder erhoben sich die Anwesenden. Schatzmeister Erwin Syska berichtete über Entwicklung und Stand der Finanzen. Er wies darauf hin, daß im Augenblick der Spendeneingang nicht ganz die laufenden Ausgaben abdeckt. Er dankte für die zum Teil sehr großzügigen Spenden und rief dazu auf, in den Spendenaktivitäten nicht nachzulassen. Kassenprüfer Horst Czeranski bescheinigte das ordnungsgemäße Finanzgebaren und beantragte die Entlastung des Vorstandes, die auch einstimmig erteilt wurde. Barbara Filipiak richtete Grüße ihrer Schule und ganz besonders der Direktorin aus, die ursprünglich der Einladung folgen wollte, dann aber leider absagen mußte. Sie berichtete von einer geplanten Feier zum 50jährigen Bestehen der Schule, zu der auch Vertreter der ehemaligen Oberschülerinnen und Oberschüler geladen seien. Die offizielle Einladung werde sie später übergeben. Edelfried Baginski berichtete dann ausführlich aus der Arbeit der Kreisgemeinschaft. Das Hauptkreistreffen am vorangegangenen Wochenende sei mit mehr als 1000 Teilnehmern ein großer Erfolg gewesen. Die relativ guten Beziehungen zur Heimatstadt kommen in der Teilnahme der doch recht großen Delegation aus Ortelsburg (Szczytno) zum Ausdruck. Der Bürgermeister richtete Grüße an die in Herne versammelten Ortelsburger. Das gibt Hoffnung, daß künftig auch Probleme gelöst werden können, die in der gegenwärtigen Situation etwas sperrig sind. Weitere Punkte waren die Aktivitäten der „Kameradschaft Yorckscher Jäger und Fallschirmjäger" sowie die Sozialarbeit der Kreisgemeinschaft. Nicht ausgespart wurde ein Blick auf die augenblickliche politische Konstellation, die verschiedentlich Anlaß zu teilweise polemischen Äußerungen gab.

Der Vorstand gab einen Überblick über die übliche Routinearbeiten und berichtete über die Reise nach Ortelsburg im Juni dieses Jahres auf Einladung der Gemeinschaftsschule Nr. 2. Man wurde vorzüglich betreut, wohnte im Schulhotel und erlebte einen vorwiegenden von Schülern gestalteten Europa-Tag. Vorletzter Punkt der Tagesordnung war – auch schon fast Routine – die Frage nach dem Weiterbestehen der Vereinigung. Nach längerer Debatte wurde beschlossen: Wir machen weiter und bleiben in Bad Harzburg. Der Vorstand wurde beauftragt, die Möglichkeiten im Ort zu eruieren und ein neues Konzept, ein wenig reduziert, zu entwickeln. Zum Abschluß der Jahreshauptversammlung wurde allen ehemaligen Schülern zur Erinnerung an dieses Jubiläum eine Alberte überreicht. Nach dem traditionsgemäßen geselligen Abend im Café des Kurhauses endete das Treffen in Bad Harzburg am Sonntagmorgen mit der ebenfalls schon Tradition gewordenen Matinee. Musikalisch umrahmt wurde dieses durch Klaus Schneider (Flügel) und seinen Streicherfreunden Renate Bury-Uhlendorf und Jochen Uhlendorf. Die Musiker schlugen einen Bogen vom Barock über Klassik und Romantik zur Moderne. Frau Filipiak überbrachte die Grüße ihrer Schule und übergab eine Einladung zur Teilnahme an der Feier zum 50jährigen Bestehen der Schule in Ortelsburg (Szczytno). Auch Edelfried Baginski überbrachte Grüße und Wünsche der Kreisgemeinschaft für alle ehemaligen Schüler der Ortelsburger Oberschulen.

Der Vorsitzende Berwein sprach über „Der Blick zurück auf mehr als 50 Jahre", bei diesem Jubiläum ein naheliegendes Thema. Damit ergänzte er den Beitrag in der kleinen, als „Ortelsburger Zeitung" bezeichneten Jubiläumsschrift, die in das Veranstaltungsprogramm eingelegt war. Festredner war Dr. Andreas Kossert, der den Titel seines letzten Buches: „Ostpreußen – Geschichte und Mythos" als Thema gewählt hatte. Dr. Kossert ist ein guter Redner, und so lauschten alle aufmerksam seinen Ausführungen, was man bei diesem Thema ohnehin erwarten konnte. Er erinnerte an die seit Jahrhunderten multiethnische Besiedlung dieses Teiles von Mitteleuropa. Dementsprechend haben sich auch die kulturellen Eigenarten und das Brauchtum entwickelt. Erst die in den vergangenen Jahrhundert entstehenden Nationalismen in allen angrenzenden Ländern haben zu der Katastrophe geführt, mit deren Bewältigung wir noch lange zu tun haben werden. Daran muß man arbeiten, auf allen Seiten, und das ohne Scheuklappen und Tabus. Nachdem Liselotte Niklaus-Paschkowski den nunmehr endgültigen Abschiedsgruß der „Gemeinschaft der ehemaligen Schülerinnen der Ortulfschule" und den Dank für die guten Zusammenarbeit überbracht hatte, dankte der Vorsitzende allen Beteiligten und Anwesenden für das gute Gelingen dieses Treffens. Besonders dankte er Liebgard Grabosch für die vielen kleinen Immortellensträußchen, in diesem Jahr in Masuren gepflückt und nun auf den Tischen liegend. Jeder durfte sich eins nehmen. Lm. Berwein verabschiedete die Teilnehmer und lud alle – einschließlich der Ortulfschülerinnen – ein, zum nächsten Treffen am 28. / 29. September 2007 wieder nach Bad Harzburg zu kommen.

Eine starke Gemeinschaft

Landesmuseum zeigt Ausstellung über die Ostpreußenhilfe

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurden etwa zwei Drittel der Provinz Ostpreußen von russischen Truppen besetzt. Zweimal, im August und September 1914 sowie im Winter 1914 / 15, gingen hunderttausende Einwohner auf die Flucht. Im Februar 1915 gelang es endgültig, den Feind zu vertreiben. Schwere Zerstörungen waren die Folge der Besetzungen und Kriegshandlungen. 39 Städte und etwa 1900 Dörfer waren verwüstet.

Mitten im Krieg begann neben der staatlichen Wiederaufbauhilfe eine groß angelegte private Hilfsaktion. Die „Ostpreußenhilfe“ wurde Dachorganisation von schließlich 61 Patenschaftsvereinen. Diese unterstützten bis Mitte der 1920er Jahre den Wiederaufbau Ostpreußens. Die Patenschaftsvereine waren nach Städten, Regierungsbezirken, Provinzen oder deutschen Ländern organisiert für Orte und Kreise in Ostpreußen. Viele Hilfsvereine ließen bei der Königlichen Porzellan Manufaktur Berlin (KPM) Patenschaftsteller herstellen. Diese wurden verkauft, um Spendengelder einzunehmen. Diese Teller, heute ein selten gewordenes Sammlergut, sind als sichtbarer Ausdruck dieser bedeutendsten privaten Kriegswohlfahrtsorganisation von 1914 / 18 erhalten.

Die Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum erinnert an die Ostpreußenhilfe des Ersten Weltkriegs. Sie zeigt neben vielen Zeitdokumenten zum ersten Mal alle heute noch nachweisbaren Patenschaftsteller. Darüber hinaus erschien im Husum Verlag eine begleitende Publikation mit erläuternden Texten zur „Ostpreußenhilfe“ und Abbildungen der Patenschaftsteller (72 Seiten, zahlr., teils farbige Abb., 7,95 Euro).

Die Ausstellung ist täglich, bis 27. Januar 2007, außer montags von 10 bis 17 Uhr *im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg* zu besichtigen, Eintritt 3 / 2 Euro. *EB*

Wenn einer eine Reise tut ...

Kleine und große Reiseabenteuer – oder eigentlich ist nichts passiert

Von Willi Wegner

An jenem Abend, als ich von der Reise zurückkam, sagt Elsbeth: „So, und nun erzähl mal!“ und hängt an meinen Lippen, daß ich meine, es wäre besser, ich hätte die ganze Erzählerei schon hinter mir.

„Ich habe dir doch bereits am Telefon gesagt, Elsbeth“, sage ich, „wie's war. Die Herren Wolf und Schlomann waren selbst auf Reisen, die Firma Zobelhof hat mich dreimal weggeschickt und dann doch nicht empfangen und bei Hollerbrink bin ich mit meinem Anliegen auf Granit gestoßen.“

„Und sonst?“ fragt Elsbeth. „Was hast du sonst erlebt in den drei Tagen?“ „So gut wie nichts“, sage ich. „Wie war denn die Fahrt?“ fragt Elsbeth. „Es war sehr schwül, als du wegfuhrst.“ „Nun ja“, sage ich. „Da saß im Abteil, mir gegenüber, ein Brautpaar. Richtig so ein Paar auf der Hochzeitsreise. Sie noch ein Dutzend Nelken in der einen Hand, ließen schon die Köpfe hängen, und die andere Hand unter seinen Arm geklemmt, und beide die Augen zu, bis der Schaffner kam wegen der Fahrtausweise.“ „Siehst du“, sagt Elsbeth. „Du kannst doch erzählen. Wenn du nur willst.“

In diesem Augenblick hat sie meine Fingerknöchel entdeckt. „Wie ist denn das passiert?“ will sie wissen. „Aufgescheuert“, sage ich. „An einem dieser Schließfächer. Habe mich ja erst um ein Hotel gekümmert und bin dann per Taxi wieder zurück, um den Koffer zu holen. Also kurz und gut, der Koffer wollte nicht wieder raus, auch mit Gewalt nicht, bis ein Bahnbeamter von der anderen Seite des Schließfachs die Geschichte geregelt hat. Eine ältere Dame vom Nebenschließfach hat mir dann noch Verbandszeug geschenkt. So'n flaches Päckchen, weißt du. Und der Hotelbesitzer hat dann abends gemeint, ich solle ja aufpassen, nichts sei schlimmer als sich die Hände zu verletzen, vornehmlich die Finger, vor allem wenn man zufällig vielleicht Pianist wäre wie ein anderer seiner Gäste.“

„Hattest du denn ein schönes Hotel?“ fragt Elsbeth. „Mehr oder weniger“, sage ich. „Viele merkwürdige Leute. Zwei von ihnen haben sie gestern festgenommen.

Beim Ball der einsamen Herzen

Angeblich haben sie mit Rauschgift gehandelt.“ „Und sonst? Gab's sonst was? Warst du nicht mal aus – zum Beispiel abends?“ Elsbeth sieht mich an, mit einem seltsamen Blick, so etwas schräg von der Seite. „Doch“, sage ich, „vorgestern. Ball der einsamen Herzen.“ „Ach! Und du hast wirklich getanzt?“ „Nein, das nicht“, sage ich. „Du weißt doch, ich tanze schlecht und auch nicht gern. Ich habe zugeguckt. Nur so.“ „Bist du nicht angerufen worden? Von einer der Damen?“ „Ich wußte überhaupt nicht“, sage ich, „daß es ein Lokal war, in dem nur Damen auffordern – und dann noch telefonisch. Das hat mich ehrlich irritiert. Genau wie das Aquarium, weißt du. Ich hatte einen Platz, von dem aus ich immer auf ein großes Wandaquarium starren mußte, mit Zierfischen, so ein bengalisch erleuchtetes ...“ „Wieso“, sagt Elsbeth, „läßt du dich irritieren durch ein Aquarium?“ „Weil du eine Fische-Frau bist“, sage ich. „Da mußte ich dauernd an dich denken ... Und dann muß ich dir noch gestehen, daß meine andere Hose, die graue, so gut wie ruiniert ist.“ „Du bist doch nicht etwa in dieses Aquarium hineingestiegen?“ sagt Elsbeth. „Warst du betrunken?“ „Nein!“ sage ich. „Bestimmt nicht! Aber ich saß gestern morgen auf einer Bank am Flußufer, als einem der dort spielenden Kinder ein Ball ins Wasser fiel ...“ „Da bist du in den Fluß gesprungen!?“ sagt Elsbeth. „Nein“, sage ich, „aber ich wollte den Ball noch vom Ufer aus erwischen, ehe er abtrieb, und dabei bin ich abgerutscht. Mehrere nette Leute jedoch, Fußgänger, Rentner, zwei Kindermädchen, ein Postbote, haben mir geholfen. Sie haben mich hochgezogen, so daß eigentlich so gut wie nichts passiert ist. Bis auf die beim Abrutschen verschmutzte Hose ...“

„So gut wie nichts passiert?!“ lacht Elsbeth. „Auf der ganzen Reise nichts passiert – daß ich nicht lache! Und was“, fragt sie, „ist mit dem Ball geschehen?“ „Er ist weggeschwommen, flußabwärts“, erwidere ich. „Ich hab' den Kindern 20 Euro geschenkt. Für einen neuen Ball – aber weißt du, was sie getan haben?“ „Nein, erzähl's mir!“ lacht Elsbeth. „Ich höre dich so gern erzählen.“ „Diese Rasselbande“, sage ich, „hat sich für das ganze Geld Eis gekauft!“

Zukauf für die Zukunft

Mitgliederversammlung des Ostpreußischen Jagd- und Landesmuseums

Von Ilse Rudat

Zu ihrer diesjährigen Mitgliederversammlung hatte der Verein Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V. in das Landesmuseum nach Lüneburg eingeladen. Die Veranstaltung war gut besucht und beschlußfähig.

Die Regularien konnten zügig abgewickelt werden. Im Mittelpunkt der Versammlung stand der Ankauf der Grundstücke von der Holsten AG. Es handelt sich hierbei um drei denkmalgeschützte historische Gebäude an der Heiligengeiststrafle mit dem Brauereimuseum. In diesen drei denkmalgeschützten Gebäuden befindet sich die Kronen-Gaststätte und die historische Kronendiele. 2970 Quadratmeter beinhaltet das gesamte Grundstück, wie der Vorsitzende Hubertus Hilgendorff berichtete.

Die Arbeit hört nie auf

Mit diesem Grundstückserwerb hat das Ostpreußische Landesmuseum den Zugang zur Heiligengeiststraße und somit zur Fußgängerzone bekommen und dadurch auch auf den Besucherstrom. Die Vertreter der Ostpreußischen Kulturstiftung hoffen, daß nun endlich eine Einigung über den Ankauf der Landeszentralbank erzielt werden kann anstelle des schon fast 20 Jahre lang geplanten Erweiterungsbaues des Ostpreußischen Landesmuseums.

Erfreut aufgenommen wurde die Mitteilung des stellvertretenden Vorsitzenden Joachim Rudat, daß seine Kreisgemeinschaft Wehlau eine Spende von 10 000 Euro zur Verringerung des aufgenommenen Kredites für den Kauf der vorgenannten Grundstücke gegeben hat. Mit diesem Kauf haben die Ostpreußen ein Stück Eigentum erworben, das ihrer Zukunftssicherung dient.

Praxis Preußens

Sonderausgabe des Deutschland-Journals

Preußen und das preußisch-deutsche Reich" heißt der Titel einer Sonderausgabe des Deutschland-Journals der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG). Die Broschüre ist nicht die x-te Publikation eines historischen Abrisses über Preußen, sondern eine Sammlung von Beiträgen zur Praxis des preußischen Staates.

Der ehemalige Bankier sowie Begründer und Inhaber des Preußenmuseums Wustrau, Erhardt Bödecker, bilanziert in dieser Schrift den politischen Erfolg Preußens vom 18. bis zum 20. Jahrhundert. Dabei vergleicht er das aufgeklärte Preußen mit den Entwicklungen in anderen Staaten. In Sachen Religionsfreiheit und aufgeklärter Staat schritt Preußen anderen Staaten weit vorweg.

Ohne Preußen ist kein Staat zu machen

Weitere Aufsätze von Professor Gerd Heinrich, Iselin Gundermann, Professor Bernhard vom Brocke und Frank Riedel, alles ausgewiesene Kenner der Materie, befassen sich mit den gesellschaftlichen Auswirkungen der vielbesprochenen preußischen Tugenden insbesondere auf die Verwaltung des preußischen Staates. Vom König bis runter zum Landrat, dem „König der Provinz" wurde der Staat effizient, aber ohne größere Repressalien geführt. Hinzu traten die neuen Produktivkräfte „Bildung und Wissenschaft", die das Wirtschaftsleben beflügelten.

Alle Aufsätze entstammen einer Vortragsveranstaltung der SWG vom Februar 2006.

Das Thema der Broschüre, „Preußen, Praxis des effizienten Staates", paßt hervorragend in die Gegenwart einer gänzlich verschuldeten Bundesrepublik sowie ihrer leistungs- und insbesondere reformschwachen Politiker. Die Broschüre bestätigt erneut einen alten Leitgedanken: Ohne Preußen ist kein Staat zu machen!

Bernhard Knapstein

Die SWG-Broschüre „Preußen und das preußisch-deutsche Reich" ist zu bestellen über: Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V., A. Diekmann, Parkallee 84-86, 20144 Hamburg, gegen 3,85 Euro in Briefmarken.

»Richtig mit Liebhaben und so?«

Oft haben es die Kinder mit ihren Eltern nicht leicht

Von Gabriele Lins

Ihre Eltern stritten und hatten böse Gesichter. Anjas Magen zog sich schmerzlich zusammen. „Stellt euch vor", sagte sie gewollt fröhlich, „ich habe eine Eins im Aufsatz!"

Der Vater ging schweigend hinaus. Sie hörten, wie der Motor seines Autos aufheulte. Die Mutter hatte Tränen in den Augen. Da schlich das Mädchen auf sein Zimmer und warf sich aufs Bett. Die gute Note freute sie nun gar nicht mehr.

Am nächsten Morgen eröffnete Frau Singer, Anjas Lieblingslehrerin, ihrer Klasse, daß sie versetzt würde, an eine Schule, die in einem weit entfernten Stadtteil lag. Vor den Augen des Mädchens verschwammen die Gegenstände. Nur nicht weinen, dachte sie. Vater hatte schon oft gesagt, es wirke lächerlich, wenn man vor anderen heule. Aber bei Frau Singer durfte sie weinen. Wie durch einen Nebel ging sie nach Hause. Wenn ihre Lehrerin nicht mehr da war, würde sie sich heimatlos fühlen!

Schon vor der Haustür hörte sie laute Stimmen. Anja drehte sich um und rannte die Straße hinunter. Autofahrer hupten vorwurfsvoll – sie hörte es kaum. Erst am See hielt sie an, lehnte sich an den Stamm einer Weide und versuchte zu Atem zu kommen. Wie sollte sie weiter leben in dieser lieblosen Atmosphäre ihres Elternhauses? Und nun ging Frau Singer auch noch weg, die geliebte Lehrerin, die sie verstanden und gefördert hatte.

Ich bleibe hier sitzen bis in alle Ewigkeit, dachte Anja, bis ich gestorben bin. Nach Hause gehe ich nie mehr!

Es wurde immer später. Feucht krochen die Herbstnebel unter Anjas Sachen. Sie fröstelte. Aber sie blieb in ihrer starren Haltung sitzen. Wenn sie sich erkälten und sterben würde – egal. Wer brauchte sie denn? Niemand!

Vater und Mutter saßen an Anjas Bett. Ihre Gesichter sahen übernächtigt aus. Am Fußende stand Frau Singer. Anja bemerkte tiefe Falten in ihrem Gesicht. Sie faßte sich an die Stirn. Die war heiß. Sie überlegte, wo sie war.

„Wir haben dich vorsichtshalber gleich ins Krankenhaus gebracht", sagte die Mutter und streichelte Anjas Hand, „du hattest hohes Fieber." Der Vater ruckelte an seinem Schlips. Endlich hatte er den Knoten lose gefummelt und atmete aus. „Gut, daß mir dein Lieblingsplatz am See rechtzeitig einfiel. Wir haben großes Glück gehabt."

Frau Singer strich ihrer Schülerin sanft über das Gesicht. „Anja, was machst du für Sachen?" fragte sie vorwurfsvoll, aber das Mädchen spürte die Liebe und Sorge in ihren Worten.

Schließlich saß Anjas Mutter nur noch allein am Bett der Kranken. „Du", sagte sie eifrig und die Worte sprudelten nur so aus ihr heraus, „stell dir bloß mal vor, meine Zeichnungen habe ich bei einem Verlag unterbringen können, für ein Kinderbuch. Und noch eins: Deine Klasse ist geschlossen zu irgendeinem Schulrat gegangen, und der hat versprochen, dafür zu sorgen, daß Frau Singer nicht versetzt wird. Sie bleibt euch also erhalten." Anjas Gesicht wurde schlagartig hell. „Ehrlich?"

Die Mutter nickte. „Kind, sag mal, bist du wegen unserer Streitereien nicht nach Hause gekommen?"

„Laßt ihr euch scheiden?" antwortete Anja mit einer Gegenfrage. Die Mutter schüttelte den Kopf. „Wir sind sehr verschieden, dein Vater und ich, aber wir bleiben zusammen, keine Sorge!"

Das Mädchen setzte sich mühsam auf. „Ihr versucht es also noch einmal miteinander?" Sie wurde rot. „Richtig mit Liebhaben und so? Ich habe noch nie gesehen, daß ihr euch umarmt habt."

Die Frau sah betreten drein. „Du hast es schwer mit uns, nicht wahr." Anja legte sich entspannt zurück und sagte halb im Einschlafen: „Ihr dürft euch nicht mehr so viel zanken, Mama. Kinder sind dann immer so traurig ..."

Abenteurer unterwegs

Alltägliches und Kriegserlebnisse in Südwest Afrika

Wie kam es, daß wir weder in Zittau noch in Zürich, sondern in Gobabis geboren wurden und auf einer Farm in Friedland aufwuchsen!" Diese Frage stellt Richard Helm zu Beginn seines Buches „Zwischen Ankunft und Abschied – Einige Begebenheiten aus dem ehemaligen Südwest Afrika" um die Geschichte zu erzählen, was seinen deutschen Vater Paul Helm dazu brachte, sein Glück auf einem anderen Kontinent zu suchen und mitten in der Wildnis eine Familie zu gründen. Anhand der Briefe von Paul Helm an seine in Deutschland verbliebene Mutter und seine Geschwister erfährt der Leser zahlreiche Informationen eines Zeitzeugen. Wie war die Überfahrt, die Ankunft, wie sahen die Orte aus, wie war das Zusammenleben mit anderen Weißen und den Schwarzen, was gab es für Besonderheiten, wie verdiente man sich seinen Lebensunterhalt; Paul Helm schilderte sein Leben sehr anschaulich.

Aus dem kränklichen Mann wurde ein Abenteurer, der sich allerdings seine Abenteuer mit Hilfe von dem Geld seiner Familie finanzieren ließ. Farmkauf, Brunnenbau, entlaufenes Vieh, verstorbenes Vieh, schlechte Preise; Paul Helm braucht einige Jahre, bis er finanziell auf eigenen Beinen steht. Seine Schwester bittet er sogar, ihm eine Frau zu besorgen, was dann auch gelingt. Hiermit bricht der Briefwechsel ab, über das Zueinanderfinden der sich zuvor nie gesehenen Angetrauten wird nicht berichtet. Es folgen eine anekdotische Begebenheit mit Eingeborenen und dann berichtet der Autor über seine eigene Kinderzeit. Alltägliche Schilderungen über die Tierwelt, das Pfadfinderdasein und ähnliche Kindheitserlebnisse werden abrupt beendet durch Kriegserlebnisse, Ereignisse im südafrikanischen Konzentrationslager und Abschied von Südwest. *bel*



Richard Helm: „Zwischen Ankunft und Abschied – Einige Begebenheiten aus dem ehemaligen Südwest Afrika", *Kolb Verlag, Mannheim, broschiert, 364 Seiten, 22 Euro, Best.-Nr. 5710*

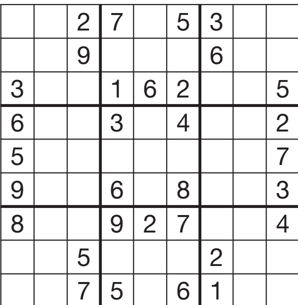
Hörfunk & Fernsehen

Sonntag, 29. Oktober, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Montag, 30. Oktober, 21 Uhr, ARD: Die großen Schlachten – Die Völkerschlacht bei Leipzig.
Dienstag, 31. Oktober, 20.15 Uhr, ZDF: Die großen Diktatoren.
Dienstag, 31. Oktober, 20.40 Uhr, Arte: Scheiterhaufen – Die große europäische Hexenjagd.
Dienstag, 31. Oktober, 22.15 Uhr, ZDF: 37 ° – Für die Eltern nur das Beste.
Mittwoch, 1. November, 20.15 Uhr, ARD: Nicht alle waren Mörder.
Mittwoch, 1. November, 20.40 Uhr, Arte: Verbotene Rettung – Die Flüchtlingsfahrt von U 3505 im März 1945. Rettung von 50 Jugendlichen vor der Roten Armee
Mittwoch, 1. November, 23.15 Uhr, WDR: Die vergessenen Kinder von Köln.
Freitag, 3. November, 20.15 Uhr, 3sat: Als die Deutschen weg waren – Tollmingkehmen in Ostpreußen (1/3).
Freitag, 3. November, 20.15 Uhr, WDR: Mein Vater der Feind – Russenkinder.

Kreuzworträtsel

sich ängstigen, sorgen; Dauerbezug (Kurzwort); Ränkeschmied; Fluss in den Finn. Meerbusen; chemisches Element; Gnom, Knirps; Bratgefäß; trübe, dunstig; frühere schwed. Popgruppe; da, zumal; nachhallender Ton, Klang; rhythm. betonter Jazz (Kzw.); ungebetener Gast; Teufel; lateinisch: im Jahre; Kampfgerät; Aufsicht, Hütung; Rücklage, Reserve; Rückseite des Unterschenkels; oberhalb von etwas; Rennschlitten; altägyptische Königin; Blechblasinstrument; Zahl, Ziffer; Ansturm auf etwas Begehrtes (englisch); Stoß mit dem Fuß; organisierter Zeitvertreib im Urlaub; früher: Amtsbezirk; musikalisches Bühnenwerk; Begeisterung, Schwung; Herrscherin, Monarchin; Region der Rep. Südafrika; Rennbahn; Irland in der Landessprache; taktlos, grob; eigensinnig, hartnäckig; nach oben; Vollversammlung; „Heidenapostel"; Verstoß gegen göttliche Gebote; schlangenhaft, schwer zu fassen; ital. Stadt an der Nera; wertloses Zeug; griechische Göttin; die Position ermitteln; Beamter des gehobenen Dienstes; Weg des Motorkolbens; Klagelied; Vergeltung für Unrecht; wirklich; sportlicher Wettkämpfer; Straffälliger, Delinquent; amerik.-englischer Dichter; Dasein, Existenz; Bestie; Bargewinne; friedlicher Zustand; Sachbereich; Pastenbehälter; Sandanhäufung, -hügel; Spion, Spitzel; Hauptstadt von Myanmar (Birma); Schwertlilie; ein Bewohner Belgiens; ein Balte; Richterspruch; elektronisches Schaltmodul; Wiederholung (Musik); Naschwerk, Weichkaramelle; Meeresbucht; Gruppe von Säugetieren; Kopfbedeckung; Bühnenbild; Bohle, Planke; griechischer Liebesgott; Unfug, Unsinn (ugs.); fest, widerstandsfähig; Widerhall; Höflichkeitsbezeigung; Arbeit in bestimmter Zeit; Himmelsrichtung; Mediziner; Roman von Zola; Vorname Laurels; franz. Kurort an der Riviera; Lebensbund; aus einer Gefahr befreien; Hühnerprodukt; auf diese Weise; Nadelloch; weibliches Bühnenfach; Form des Sauerstoffs; Zeichen für Amperestunde; Anwärter d. höher. Beamtenlaufbahn; Geliebte Tristans; Augenflüssigkeit

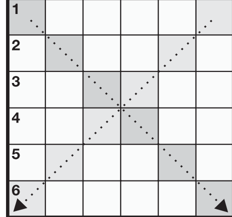
Sudoku



		2	7		5	3		
		9				6		
3			1	6	2			5
6			3		4			2
5								7
9			6		8			3
8			9	2	7			4
		5				2		
		7	5		6	1		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält.

Diagonalrätsel



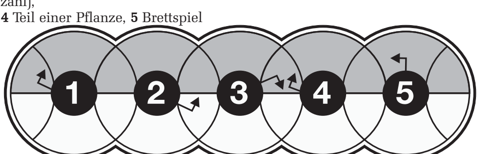
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Trinkgefäße.

1 Edelmetall,
2 Region, Zone,
3 Nordseeküstenbewohner,
4 Wäschestück (Mz.),
5 sonnig, wolkenlos und hell,
6 flegelhafter Mensch

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine große Zierpflanze.

1 Gedichtform mit vierzehn Versen, 2 Wettlauf, 3 Strauchfrucht (Mehrzahl),
4 Teil einer Pflanze, 5 Brettspiel



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Silber, 2. Sektor, 3. Friese, 4. Hemden, 5. heiter, 6. Ruepel – Seidel, Roemer

Kreiskette: 1. Sonett, 2. Rennen, 3. Beeren, 4. Bluete, 5. Muehle – Sonnenblume

Sudoku:

1	6	2	7	9	5	3	4	8
7	5	9	4	8	3	6	2	1
3	8	4	1	6	2	7	9	5
6	7	8	3	5	4	9	1	2
5	4	3	2	1	9	8	6	7
9	2	1	6	7	8	4	5	3
8	1	6	9	2	7	5	3	4
4	9	5	8	3	1	2	7	6
2	3	7	5	4	6	1	8	9

Die Briten gründen Niedersachsen

Vor 60 Jahren wurden die Länder Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe zuammengeschlossen

Von MANUEL RUOFF

Seit der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8./9. Mai 1945 war Nordwestdeutschland entsprechend den Teilungsplänen der alliierten Bezwinger Deutschlands britische Besatzungszone. Schnell schufen die Briten Fakten, die dann von den Deutschen nachvollzogen wurden. Die englische Zone mit ihrem Zentrum Bad Oeynhausen umfaßte drei „Corps Districts“ (Militärverwaltungsbezirke). Der Verwaltungsbezirk des XXX. Corps umfaßte die preußische Provinz Hannover sowie die Reichsländer Braunschweig und Oldenburg. An der Spitze stand Brigadegeneral John Lingham mit Sitz in Hannover. Wir haben also bereits hier einen Zusammenschluß von Hannover, Braunschweig und Oldenburg mit Hannover als Zentrum. Es fehlt noch Schaumburg-Lippe, das noch zum westfälischen Militärverwaltungsbezirk gehörte. Hier erfolgte die Wende mit dem Datum vom 15. Mai 1946, als das Reichsland – ohne dadurch seinen Landesstatus zu verlieren – entsprechend aus der Einwohnerschaft vorgetragenen Wünschen der Aufsicht des Oberpräsidenten von Hannover unterstellt wurde, soweit dieser die zentralen Reichsaufgaben wahrnahm. Damit waren die Grenzen des späteren Niedersachsen gezogen und seine Metropole bestimmt.

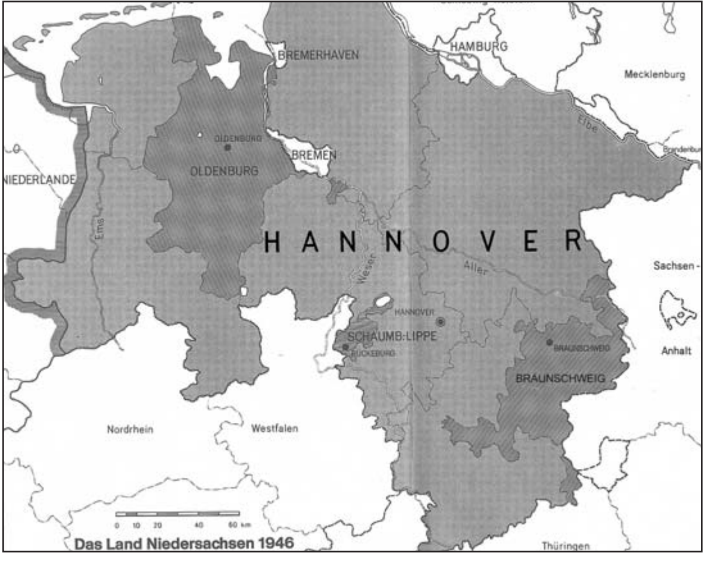
Am 17. September 1945, also über ein Jahr vor der Gründung Niedersachsens, teilte Lingham dem hannoverschen Oberpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf sowie den Ministerpräsidenten Oldenburgs und Braunschweigs, Theodor Tantzen und Hubert Schlebusch, mit, daß die preußische Provinz und die beiden Länder für „Zwecke der Militärregierung“ zur „Region Hannover“ zusammengefaßt würden. Das war Wasser auf die Mühlen Kopfs, dem schon vor der NS-Zeit ein Großhannover vorgeschwebt hatte, das er „Niedersachsen“ nannte.

So schlossen bereits zwölf Tage nach der Mitteilung des britischen Brigadegenerals die Provinz und die beiden Länder einen „Staatsvertrag“, der die Bildung einer gemeinsamen „Länderregierung für Reichsaufgaben in Niedersachsen“ vorsah. Am 11. Oktober gab Lingham Kopf jedoch zu verstehen, daß der Begriff „Vertrag“ unangebracht sei, da die Deutschen nicht in einer Lage seien, „in der sie von sich aus die Verhältnisse regeln können“.

Wenn die Engländer auch keinen Zweifel darüber aufkommen lassen wollten, wer hier Herr im Haus war, so waren sie sich doch mit Kopf im großhannoverschen / niedersächsischen Ziel einig. Mit ihrem „Befehl zur Erleichterung enger Zusammenarbeit zwischen der Militärregierung Hannover und der Provinz Hannover, dem Lande Braunschweig und dem Lande Oldenburg“ bildete die Militärregierung am 18. Oktober einen „Hannover Regional Council“ aus dem Oberpräsidenten und den beiden Ministerpräsidenten. Der Hannoveraner wurde dabei insofern als Erster unter Gleichen herausgehoben, als er den Vorsitz erhielt. Als im Dezember noch der Senatspräsident Bremens dazukam (das allerdings ebenso wie Hamburg selbständig blieb), wurde aus dem „Gebietsrat Hannover“ der „Gebietsrat Niedersachsen“, wurde der spätere Landesname also offiziell. Die Engländer beauftragten diesen Gebietsrat, Vorschläge für eine territoriale Neuordnung der britischen Besatzungszone zu machen.

Den gleichen Auftrag erteilten die Besatzer dem von ihnen am 15. Februar 1946 aus acht Delegierten der politischen Parteien, sechs Länder- beziehungsweise Provinzchefs, elf Vertretern der Zonenverwaltungsämter sowie je zwei Vertretern der Gewerkschaften und der Genossenschaften gegründeten „Zonal Advisory Council“ (Zonenbeirat), der hierzu extra einen Sonderausschuß zu bilden hatte. Die britische Vorgabe, daß es nicht mehr als fünf Länder geben dürfe, wirkte insofern präjudizierend, als sie angesichts der Größe der britischen Zone für eine Aufteilung der „Region Hannover“ in mehrere Länder kaum Raum bot.

Einen weiteren Schritt in Richtung Niedersachsen geht die britische Militärregierung am 23. August 1946. Um auf preußischem Boden das Land Nordrhein-Westfalen gründen zu können, erklärt sie mit der Verordnung Nummer 46 für ihre Zone „die Provinzen des Landes Preußen“ als aufgelöst. Die preußischen Provinzen in Westfalen und am Rhein, soweit sie auf dem Territorium der englischen Zone liegen, werden zu NRW zusammengefaßt, während Schleswig-Holstein und Hannover den Status von Ländern erhalten.



Das Land Niedersachsen 1946: Die Dominanz Hannovers (grau) ist unverkennbar. Foto: Archiv

Damit ist Hannover nach 80 Jahren Zugehörigkeit zu Preußen wieder selbständig sowie Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe endlich protokollarisch gleichgestellt, was sein Renommee und seine Handlungsfreiheit erhöht. Entsprechendes gilt für seinen Oberpräsidenten, der sich nun auch wie der Oldenburger, der Braunschweiger und der Schaumburg-Lipper Ministerpräsident nennen darf.

Am 20. September 1946 begann um 9 Uhr die entscheidende Sitzung des Zonenbeirates, sofern man Deutschen in dieser Zeit überhaupt eine entscheidende Bedeutung beimessen kann. Sechs Vorschläge des Sonderausschusses standen zur Wahl. Als einziger dachte der deutsche Patriot und Westpreuße Kurt Schumacher überregional. Angesichts der Größe und Bedeutung des gerade gegründeten Nordrhein-Westfalen schlug er aus Gründen der Ausgewogenheit vor, den Rest der britischen Zone zu einem einzigen Land zu vereinen. Die übrigen Vorschläge waren klassisch lokalpatriotisch geprägt. Aus NRW kam der Vorschlag, die Neugründung auf Kosten des Nachbarn „Region Hannover“ zu vergrößern. Den Hamburgern und Bremen war nur wichtig, daß ihre Stadtstaaten selbständig blieben. Oldenburg und Braunschweig wollten gleichfalls selbständig bleiben und sich auf Kosten ihres Nachbarn Hannover arrondieren, um ihren Anspruch auf Gleichwertigkeit zu untermauern. Und der Hannoveraner Kopf verfolgte seinen alten Niedersachsenplan. Neben dem hansestädtischen Vorschlag der Beibehaltung der Stadtstaaten erhielt auch Kopfs Niedersachsenplan eine Mehrheit.

Nachdem die Besatzungsmacht über das Abstimmungsergebnis ordnungsgemäß informiert worden waren, ließ sie dem Zonenbeirat am 23. Oktober 1946 durch den stellvertretenden Militärgouverneur Sir Brian Robertson ihre Entscheidung wissen: „Nach eingehenden Überlegungen sind wir zu dem Schluß gekommen, daß die von Ministerpräsident Kopf vorgebrachte Lösung die beste Basis zur Befriedigung aller und für die Verwaltung abzugeben scheint.“ Mit Wirkung vom 1. November 1946 gründeten die Briten mit der Verordnung Nummer 55 Niedersachsen.

Verordnung Nummer 55 der britischen Militärregierung (Bildung des Landes Niedersachsen)

Zwecks Umgestaltung der Länder innerhalb der britischen Besatzungszone wird hiermit folgendes verordnet:

Artikel I) Mit Inkrafttreten dieser Verordnung verlieren die in der Anlage zu dieser Verordnung bezeichneten Länder [Braunschweig, Hannover, Oldenburg, Schaumburg-Lippe] ihre Selbständigkeit als Länder und werden Teile eines neuen Landes, welches die Bezeichnung „Niedersachsen“ führt.

Artikel II) Die Hauptstadt Niedersachsens ist Hannover.

Artikel III) Vorbehaltlich der Vorschriften gesetzlicher Bestimmungen, die auf Grund dieser Verordnung erlassen werden, wird die vollziehende Gewalt in Niedersachsen von einem Ministerium ausgeübt, dessen Vorsitzender die Bezeichnung „Ministerpräsident“ führt.

Artikel IV) Der Ministerpräsident und die übrigen Mitglieder des Ministeriums werden vorläufig vom Militärgouverneur ernannt.

Artikel V) Im Lande Niedersachsen wird eine gesetzgebende Körperschaft errichtet. Einstweilig bestimmt der Militärgouverneur die Zusammensetzung dieser Körperschaft und ernennt deren Mitglieder.

Artikel VI) Die gesetzlichen Bestimmungen über Änderung auf dem Gebiet der Verfassung, der Amtsbezeichnungen, der Verwaltung und der Finanzen, sowie auf sonstigen Gebieten, die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlich oder angebracht sind, werden von der Militärregierung oder mit deren Zustimmung von der gesetzgebenden Körperschaft des Landes erlassen.

Artikel VII) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Verordnung und anderer gesetzlicher Vorschriften, die auf Grund dieser Verordnung erlassen werden sollten, werden durch den Verlust der Selbständigkeit der Länder, die in der Anlage zu dieser Verordnung aufgeführt sind, nicht berührt: a) die Befugnisse, Aufgaben, Pflichten, Rechte, Verbindlichkeiten sowie die Haftung von Regierungs-, Verwaltungs- und sonstigen öffentlichen Behörden und von Beamten und Angestellten der Länder, b) die Rechtsgültigkeit von Gesetzen, Verordnungen, Erlassen, Bestimmungen und sonstigen Vorschriften, die in den Ländern in Kraft sind.

Artikel VIII) Diese Verordnung tritt am 1. November 1946 in Kraft.

Kommenden Freitag ist Hubertustag

Spätestens seit dem »Soldatenkönig« schätzte Preußens Herrscherhaus trotz seiner calvinistischen Konfession den Jagdpatron

Von MANFRED MÜLLER

Parforcehorn-Klänge im Altenberger Dom (Bergisches Land) – am 3. November, dem Tag des heiligen Hubertus, ist dies nicht ungewöhnlich. Jäger und ihre Angehörigen füllen dann den Kirchenraum zu einer Jagdhorn-Messe. So eröffnet man die neue Jagdsaison und knüpft an eine große Tradition an, die auch eine preußische Komponente hat.

Der aus der Ahnensippe Karls des Großen stammende, fränkische Hochadelige Hubert wurde um 655 als ältester Sohn des Herzogs Bertrand von Toulouse geboren. In hohen Hofämtern des fränkischen Reiches führte er zunächst ein sehr weltliches Leben. Als leidenschaftlicher Jäger durchstreifte er die Ardennen. Legendär, nicht geschichtlich nachweisbar ist sein Bekehrungserlebnis auf einer Jagd. An einem Karfreitag soll er einem weißen Hirsch begegnet sein. Als er ihn schießen will, erblickt Hubert zwischen den Geweihstangen ein leuchtendes Kreuz und hört Mahnworte einer geheimnisvollen Stimme. Hubert wurde nun Schüler des heiligen Lambert, des Bischofs von Tongern-Maastricht. Von 703 bis 727 wirkte er als dessen Nachfolger und war, als der Bischofssitz verlagert wurde, der erste Bischof von Lüttich. Als Geistlicher war er unermüdlich bemüht, im Ardennenraum die zählebigen Reste heidnischer Auffassungen und Kulte zu überwinden.

743 wurde Hubert heiliggesprochen, seine Gebeine wurden 825 ins Ardennenkloster Andaye gebracht, dessen Name als Folge der aufblühenden Hubertus-Verehrung in Saint Hubert geändert wurde. An den vielen Kirchenpatrozinien im wallonisch-flämisch-luxemburgisch-rheinischen Raum kann man ablesen, wie beliebt dieser Heilige wurde. Während der Ruhm Huberts als Nothelfer gegen die Tollwut geschwunden ist, konnten die Zeitläufte bis heute seinem Ruhm als Jagdpatron nichts anhaben. Als solcher ist er weit über die Grenzen der katholischen Konfession anerkannt.

Dazu trug bei, daß durch adelige Hubertus-Ordensgesellschaften der Patron der Jäger eindrucksvoll geehrt wurde. So gründete etwa Gerhard II., Herzog von Jülich-Berg, nach einem militärischen Sieg, den er am Hubertustag 1444 erfochten hatte, einen Hubertusorden (der als Gegengewicht gegen den burgundischen Orden vom Goldenen Vließ gedacht war). Für seine Untertanen ordnete der Herzog an, sie sollten den Hubertustag wie einen Sonntag feiern. Der Hof des Herzogs und die benachbarten Adeligen feierten den 3. November mit einer Messe in der Kirche der Zisterzienserabtei Altenberg, der traditionellen Begräbnisstätte der Herzöge vom Berg. Im Nordchor des Altenberger Doms ruhen heute noch Gerhard II. und sein Nachfolger Wilhelm III. Zu Wilhelms Totenamt am Hubertustag des Jahres 1511 kam Kaiser Maximilian, um seinen Jagdgenossen Wilhelm zu ehren. Kurfürst Johann Wilhelm II. von der Pfalz (in seiner Residenzstadt Düsseldorf von den Bürgern liebevoll Jan Wellem genannt) gründete 1708 den Hubertusorden seines Ahnherrn Gerhard neu.

Eine eindrucksvolle jährliche Jagdhorn-Messe im Bergischen Dom zu Altenberg wäre nicht möglich, wenn nicht Preußenkönige die Ruine des Doms gerettet und den Wiederaufbau finanziert hätten. In der Säkularisation war das Kloster aufgehoben worden; die Kirche verfiel und sollte schließlich als Steinbruch für den Ausbau des Rhein-Maas-Kanals dienen. König Friedrich Wilhelm III. konnte für das Projekt zur Rettung des Altenberger Doms gewonnen werden. 1835 begannen die Bauarbeiten. Eine Rückkehr der Zisterzienser wünschte der König nicht. Mit einer Kabinettsorder bestimmte er, der Dom solle nach seiner Neueinweihung eine Simultankirche sein, also sowohl den Katholiken als auch den Protestanten als Gotteshaus dienen. Sein Nachfolger Friedrich Wilhelm IV., der Romantiker auf dem preußischen Königsthron, kam 1847 zu den Einweihungsfeierlichkeiten nach Altenberg.

Die preußischen Hohenzollern schätzten, unbeschadet ihrer calvinistischen Konfession, den Jägerpatron Hubertus spätestens seit Friedrich Wilhelm I. Dieser war einem Hubertusorden beigetreten, den 1695 Franz Anton Graf von Sporck, Sohn eines Reitergenerals aus dem Dreißigjährigen Krieg, gegründet hatte. Auch König August II. von Polen schloß sich diesem Orden an.

In den rheinischen und westfälischen Gebieten, die durch den Wiener Kongreß 1815 preußisch wurden, sind rund 450 St.-Hubertus-Schützenbruderschaften nachweisbar beziehungsweise heute noch existent. In den heutigen Hubertus-Schützengesellschaften marschieren und feiern auch viele Männer mit, deren Familien nach dem Zweiten Weltkrieg aus den preußischen Kerngebieten vertrieben worden sind. Mit ihren Schützenbrüdern rheinischer oder westfälischer Abkunft sehen sie Hubertus als ihren gemeinsamen Patron an, schossen doch die mittelalterlichen Schützen lange noch wie der Jäger Hubertus mit Pfeil und Bogen.

Bei den Jägern gibt es einen schönen alten Merkspruch:

„Das ist des Jägers Ehrenschild,
Daß er behüt' und schützt
das Wild,
Waidmännisch jagt,
wie sich's gehört,
Den Schöpfer im Geschöpfe ehrt.“

Hier klingt bereits das an, was man heute gerne mit der Losung „Bewahrung der Schöpfung“ auszudrücken versucht. Die Schöpfung Gottes in allen aktuellen Bedrohungen zu bewahren, das ist eine Zukunftsaufgabe, der sich besonders die Hubertus-Schützengesellschaften verpflichtet sehen könnten.



Alles ist Konsens

Mitdreißiger über Deutschland

Ich sah „zum ersten Mal diesen deutschen Hünen, an dem ich mich einst Wochen, Monate, Jahre meines jungen Lebens gerieben hatte, weil die historische Zufälligkeit meiner Geburt mich unter seinem Einfluß befördert hatte, und ich bestaunte diesen Mann, Begleiter meiner Jugend wie Vater, Mutter und Freunde ...“ Christian Schüle, 1970 geboren, beschreibt gleich zu Beginn seines Buches „Deutschlandvermessung – Abrechnungen eines Mittdreißigers“ seine Begegnung mit Helmut Kohl. Für ihn und alle in den 70er Jahren Geborenen habe dieser CDU-Bundeskanzler ihr Deutschlandbild maßgeblich geprägt. Dieses von Spießigkeit bis Sicherheit reichende Deutschlandbild und dessen Zerstörung durch die Realitäten der Gegenwart schildert der Autor sehr eindringlich. Er versucht sich und seine Generation, die demnächst das Ruder der Bundesrepublik in die Hand nehmen muß, zu verorten. Hierbei beschreibt er ihre von grenzenloser Freiheit geprägte Kindheit und Jugend, die nur von Tschernobyl, dem Mauerfall und Aids erschüttert worden sei. Finanziell gut ausgestattet seien die „ICHlinge“ ohne große Sorgen aufgewachsen und hätten sich leistungsbereit in das Arbeitsleben gefügt, um ihre materiellen Wünsche zu erfüllen. Ideele Wünsche hätten sie gar keine. Ihr Bedürfnis nach Nähe würde durch Marketing und der Boulevardisierung der Gesellschaft befriedigt. „Alles wird Pop.“ Auch die Politik.

Mit flotter Feder führt der Autor das Problem des Mangels an kritischen Intellektuellen an. Diejenigen, die gegen den Strom schwimmen, seien am Aussterben und da niemand mehr hinterfragt, würde sogar aus der Politik eine Unterhaltungsshow. Alles sei Konsens, die politische Mitte wie ein schwarzes Loch, was alles zu einem Einheitsbrei verrühren würde, der kritische Geister sofort vernichte oder ausstoße und sich somit die eigene Zukunftsfähigkeit verbaue.

Schüle schildert, wie Deutschland zu einer „offenen Gesellschaft wurde, die geschlossen denkt“. Auch den Umgang mit der „unglaublichen Hypothek“ des Holocaust nimmt sich Schüle vor. So sei es in Deutschland die größte Fahrlässigkeit, wenn man das Wort Jude zusammen mit deutscher Vergangenheit benutze. „Spätestens jetzt wird seine ganze Umgebung aufhorchen und hellhörig darauf achten, in welchem Kontext der Wortverwender das Wort stellt.“ Und so fügt er selbst gleich „die moralische Matrix der bundesdeutschen Demokratie“ entlarvend hinzu: „Ich muß an dieser Stelle also gleich sagen, daß ich mich niemals versündigen werde, stets erinnern und niemals vergessen.“

In vielen Aspekten ist „Deutschlandvermessung“ hellsichtig und erkennend. Manchmal ist der Autor aber von seiner Erkenntnis so begeistert, daß er sich zu turbulent in seine Gedanken verdreht. Letztendlich ist Schüles Buch Pop, auch wenn nach seinen eigenen Worten seine Generation inzwischen durch die triste Realität am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft geläutert worden sei. *Bel*

***Christian Schüle: „Deutschlandvermessung – Abrechnungen eines Mittdreißigers“**, Piper, München 2006, broschiert, 187 Seiten, 16,90 Euro, Best.-Nr. 5872*



Terror als religiöse Pflicht

»Die Kinder des Dschihad« gibt bedrückende Einblicke in den Islamismus

Seit dem 11. September 2001 ist das Thema „Terror“ zu einem weltweiten Problem geworden. Auch die letzen von uns mußten sich eingestehen, daß der Terror auch uns betrifft.

In „Die Kinder des Dschihad“ setzen sich die drei Autoren Souad Mekhennet, Claudia Sautter und Michael Hanfeld mit den Ausmaßen weltweiter Terrornetzwerke, den bekanntesten Terroranschlägen und der Frage auseinander, wie es dazu kommen kann, daß ein fünfjähriger Junge bei einer Hausdurchsuchung in Süddeutschland den Beamten auf die Frage hin, was er später mal werden wolle, wenn er groß sei, antwortete: „Wenn ich groß bin, möchte ich ein Mudschahed werden wie mein Vater und Ungläubige töten.“

Immer mehr im Westen aufgewachsene junge Menschen radikalisieren sich und werden fanatische Anhänger des Terrors. Diese Problematik ist bekannt und stellt sogar die Familien der abtrünnigen Kinder häufig vor ein Rätsel. So auch das Elternpaar Benyaich, welches seine drei lebenslustigen, wohlhabenden Söhne an den radikalen Islam verlor.

„Naima ist die Einzige, die das Schicksal ihrer Brüder intellektuell zu begreifen versucht ... Sie glaubt, daß ihre Brüder in Europa eine besondere Form des Gemeinschaftsgefühls unter Muslimen erlebt haben. In den spanischen und englischen Moscheen trafen sich Brüder aus vielen Nationen. Dort spielte keine Rolle, aus welchen Ländern die Gläubigen kamen, ob sie reich oder arm, hell- oder dunkelhäutig waren, ob sie sich illegal oder legal in Europa aufhielten. In den Moscheen erlebten sie die Umma, die Gemeinschaft, in der alle Muslime gleich sind. In den Freiheitspredigten hörten sie, daß alle Gläubigen helfen müßten, wenn ein Teil der Umma leidet, sei es in Bosnien, Tschetschenien oder Palästina. Es sei eine religiöse Pflicht, der sich ein Moslem nicht entziehen dürfe.“

Offensichtlich scheinen die Wurzeln des Übels mitten unter uns in Europa zu sein. So zum Beispiel auch die vier Selbstmordattentäter Shehzad Tanweer, Mohammed Sidiuqe, Hassib Hussein und der zum Islam konvertierte gebürtige Jamaikaner Germaine Lindsay, die im Juli 2005 die Anschläge auf die Londoner U-Bahn verübten. Auch sie waren nach außen hin normale britische Bürger, auch wenn sie das Land zeitlebens als „Feindesland“ betrachteten.

Als weiteres Beispiel wäre hier auch der zeitweise in Hamburg studierende el Motassadeq anzuführen, der später zu einem der Attentäter vom 11. September wurde.

„Ein Imam einer in der Presse als radikal geltenden Moschee hat für seine Familie bereits die Konsequenzen gezogen. Er schickte vor kurzem seine halbwüchsigen Kinder nach Marokko zurück. ‚Ich möchte nicht, daß sie irgendwann Juden und Christen hassen‘, sagt uns der Mann, der seinen Namen vorsichtshalber nicht genannt wissen will ... ‚Die Stimmung in Holland ist islamfeindlich. Wie soll ich meinen Kindern erklären, daß nicht alle Holländer Muslime verachten?‘“ Weil er Imam ist, weiß er genau, wie Jugendliche nach Freitagsgebeten angeworben werden. Es sind „Schlepper“, die zunächst unverfänglich das Gespräch suchen und dabei wie Psychologen vorgehen. Wer hat Identitätsprobleme? Wer ist in einer Krise? Wer hat Ärger mit den Eltern? Die Anwerber geben sich als verständnisvolle Zuhörer und Ratgeber aus. Dann kommt das Gespräch auf den „wahren Islam“.

„Die Kinder des Dschihad“ gibt auf viele Fragen Antworten, doch wirft es beim Leser auch viele Fragen auf. Ist es tatsächlich so, daß wir als Gesellschaft den Eindruck erwecken, dem Islam gegenüber feindlich gesinnt zu sein?

Die Autoren geben in diesem Buch Hintergrundinformationen zu Selbstmordattentätern, die bei uns in den Medien auftauchten, sie rollen den Karikaturenstreit der „Jyllands-Posten“ auf, stellen anhand eines Interviews mit Sami Ul Haq, dem Talibanführer der Hochschule Jamia Hakkania, den Unterschied zwischen Taliban und El Kaida klar und zeigen auf, wie groß und nicht kontrollierbar der Einfluß der radikalen Islam-Gruppierungen aufgrund des Internets geworden ist. *A. Ney*

***Souad Mekhennet, Claudia Sautter, Michael Hanfeld: „Die Kinder des Dschihad – Die neue Generation des islamistischen Terrors in Europa“**, Piper, München 2006, broschiert, 232 Seiten, 14 Euro, Best.-Nr. 5714*



Zahlen für Mutters Pflegeheim

Wenn Kinder für ihre Eltern finanziell aufkommen müssen

„Die Überalterung der Gesellschaft wird schon in den nächsten Jahrzehnten ein dramatisches Ausmaß annehmen. Kommen zur Zeit auf jeden Rentner in Deutschland rund vier Personen im arbeitsfähigen Alter, werden es nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2040 nur noch zwei sein. Eine Entwicklung, die schon heute spürbare Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme offenbart. Zum Beispiel die, daß Bürger, die selbst Familienernährer sind, plötzlich auch für ihre Eltern aufkommen müssen.“ Gekonnt macht der Haufe Verlag auf die Notwendigkeit der Lektüre seines Ratgebers „Elternunterhalt – Wenn Kinder zahlen sollen“ aufmerksam. Und tatsächlich müssen immer mehr Kinder für ihre pflegebedürftigen Eltern zahlen. Da aufgrund von Berufstätigkeit viele Kinder ihre häufig an entfernten Orten lebenden Eltern nicht selbst pflegen können und manche es auch nicht wollen, bleibt nur die Heimunterbringung. Diese kostet allerdings je nach Pflegestufe und Heimstandard zwischen 3000 und 5000 Euro. Diese Beträge können jedoch nicht allein durch die Rente der Eltern und die Leistungen aus der Pflegeversicherung gedeckt werden, also blickt das Sozialamt, das anfangs den Differenzbetrag übernimmt, auf die Kinder.

Michael Baczko, der Autor der leicht nachvollziehbaren Ausführungen, ist Fachanwalt für Sozialrecht. Ob Baczkos Ratgeber allerdings alle Eventualitäten behandelt, wird nur die reale Anwendung zeigen, denn ob alle im Umgang mit deutschen Behörden so häufig auftretenden Hindernisse umfassend erwähnt werden, ist als Laie nicht zu durchschauen. Dafür ist es dem Autor gelungen, selbst kompliziertes Behördendeutsch auf schlichte Sachverhalte runterzubrechen. Die Kapitel „Die Unterhaltspflicht“, „Meine Eltern sind pflegebedürftig – was nun?“, „Wie hoch ist der Unterhalt?“ und „Wie kann ich mich gegen Forderungen wehren?“ erläutern die Problematik. Es wäre zu wünschen gewesen, wenn der Ratgeber noch mehr Zahlenbeispiele enthalten hätte und auch mit einigen lebendig geschilderten Fällen aus dem Alltag verdeutlicht worden wäre. *R. B.*

***Michael Baczko: „Elternunterhalt – Wenn Kinder zahlen sollen“**, Haufe, Planegg 2006, 125 Seiten, 6,90 Euro, Best.-Nr. 5873*



Alles Abkassierer

N24-Sprecher klagt an: Politiker beuten Fleißige aus

Das Buch „Deutschland – die überstrapazierte Nation“ kennt keine Tabus und ist eine Ohrfeige für die Protagonisten der Political Correctness. Sein Titel ist mehr als nur eine Bilanz jahrzehntelanger Fehlentwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Autor ist der TV-Journalist Hans-Hermann Gockel, der einem Millionenpublikum durch zahlreiche Reportagen und Dokumentationen vertraut ist – heute vor allem als Nachrichtenmann des Senders N24.

In seinem Werk prangert Gockel nicht nur die Parteienoligarchie an, sondern auch die Abkassiermentalität unserer Eliten, die durch Selbstsucht und Raffgier das Gemeinwesen untergraben. Der Fernsehmacher beschreibt, wie durch eine unkontrollierte Zuwanderung die Sozialsysteme kollabieren, wie Parallelgesellschaften wuchern und wie sich Ausländerkriminalität wie Mehltau über unser Land legt.

Dabei vermißt Gockel „mutige Konzepte und klare Ansagen“. Statt dessen biete man dem Bürger – so die Quintessenz seiner Überlegungen – „honigsüßen Politbrei und seichte Kompromisse“. Die Deutschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet und Vorsorge für ihr Alter getroffen hätten, seien inzwischen die Dummen. Wer jedoch noch nie einen Cent in die Sozialkassen eingezahlt habe, sei der Gewinner dieser unerträglichen Situation, schreibt Gockel.

Gockel begeht nicht den Fehler, diesen sozialen Wildwuchs allein der rot-grünen Koalition anzulasten – nein, er legt den Finger in die Wunden der Regierung Kohl, die mit ihrer Einwanderungspolitik den Grundstein für die jetzige Entwicklung gelegt hat.

Ein umfangreiches Kapitel widmet Hans-Hermann Gockel der Situation an Berlins Schulen und belegt, die Ausländerdichte ist in manchen Klassen so groß, daß etliche Schulen dazu übergegangen sind, die Elternabende weitestgehend auf türkisch abzuhalten. In diesem Zusammenhang beklagt Gockel die fehlende Bereitschaft und Fähigkeit, in Deutschland vorbehaltlos und leidenschaftlich über die Gründe dieser Fehlentwicklung zu diskutieren. Wer dies versuche, so Gockels Bestandsaufnahme, werde sein blaues Wunder erleben. Originalton Gockel: „Wie der Knüppel aus dem Sack“ im Grimmschen Märchen, prasseln die Vorwürfe „Populist“, „Rassist“, „Ausländerfeind“ – und im schlimmsten Fall „Nazi“ – gnadenlos auf ihn hernieder.

In seinem Buch listet Gockel kurz und knapp die Stellungnahmen von Experten auf, die in ihrer Gesamtheit alles andere als deutschtümelnde Ideologen sind – Bassam Tibi, Ralph Ghadban und Helmut Schmidt, um nur einige zu nennen,u die sich ebenfalls zum Thema Zuwanderung und Integration beinhart und kritisch geäußert haben.

Diese Passagen sind daher nicht nur überaus lesenswert, sondern vor allem den „Dialog-Apologeten“ zur anregenden Lektüre empfohlen.

Und noch etwas Skandalöses fand Hans-Hermann Gockel heraus. Auch muslimische Zweit- und Drittfrauen sind in Deutschland beitragsfrei krankenversichert. Soll heißen: Obwohl die Ehe mit mehreren Frauen gegen Europas Werteverständnis und das deutsche Grundgesetz fundamental verstößt, wird Polygamie hochoffiziell von der deutschen Sozialversicherung akzeptiert und sogar finanziell belohnt. *Anita Schäfer*

***Hans-Hermann Gockel: „Deutschland – die überstrapazierte Nation“**, Resch Verlag, Gräfelfing 2006, broschiert, 203 Seiten, 13,90 Euro, Best.-Nr. 5875*



Zurückgelassen

Ehemann verliert Frau und bleibt mit Säugling zurück

Wie ist das, wenn durch Schicksalsschläge das Lebensglück eines Menschen zerstört wird und er mit seinem Kummer, Schmerz, seiner Trauer und einem Baby zurückbleibt? Maureen und Gerry sind seit der Collegezeit ein glückliches Paar. Als Tanya zur Welt kommt, wird aus einem leidenschaftlichen, ehrgeizigen Pärchen eine verantwortungsvolle, lebenslustige Familie. Maureen bleibt zu Hause, bis Tanya in den Kindergarten kommt, und Gerry macht Karriere, um für das Wohlergehen der Familie zu sorgen.

Tanya wächst zu einem fröhlichen Teenager heran, bis sie in die Pubertät kommt. Eben kuschelt sie noch mit der Mutter auf der Couch, läßt sich bei den Hausaufgaben helfen, wenig später jedoch explodiert sie wegen einer Kleinigkeit. Die Schlechte-Laune-Anfälle enden meist türenschlagend in ihrem Zimmer. Die Spannungen nehmen noch zu, als Mick auftaucht, Tanyas erster fester Freund. Für Gerry ist seine Tochter wie ein Familiengespenst auf eigenen Wegen, das seine Eltern hin und wieder mit seiner Anwesenheit beim Essen beehrt.

Eines Tages überrascht Maureen Gerry mit der Nachricht, daß sie schwanger ist. Beide sind glücklich darüber und erzählen Tanya die Neuigkeit. „‚Schön für euch‘, sagte sie düster. ‚Dann habt ihr ja wieder jemanden zum Kontrollieren.‘ Ich senkte den Blick und schüttelte den Kopf, während sie in ihr Zimmer entschwand. Wieder mal fragte ich mich, ob es nicht an der Zeit sei, härter durchzugreifen. Aber eine Stunde später kam Maureen an ihrer Tür vorbei (die überraschender Weise offen stand), und Tanya rief sie herein. Unter Tränen äußerte sie die Befürchtung, das Baby könne ihren Platz einnehmen, und Maureen versuchte, sie davon zu überzeugen, daß das nie der Fall sein werde. Ich wertete das als gutes Zeichen.“ Doch zwei Monate vor der Geburt des Babys finden sie eine Nachricht von Tanya vor, auf der sie ihnen mitteilt, daß sie und Mick jetzt ihren „eigenen Weg“ gehen. Maureen ist wie erstarrt und Gerry rastet total aus, ist wild entschlossen, die Tochter zu finden, heimzuholen und Mick windelweich zu schlagen. Aber alle ihre Bemühungen führen zu nichts. Als Reese geboren wird, kommt eine kurze Nachricht von Tanya, sie sollten sich keine Sorgen um sie machen, sie seien dabei, die Welt zu entdecken. Die nächsten Wochen kümmern sich Maureen und Gerry liebevoll um ihren Sohn, der ihnen Halt und Mut gibt, immer in der Hoffnung, daß ihre Tochter irgendwann zu ihnen zurückkehrt.

Dann kommt der verhängnisvolle Montag. Als Gerry von der Arbeit nach Hause kommt, schreit Reese ganz fürchterlich in seinem Bettchen. Er findet Maureen im Schlafzimmer auf ihrem Bett liegen. Für Gerry bricht eine Welt zusammen. Seine Frau, mit der er sein Leben verbracht hat, ist tot, seine Tochter für ihn unerreichbar, und sein neugeborener Sohn ist ganz allein auf ihn angewiesen.

Der Amerikaner Michael Baron schreibt in seinem Roman „Als sie ging“ einfühlsam über Liebe, Tod und Trauerarbeit. Im Zentrum der Geschichte steht der alleinerziehende Vater, der nicht bereit ist, in seiner Trauer zu versinken, sondern entschlossen ist, sich daraus zu kämpfen, um für sich, seinen Sohn und seine Tochter lebendig zu bleiben. Ein großartig geschriebenes Buch ohne Sentimentalität, von der ersten bis zur letzten Seite lesenswert. *B. Mußfeldt*

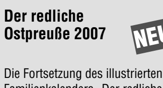
***Michael Baron: „Als sie ging“**, Eichborn Verlag, Frankfurt am Main 2006, geb., 268 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 5879*



Henryk M. Broder
Hurra, wir kapitulieren
Von der Lust am Einknicken
Geb., 167 Seiten
Best.-Nr.: 5846, € 16,00



Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Geb., 384 Seiten, 66 Abbildungen
Best.-Nr.: 1211, € 14,95



Der redliche Ostpreuße 2007



Die Fortsetzung des illustrierten Familienkalenders „Der redliche Preuße und Deutsche“ nun „Der redliche Ostpreuße“ genannt, begleitet auch im 171. Jahrgang noch zuverlässig durch das Jahr. Carl Ludwig Rautenberg gab 1830 das erste Kalender-Jahrbuch heraus, das nur durch die Jahre des Krieges unterbrochen bis heute erscheint. Mit ausführlichen Kalendarium, zahlreichen Abbildungen, Geschichten, Anekdoten und Gedichten auf über 120 Seiten erinnert er an die alte Heimat.

128 Seiten, ca.20 Abbildungen, 15 x 21 cm
Best.-Nr.: 5729, € 9,95



Wolfgang Korall, Ernst-Otto Luthardt
Ostpreußen – Gestern und Heute
Geb., 208 Seiten, ca.300 Abbildungen, Format: 24 x 30 cm
Best.-Nr.: 5731, € 39,95



Werner Maser
Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin
Geb., 478 Seiten, Best.-Nr.: 5813
statt € 34,00 nur € 9,95
Mängelexemplar, Angebot gültig, so lange der Vorrat reicht

Wulf D. Wagner
Die Güter des Kreises Heiligenbeil
Geschichte der Güter und die Baugeschichte der Herrenhäuser.
Der Kreis Heiligenbeil gehörte aufgrund seiner zahlreichen Güter zu den kulturgeschichtlich interessantesten Kreisen Ostpreußens. Das vorliegende Buch untersucht und dokumentiert anhand bisher weitgehend unveröffentlichten Akten- und Bildmaterials die Geschichte der Güter und die Baugeschichte der Herrenhäuser. Wir lesen von den alten Prußen und den Ordensburgen Balga und Brandenburg am Haff, von kostbaren und gemütlichen Raumausstattungen alter Gutshäuser und der reichen Kultur einiger Landschaftsgärten, von Ministern und Generälen, von Domänenpächtern und Pferdezüchtern, von Amtmänninen und eigenständigen Gutsfrauen, aber auch von Geistern, Wichteln und einer geheimnisvollen Zarentocher.



Der Band erhält seine Bedeutung durch die Tatsache, dass die hier gezeigten Häuser, die heute im russischen und polnischen Bereich Ostpreußens liegen, im 2. Weltkrieg und danach nahezu vollständig zerstört worden sind.
Geb., 559 Seiten
Best.-Nr.: 4829, € 36,00

Baron v. Mirbach, Ernst Dietrich
Prinz Friedrich von Preußen
Geb., 2006, 292 Seiten
Best.-Nr.: 5845, € 24,90



Wolfram Baentsch
Der Doppelmord an Uwe Barschel
Warum musste Uwe Barschel sterben?
Geb., 320 Seiten mit 54 Abbildungen
Best.-Nr.: 5798, € 24,90



Günther H. Ruddies
Hochzeit auf ostpreußisch
und andere Geschichten aus dem Bernsteinland
Geb., 221 Seiten
Best.-Nr.: 5755, € 9,90

Memelland Heimat zwischen Haff und Strom

DVD

Als Memelland bezeichnet man den nördlichsten Teil Ostpreußens, zwischen Ostsee im Westen, dem Fluß Memel im Süden und Litauen im Norden und Osten. Als fester Bestandteil Ostpreußens ist seine Geschichte mit dem Schicksal der Gesamtprovinz nahtlos verbunden. Nach einer fast 700jährigen gemeinsamen Geschichte Ostpreußens hat das Memelland jedoch im letzten Jahrhundert eine Sonderentwicklung genommen, die mit der Abtrennung vom Mutterland 1919 begann. Heute gehört es politisch zur Republik Litauen. Das Land - vor allem die touristisch hochentwickelte Kurische Nehrung - macht einen gepflegten Eindruck, und es wird viel für die Erhaltung historischer Bausubstanz getan, die Einreise ist unkompliziert und der Aufenthalt angenehm. Dieser Film gibt einen kurzen Abriß der Geschichte und unternimmt dann eine Erkundung des Memellandes von Nimmersatt im äußersten Norden bis Schmalleningken im Südosten. Neben einer ausführlichen Stadtführung durch Memel nehmen Kurische Nehrung und Kurisches Haff breiten Raum ein. Aber auch die fast vergessenen Orte wie Ruß, Heydekrug, Minge, Pogegen u.v.a. werden besucht. Idyllische Naturaufnahmen, Flußfahrten auf Minge, Sziesze und Rußstrom sowie spektakuläre Luftaufnahmen machen den Film zu einem eindrucksvollen Erlebnis.

Laufzeit: 55 Minuten
Best.-Nr.: 5855, € 19,95



Jürgen Roth
Deutschland-Clan
Deutschland im Griff einer korrupten Elite.
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 5505, € 19,90

Buch der Woche

Paul Kirchhof
Das Gesetz der Hydra
Gebt den Bürgern ihren Staat zurück!

Der Staat ist für die Menschen da und nicht die Menschen für den Staat!
Mächtige Gruppierungen haben sich des Staates bemächtigt, erwarten von ihm immer mehr Gesetze, Finanzmittel und Organisationshilfen. Der Staat bemüht sich, diesen ihn überfordernden Erwartungen gerecht zu werden und überschüttet die Menschen mit einer Normenflut, mit Geldzuwendungen und Steuerprivilegien. Der Mensch empfängt die Zuwendung, gewöhnt sich an diese unverdienten Einkommen und fordert ein ständiges Mehr.
Dadurch verlieren Staat, Wissenschaft und Gesellschaft die Kultur des Maßes. Strategien der Optimierung, das Bemühen um Gewinnmaximierung, die gesetzliche Regelung jeder Individualität und Besonderheit wecken Begehrlichkeiten ohne jeden Haltepunkt. Daran droht unsere freiheitliche Demokratie zu zerbrechen.
Das Buch macht bewusst, daß wir die gegenwärtigen Probleme lösen können. Wir haben in gut ausgebildeten Menschen, in einer Frieden und Freiheit garantierenden Verfassung, in unserem wirtschaftlichen Reichtum, in unserer mitteleuropäischen Lage, in unserer Sprache und Musik alle Voraussetzungen, um beherzt große Reformen einzuleiten. Der Inhalt dieser Reformen wird konkret skizziert, der Auftrag an alle Bürger anschaulich definiert, die Erwartung an die Demokratie bewusst gemacht, die das Große wagen und an jedem kleinen Kompromiss leiden muß.
In der Antike war es Herkules, der die Hydra überwand. Heute haben es die Bürger in der Hand, ob der Staat weiter so ungehemmt wuchern kann. – Ein flammendes Plädoyer für die fundamentale Erneuerung unseres Landes!
Geb., 384 Seiten
Best.-Nr.: 5827, € 19,90

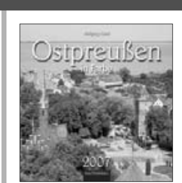
Kalender für 2007



Ostpreußen im Bild 2007
12 farbige Fotos, 14 Blatt, Format: 21 × 24 cm
Best.-Nr.: 5727, € 9,95



Masuren in Farbe 2007
Spiralbindung, 12 farbige Fotos, Format: 31 × 33 cm
Best.-Nr.: 5756, € 14,95



Ostpreußen in Farbe 2007
Spiralbindung, 12 farbige Fotos, Format: 31 × 33 cm
Best.-Nr.: 5738, € 14,95

Super-Sonder-Angebot: jedes Buch

*Mängelexemplare



Hildegard Ratanski
Getränkte Erde - Lebenerinnerungen einer Ostpreußin
Kart., 175 Seiten
Best.-Nr.: 5679
statt € 8,90 - Ersparnis 66 %

nur € 2.95*

Waltraud Hansen
Die Erde liegt unter den Füßen der Mutter
Lebensbericht einer Mutter von 13 Kindern
Kart., 412 Seiten
Best.-Nr.: 5680
statt € 8,40 - Ersparnis 64 %



Johanna Tuliszka
Und weidet mich auf einer grünen Aue
Erinnerungen einer Berlinerin, aus dem Jahrgang 1923
Kart., 620 Seiten
Best.-Nr.: 5712
statt € 24,00 - Ersparnis 87 %



Herbert Finck
Geopferte Jugendjahre
Als Kriegsgefangener in Italien, Nordafrika, den USA und England
Geb., 172 Seiten
Best.-Nr.: 5716
statt € 9,90 - Ersparnis 70 %



Helmut Luther
Friedrich Karl von Preußen
Das Leben des roten Prinzen
Kart., 320 Seiten
Best.-Nr.: 5168
statt € 9,90 - Ersparnis 30 %



Lieder unserer Fallschirmjäger
16 Lieder der deutschen Fallschirmtruppe, gesungen von den „8 Junkers“. Rot scheint die Sonne, Auf Kreta im Sturm und im Regen, Wir sind die Männer vom Schirmer u.a.
Best.-Nr.: 5630, € 15,50



Bekannte Soldatenlieder
15 Titel, Inhalt: Wenn wir marschieren, Wohlauf Kameraden, auf's Pferd, Ein Heller und ein Batzen, Auf der Heide blüht ein kleines Blümelein, Ich schieß den Hirsch, Oh du schöner Westerwald, Lore, Lore, u.a.
Gesamtspielzeit: 37 min
Best.-Nr.: 5753 , € 9,95

CD

Beliebte Traditions- und Parademärsche
Fridericus-Rex-Grenadiermarsch, Großer Zapfenstreich und Nationalhymne, 15 Märsche gespielt vom Heeresmusikkorps der Bundeswehr
Best.-Nr.: 5609, € 12,90





Bekannte Soldatenlieder
– Folge 2 –
12 Titel, Inhalt: Kehr' ich einst zur Heimat wieder, Ich hatt' ein Kameraden, Wir lagen vor Madagaskar, Ich hatt' einen Kameraden, Der mächtigste König im Luftrevier, u.a.
Gesamtspielzeit: 35 Min
Best.-Nr.: 5754, € 9,95

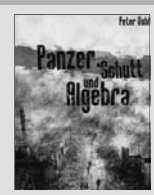


Bernhard Bueb
Lob der Disziplin – Eine Streitschrift
Plädoyer für eine Erziehung zu mehr Selbstdisziplin und Verantwortung, Geb., 173 Seiten
Best.-Nr.: 5839, € 18,00



Egon Kleine, Volkmar Kühn
Tiger
Die Geschichte einer legendären Waffe 1942 – 1945
Geb., 416 Seiten, ca. 500 Abbildungen
Best.-Nr.: 5719, € 14,95

Franz Kurowski, Tornau
Sturmgeschütze – Die Panzerwaffe der Infanterie
Die dramatische Geschichte einer Waffengattung 1939-1945
Geb., 384 Seiten, ca. 260 Abb.
Best.-Nr.: 5720, € 14,95



Peter Guhl
Panzer, Schutt und Algebra
Flakhelfer, Kurierfahrer, letztes Aufgebot
Kart., 327 Seiten
Best.-Nr.: 5863, € 17,00

Hörbücher vom Bestseller-Autor Gerd Schultze-Rhonhof

CD

Der Zweite Dreißigjährige Krieg
Welche Ziele aber können es wert sein, die europäischen Nationen in zwei blutigen Kriegen gegeneinander aufmarschieren zu lassen? Dieses Hörbuch klärt auf...
2 CDs, Laufzeit: 145 Minuten
Best.-Nr.: 5337, € 14,95

CD

Der Krieg der viele Väter hatte
Das vorliegende Hörbuch zeichnet die dramatischen Entwicklungen der letzten Tage vor Kriegsbeginn minutiös nach: hier erfahren Sie, was den „ersten Schüssen“ des 1. Sept. 1939 vorausgegangen ist.
2 CDs, Laufzeit: 145 Minuten
Best.-Nr.: 5180, € 14,95

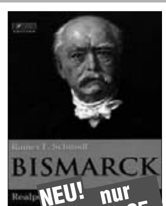




Lieder, die wir einst sangen
16 Lieder der deutschen Landser: Ein Heller und ein Batzen, Wildgänse rauschen durch die Nacht, Infanterie, du bist die Krone aller Waffen, Argonnerwald um Mitternacht, u.a.
Best.-Nr.: 5629, € 15,50



Die Deutschen Hymnen und Lieder in Geschichte und Gegenwart
28 deutsche Lieder und Hymnen. Inhalt: Sachsenlied, Schleswig-Holstein, meerumschlungen, Ostpreußenlied, u.a. gespielt vom Gebirgsmusikkorps 8
Laufzeit: 51 Min
Best.-Nr.: 3830, € 15,95



Rainer F. Schmidt
Bismarck
Realpolitik und Revolution
Geb., 335 Seiten
Best.-Nr.: 5809, € 4,95

PMD Preußischer Mediendienst — 43

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Fax: 040 / 41 40 08 58 · Tel: 040 / 41 40 08 27
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Anwälte profitieren von neuem Gesetz

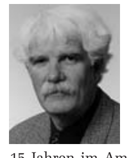
Berlin – Das vor zwei Monaten in Kraft getretene „Antidiskriminierungsgesetz“ verhindert ersten Analysen zufolge kaum Diskriminierungen. Dafür profitieren Anwälte bereits von den ersten Fällen. Hinzu kommen laut „Handelsblatt“ Trittbrettfahrer, die es auf Klagen abgesehen haben, ohne überhaupt in der beklagten Firma arbeiten zu wollen. Schon das Fehlen der weiblichen Form in der Ausschreibung kann Klagegrund sein.

Frauenquote auch bei Orden

Berlin – Bundespräsident Horst Köhler hat eine Frauenquote bei der Verleihung von Bundesverdienstorden eingeführt: Mindestens 30 Prozent. NRW will ab jetzt Empfehlungen für Männer „restriktiv“ handhaben und bei Frauen einen „großzügigen Maßstab anlegen“.

ZUR PERSON

Berlins strenger Baumeister geht



Ein „verманschter 68er“ sei er, sagt der scheidende Berliner Stadtbaudirektor **Hans Stimmann** von sich. Nach 15 Jahren im Amt wechselt er in den Ruhestand. Von „68“ ist jedoch in seinem planerischen Schaffen für Berlin wenig zu erkennen – Stimmann setzte sich vehement für Regeln im Städtebau ein, ärgerte eitle Architekten mit Traufhöhenvorschriften und der Vorgabe von steinernen statt gläsernen Fassaden. Dabei wurde er tatsächlich von einer Zeit geprägt, als der Abriß ganzer Quartiere und der radikale Umbau von Städten en vogue war.

1941 in Lübeck geboren, lernte er den Maurerberuf, schlug dann jedoch die Ingenieurlaufbahn ein (Abschluß 1965 in seiner Heimatstadt). Als Architekt und Stadtplaner erlebte er die Veränderungen in Frankfurt am Main vor Ort, entwickelte Industrie-, Wohn-, und Schulgebäude. Der spätere Anwalt einer „Berlinischen Architektur“ machte 1977 seinen Doktor an der Technischen Universität der Spreemetropole, an der er in den 80ern lehrte.

Als die Mauer fiel, war Stimmann Bausenator von Lübeck, zweifelte jedoch „nicht eine Sekunde“, daß er der richtige sei, als man ihm das Amt des Berliner Senatsbaudirektors anbot. Auf „Europas größter Baustelle“, dem Potsdamer Platz, aber auch beim Wiederaufbau des Kommandantenhauses Unter den Linden brach er mit dem Städtebau der Moderne. Berlin habe Anspruch, „eine normale Hauptstadt ohne unendliche Zerrissenheit“ zu sein, so Stimmann.

Nicht zuletzt im Projekt einer Rekonstruktion der Stadtschloßfassade wird sein Lebenswerk weitergeführt. Selbst seine schärfsten Kritiker von einst haben sich inzwischen mit Stimmanns Einfluß angefreundet. Der Architekt Frank Gehry sieht heute sogar seinen Beitrag zur Friedrichstraße als eines seiner besten Werke an – trotz oder wegen Stimmanns strenger Vorgaben. *SV*



Wöchentliches Kabinetts-Karaoke Zeichnung: Götz Wiedenroth

Unfopom

Die Lage in der Pommerschen Bucht eskaliert, Polen mobilisiert Europa und Frau Müller fährt den »Asozialen« in die Reproduktion / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Als hätten wir's geahnt: Kaum ist unsere stolze Marine kurz aus dem Hause, um sich im nahöstlichen Schlamassel ein paar Flecken abzuholen, da fallen die polnischen Nachbarn über unsere Butterschiffe her. Glücklicherweise konnte der Überfall abgewehrt werden. Der deutsche Kapitän hatte nämlich schon Erfahrungen gemacht mit der polnischen Küstenpiraterie und wußte, worauf sie es abgesehen hatten. Zweimal schon nahmen ihm Strandräuber, die sich an Bord geschmuggelt hatten, Schnaps und Zigaretten ab, das letzte Mal erst Anfang Oktober.

Diesmal waren es drei Herren, die sich an Bord bedeckt hielten, bis die „Adler Dania“ gefährliche Gewässer erreicht hatte, um dann in einer unverständlichen Sprache zu behaupten, sie seien der polnische Zoll. Als der geistesgegenwärtige Schiffsführer daraufhin die Flucht in bundesdeutsches Hoheitsgebiet antrat, wurde er beschossen.

Berlin war bemüht, den Übergriff kleinzureden. Die Beziehungen zu Warschau seien nach wie vor ausgezeichnet. Das ist gelogen (fragen Sie Kaczynski), als diplomatische Floskel derzeit aber sehr vernünftig, wo unsere Marine ja gerade woanders gebunden ist.

Außerdem: In welcher Zeit leben wir denn? Haben wir aus der Geschichte nichts gelernt? „Butter statt Kanonen“ war einst die Parole der Pazifisten, also: „Butterschiffe statt Kanonenboote“. Dennoch: irgendetwas muß getan werden, aber was? Kriege führen wir keine mehr. Weil wir den Krieg ablehnen, nennen wir ihn heute „Friedensmission“. Geschossen wird dabei natürlich wie eh und je, nur netter, immer zum humanitären Nutzen der Bombardierten. Dieser Logik entsprechend sollten wir, statt Kriegsschiffe zu schicken zum Schutz unserer Küstenfähren, vielleicht die Butterschiffe mit Geschütztürmen versehen.

Auch nicht so gut: Das würde die Reisenden irritieren und kostet überdies Verkaufsfläche, was wir uns in Zeiten der Globalisierung nicht mehr leisten können. Eine Uno-Friedenstruppe für die Krisenregion Pommersche Bucht, „Unfopom“, wäre eine andere zeitgemäße Alternative – allerdings auch nur theoretisch, denn praktische Erfahrungen mit manchen Uno-Korps lassen befürchten, daß es mit der Räuberei dann erst richtig losginge.

Ja, ja, man hört sie förmlich stöhnen, die übrige Welt: Was für ein Gewese, typisch „altes Europa“: Da ist ein Problem, doch statt es zu lösen, werden endlos Bedenken durch den Raum getragen, und am Ende kommt nichts heraus. Polen ist „neues Europa“, die sind da viel sportlicher. Am Büro eines polnischen EU-Parlamentariers in Brüssel hängen bereits beschwörende Bilder von einem richtig kernigen Waffengang, der vor 67 Jahren eine Bucht weiter eskaliert war. Deutsche Bomber sind da zu sehen und zerstörte Städte samt minderjähriger „Kollateralgeschädigter“, wie man das heute zu nennen pflegt. Damit will der Abgeordnete seine Kollegen vermutlich dazu ermuntern, Deutschland einer friedensmissionarischen Behandlung zu unterziehen, weil die Teutonen nicht einmal mehr Schnaps oder Zigaretten rausrücken und unterschichtsbedingt nur noch in schäbigen Gebrauchtwagen über die Grenze kommen, für die man selbst in Moldawien keine Verwendung mehr hat.

> Das Grauen lauert auf Knöpfen und Teppichen. Sogar Loriot saß dabei, und wir schauten zu.

Für Polens potentielle Verbündete im Westen sind das indes keine ausreichenden Kriegs-, Verzeihung, Friedenserhaltungsgründe. Die besitzen selber Autos, trinken lieber Wein und haben das Rauchen fast überall verboten.

Da ist unsere europäische Solidarität als Deutsche gefragt, wobei die Aufforderung an alle Schichten der Bevölkerung geht, Gründe zu finden, warum Deutschland eine Bedrohung für alle ist. Der Modefabrikant „Esprit“ preschte bereits vor und zieh sich selbst der Verbreitung braunen Ungeists – in einem aufopferungsvollen Akt der Selbstkritik, der sogar Stalin beeindruckt hätte. „Esprit“ ließ 200 000 Kataloge einstampfen, weil da ein Mantel mit Hakenkreuzknöpfchen abgedruckt war.

Wie bitte? Das Parteiabzeichen der NSDAP als Mantelknopf? Nein, nicht ganz. Die Köpfe kennt jeder seit Jahrzehnten. Es handelt sich um diese kugeligen Lederknöpfe, deren Nähte ein Kreuzchen bilden. Harmlos, heuchelten wir uns und den anderen lange Zeit vor. Doch nun kam es heraus: Wenn Sie sich vor dem Mantelträger auf den Rücken legen, das rechte Auge zukneifen und ein Lichtstrahl mittlerer Stärke von schräg links unten in einem Winkel von etwa 42,5 Grad gegen den Knopf fällt, erscheint ein Symbol, das Sie als aufmerksamen Betrachter eingedenk unserer dunklen Vergangenheit an ein Hakenkreuz erinnern könnte.

„Das hat uns getroffen wie ein Schock und ist sehr ärgerlich“, sagte der Vorstandsvorsitzende der „Esprit“-Gruppe zur „dpa“, und versprach untertänigst: „Wir werden künftig noch stärker den Aspekt der Polical Correctness prüfen.“ Nachdem er sich den Schweiß von der Stirn gewischt hatte, versuchte er aber dennoch, sich aus der braunen Affäre zu mogeln: Der Katalog sei in London unter englischer künstlerischer Leitung entstanden (aha!). Mitarbeiter aus mehreren Ländern hätten ihn überprüft und nichts Anstößiges gefunden. Tja – wir schon!

Einmal wachgerüttelt überprüften in den Tagen nach dem Skandal Millionen Deutsche ihre Umgebung nach verdächtigen Mustern – und wurden fündig, wieder an einer vordergründig unverdächtigen Stelle: auf der DVD des Loriot-Kinoerfolgs „Pappa ante portas“.

Dort sitzt der Komiker von einem monströsen Sessel verschluckt in der Mitte und blickt beklemmt zur Seite. Es ist die Szene, als Herr Lohse (Loriot) rausgeworfen wird, weil er ersparnishalber Papier und Radiergummis für die kommenden 80 Jahre auf einmal geordert hatte. Der Betrachter amüsiert sich über die lächerliche Haltung des Hauptdarstellers und merkt nicht, daß neben diesem das Grauen wohnt. Der Sessel steht auf einem Teppich, dessen Mäandermuster linkerhand eindeutig ein Hakenkreuz bildet. Wir fordern, daß Loriot-Filme an Jugendliche unter 18 Jahren, pommersche Prekarier (NPD-anfällig!) und sämtliche Angestellten von Teppichfabriken nicht mehr ausgeliehen werden dürfen. Für alle anderen ist dem Streifen ein Aufklärungsbeitrag vorzuschalten, der nicht überspult werden kann, etwa: „Guido Knopp: Hitlers Teppiche“ oder „Vicco von Bülow: Ich saß dabei!“

A propos „Prekarier“, die sie einst Unterschicht nannten: Christa Müller, der Ehefrau des Linkspartei-Fraktionschefs Oskar Lafontaine, hängt das ganze Sozialgeseiere zum Hals raus. Frau Müller, die dem Landesvorstand der Saar-Linken angehört, will das Problem an der Wurzel packen. Es gelte, durch staatliche Familienberatung die „Reproduktion des asozialen Milieus“ zu begrenzen. Eine bayerische Fürstin hätte es charmanter ausgedrückt: „Die Proleten schnackseln halt zuviel“, oder so ähnlich. Mit anderen Worten: Mittellosen Frauen, die bereits fünf Kinder von vier Vätern in die Welt gesetzt haben, sollte staatlicherseits abgeraten werden, mit dem fünften Kerl das sechste zu „produzieren“. Weil Untersuchungen erwiesen haben, daß ihre Kinder – rein statistisch gesehen – die Lehre häufiger schmeißen werden als Abkömmlinge aus weniger pluralistischen Familienverhältnissen.

Frau Müllers Einlassungen haben auf Seiten der Linken für eine gewisse Erregung gesorgt, die die Politikerin nicht versteht: „Wir neigen in Deutschland dazu, nur das zu sagen, was politisch korrekt ist.“ Deshalb legte Christa Müller gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ gleich noch einmal nach: „Mit Reproduktion sei das Fortbestehen der asozialen Milieus im Fall fehlender Eingriffe gemeint“, konkretisiert das Blatt ihre Ausführungen.

Oha! Wer im Zusammenhang von Fortpflanzung „Eingriffe“ fordert, der weiß, wovon er spricht. Prekariermänner, seit auf der Hut! Nun blüht euch die blutige Rache fürs NPD-Wählen!

ZITATE

Die Sopranistin ***Edda Moser*** *(67), Professorin an der Kölner Musikhochschule, forderte in „Welt.de“ vom 18. Oktober mehr* ***Mut zur deutschen Sprache:***

„In einer Zeit, wo alles „cool“ und „lovely“ zu sein hat, wächst anscheinend die Scham vor der Farbe, vor der Tiefe, vor dem Timbre der deutschen Sprache. Diese Entwicklung muß rückgängig gemacht werden ... Wie die Franzosen müssen wir künftig lernen, uns sprachlich stärker abzugrenzen. Bislang sind die Deutschen dafür aber zu feige.“

Karl Kardinal Lehmann*, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, wies am 12. Oktober politische Vorbehalte gege das Projekt* ***„Zentrum gegen Vertreibungen“*** *zurück:*

„Zwei Millionen Menschen sind auf ihren Wegen gen Westen ums Leben gekommen. Dies schließt eine Beschränkung der Erinnerung auf den privaten Bereich, auf den Kreis der Familie aus.“

Zur ***„Exzellenzinitiative“*** *für deutsche Spitzenunis resümiert „Focus“-Chefredakteur* ***Helmut Markwort*** *am 23. Oktober:*

„Deutsche Landespolitiker entrüsten sich über die Auswahl der drei deutschen Universitäten, deren Projekte als ‚Exzellenzinitiative‘ gefördert werden. Sie, die Politiker, hätten nicht mitbestimmen können. Gott sei Dank war das so.“

Bombenzweifel

Kim-Il-Schurk ließ jüngst es krachen
und natürlich, wie's gehört,
alles unterirdisch machen,
daß es nicht die Umwelt stört.

Prompt ist Skepsis aufgekommen:
Hat statt Bombe laut Bericht
Kim nur Dynamit genommen?
Kracht gewiß – doch strahlt es nicht!

Das wär' dumm für Feindbildpflege,
und weil Schorsch es gern so hält,
bringt der Si-Ei-Eh zuwege
jeden Nachweis wie bestellt.

Zweifel an der Expertise
sind indessen angebracht –
einzig Schluß wär' mit der Krise,
wenn es Kim von neuem macht!

Der will ernstgenommen werden,
folglich muß er wohl es tun –
gegen kleine Drohgebärden
ist er ohnehin immun.

Auch der Schorsch ersehnt Beweise
– Wahlen stehen bald ins Haus –
und so fleht zu Kim er leise:
Geh, probier' es nochmals aus.

Stets empfänglich für Methoden
mischt der Kim Atom-Müll bei,
sprengt nicht gar zu tief im Boden,
und für Schorsch wird Strahlung frei.

Leider haben die Gelehrten
wieder schnell den Trick erfaßt,
weil nach registrierten Werten
jetzt die Strahlungsart nicht paßt!

Kim und Schorsch sind höchst verdrossen –
und was kommt? Ihr ahnt es schon:
Sie beraten kurzentschlossen
übers rote Telephon.

Der Texaner, der gerechte,
denkt – und sagt dann ungeschraubt:
Kim, ich leih' dir eine echte,
daß die Welt uns endlich glaubt!

Pannonicus